

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

Der Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus 1945 war ein Meilenstein der Menschheitsgeschichte – seine Bedeutung nur zu vergleichen mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 28 Jahre zuvor. Die Revolution hatte diesen Sieg möglich gemacht – ihr folgte die Gründung der Sowjetunion, die rasche Industrialisierung des von Weltkrieg, Bürgerkrieg und Interventionskrieg der Westmächte zerstörten und zerrütteten Landes, sie strahlte auf die ganze Welt aus. Das zeigte sich in der Gründung kommunistischer Parteien in Europa, Asien, Afrika und Amerika, in den sich formierenden nationalen Befreiungsbewegungen und in der breiten Sympathie für den ersten sozialistischen Staat. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wuchsen diese Sympathien noch, schlugen tiefe Wurzeln bei Antifaschisten unterschiedlicher Weltanschauung und Parteizugehörigkeit rund um den Globus. Politiker wie Winston Churchill erkannten früh, daß das ein Problem für den Imperialismus war. Die Unterdrückten in den Kolonien stellten die Weltordnung, die seit den Zeiten des Kolumbus fast 500 Jahre gehalten hatte, in Frage. Indonesien, Indien und China – die bevölkerungsreichsten Länder der Welt – schüttelten das koloniale Joch ab. Weniger als 20 Jahre später hatten die europäischen Mächte bis auf Portugal ihre Kolonien verloren. Bis heute allerdings blieben die USA brutale Kolonialmacht. Sie verfügen rund um die Erde mit bis zu 1000 Militärbasen über ein Stahlnetz der Weltbeherrschung. Es erfüllte bis vor wenigen Jahren seinen Zweck, auch wenn es beim US-Völkermord gegen Vietnam zum ersten Mal massive Einbrüche erlitt. Wenn die fortschrittlichen Menschen auf dem Planeten in diesen Tagen das 50. Jubiläum von „Saigon ist frei!“ feiern, dann ist das Ermutigung für die Zukunft. Seit damals haben die USA und ihre Verbündeten nicht einen ihrer neokolonialen Feldzüge gewonnen. Das hat mit dem Aufstieg Chinas und der Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt zu tun. Die kopflose Flucht der NATO aus Kabul vor vier Jahren steht dafür als Symbol. Sie erinnerte an die Panik der US-Marionetten und ihrer scheinbar unschlagbaren Sponsoren in Südvietnam

1975. Der 20jährige Krieg in Afghanistan, der von einem SPD-Kriegsminister in der BRD als „Landesverteidigung am Hindu-kusch“ verkauft wurde, lehrte aber auch: Der Imperialismus kann nicht anders, er muß und will Krieg führen. Und er gewöhnt die vergleichsweise privilegierten Arbeiterklassen seiner Länder an die gewaltsame Beherrschung der Welt jenseits



Gedenkstätte Seelower Höhen. Plastik von Lew Kerbel und Wladimir Zigal (1945)

der Landesgrenzen. Die Zerstörungen dort sind Voraussetzung für relativen Reichtum hier. Das wissen die meisten. Wenn aber die Vertriebenen an diesen Grenzen erscheinen, dann werden sie, nicht die Rohstoffsicherungskriege, die Ursachen ihrer Vertreibung, zum Ursprung aller Probleme erklärt. Die Hetz- und Haßwelle in der BRD gegen Rußland kurz vor dem 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus übertrifft aber alles Dagewesene. Die angebliche Friedenspartei AfD macht mit. In einem Antrag ihrer Fraktion im Brandenburger Landtag war Ende März zu lesen: „Von einem achtzigjährigen Jubiläum der ‚Befreiung‘ zu sprechen“, sei „gerade im Hinblick auf die unmittelbar vor und auch nach der Niederlage begangenen Kriegsverbrechen der Roten Armee unangemessen und geschichtsvergessen“. Da spricht das Herrenvolk, das auch hinter der „Handreichung“ des Auswärtigen Amtes, keine russischen und belarussischen Vertreter zu Gedenkfeiern einzuladen, steckt: Russen sind keine Menschen.

Selbst ihre Toten, die Befreier vom Faschismus, müssen nach dieser kruden Ideologie nicht geachtet, geschweige geehrt werden. Am 16. April erschien zum Gedenken von Landkreis und Stadt an den Seelower Höhen kein Vertreter der Bundes- oder der Landesregierung, wohl aber die AfD. Sie heucheln selbst an solchen Tagen.

Das gehört zur BRD, einem Staat, der gegründet wurde, um bewaffnete Revanche für den 8. und 9. Mai 1945 zu üben. Dessen zukünftiger Kanzler den Banderisten in der Ukraine den Marschflugkörper „Taurus“ liefern will und gleich noch das Ziel ausgibt, die Brücke von Kertsch zu zerstören. Dabei werden es die Kiewer nicht belassen. Wichtiger denn je ist es daher, an diesem 80. Jahrestag zu sagen: Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten! Und: Dank allen Soldaten der Alliierten! Euer Sieg hat die Welt verändert. Um das rückgängig zu machen, bereiten die in der BRD Herrschenden und ihre Partner in EU und NATO angestrebter denn je einen dritten Weltkrieg vor. Für sie ist das weltweite Gedenken von Millionen Menschen an den Tag der Befreiung und des Sieges ein Hindernis bei ihren Plänen. Sorgen wir mit dafür, daß das so bleibt!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Schwerter zu Pflugscharen ...	2
Es gilt, diesen Wahnsinn aufzuhalten	15
Bedrohungslügner ...	6
Ein Ungeheuer kehrt zurück	8
Welcher Phönix kommt aus der Asche?	10
Zum Versagen der SPD	11
Kassensturz	14
Bidens Ukraine-Konflikt und Trumps Beendigungsgambit	16
Standpunkte zum Ukraine-Krieg	18
Rußland begeht 80. Jahrestag des Sieges	21
Beim „HJ-Zar“ (Archiv)	23
Die deutsche Wehrmacht und das Massaker von Babijar Chatyn	25
Die Berliner Operation und der Sieg	28
Vorwärts gegen Hitler (Archiv)	30
Fehde auf den Philippinen	34

Schwerter zu Pflugscharen oder Pflugscharen zu Schwertern?

Es war eine bemerkenswerte Predigt, die Günter Baum, Pastor der Kirchengemeinde Osnabrück 2018, wenige Jahre, bevor er in den Ruhestand getreten ist, gehalten hat. Baum war evangelisch-reformierter Pfarrer, der nach eigener Auskunft mit Lust Theologie, vor allem Altes Testament, studiert hat. In Vorbereitung seiner „Sommerkirchenreihe“, erzählt Baum, sei er über die Aufträge zweier alttestamentarischer Propheten gestolpert, die in ihrer Bedeutung unterschiedlicher nicht sein können. Selbst Bibelunkundigen dürften die von den Propheten Jesaja und Micha stammenden Worte „Schwerter zu Pflugscharen“ bekannt sein. Sie wurden von den „Grünen“ gemeinsam mit den DDR-„Bürgerrechtlern“ zum Motto auserkoren. Vorbild für die bildliche Darstellung war das berühmte Denkmal vor den Vereinten Nationen in New York; Popularität erlangte das Motto als Button und Aufnäher der DDR-„Friedensbewegung“. Die nachfolgend kursiv gedruckten Passagen habe ich der Predigt Günter Baums entnommen.

„Am 4. 10. 1914 sagt Kardinal Erzbischof Friedrich Gustav Piffel bei einer ‚Eucharistischen Kriegsandacht‘ im Stephansdom in Wien: ‚Wir kämpfen für Wahrheit und Recht, wir kämpfen für Gott und unseren heiligen Glauben, wir kämpfen für unseren Kaiser und unsere heimatliche Scholle.‘ Und da ruft Gott nun allen zu: ‚Schmiedet eure Pflugscharen zu Schwertern und eure Winzermesser zu Lanzen. Selbst der Schwache rufe: Ein Held bin ich!‘, Pflugscharen zu Schwertern!‘ 1917, nach drei Jahren Krieg, wird derselbe Erzbischof das deuten als

‚Kirchenglocken zu Kanonen‘. Durchhalteparolen sind im Reich angesagt. Bischof Piffel, so steht es in seiner Predigt, bezieht sich nicht auf Micha und Jesaja, sondern auf Joel.“ „Und da kommt einer daher“, so Pfarrer Baum in seiner Predigt sich auf diesen Propheten beziehend, „und dreht das Ganze einfach um!“ Günter Baum ist, obwohl ein ausgewiesener Bibelkenner und -forscher, irritiert, schlägt nach bei Joel und liest: „Und wirklich, da steht es: ‚Macht aus euren Pflugscharen Schwerter und aus euren Sicheln Speiße. Auch der Schwache rufe: ‚Ich bin stark!‘ ... Haben [also] diejenigen recht, die sagen, mit der Bibel könne man eben alles belegen? Ein Steinbruch sei sie für dies und jenes, alles kann man herauslesen, was einem paßt? Die Friedensbewegung liest Jesaja, die Kriegsideologen Joel? Noch einmal lesen, noch genauer hingucken. Und zwar nicht die 1914er-Predigten, sondern die Bibel selbst. Also Joel.“ Aber warum?

Drei Statuen, die weltweit zum Frieden mahnen

Auf dem Sockel der Statue vor dem UNO-Gebäude steht jener Satz, der auf die Vision des Propheten Micha zurückgeht: „Wir werden die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden.“ Dargestellt wird ein Mann, der mit einem mächtigen Hammer sein Schwert bearbeitet. Wichtig zu wissen ist, daß es zwei weitere Statuen gibt. In Wolgograd befindet sich eine eindrucksvolle Gedenkstätte mit der Statue einer Frau auf dem Mamai-Hügel. Das Schwert in ihrer Hand symbolisiert den Widerstand

und den Willen des ganzen Volks, die Heimat zu verteidigen. Ein drittes Mahnmal steht in Berlin, im Treptower Park: ein Soldat mit nunmehr gesenktem Schwert und einem Kind im Arm auf einem zertrümmerten Hakenkreuz. Das Denkmal verkörpert den Sieg über die faschistische Barbarei. Alle drei Meisterwerke wurden vom sowjetischen Bildhauer Jewgeni Wiktorowitsch Wutschetitsch (1908–1974) geschaffen und fügen sich, auf drei Staaten verteilt, zu einem Triptychon mit der Botschaft an alle Völker: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Und nun zurück zu Joel, zu seiner angeblich geforderten Waffenschmiede und zur Predigt Günter Baums: Joel also ein Antipode Michas? Wir werden seh’n. Für ihn, der drei Generationen nach Jesaja und Micha lebte, war „die Verheißung eines endgültigen Friedens eng verknüpft mit der Erwartung, daß auch der innere Frieden stimmt: Recht und Barmherzigkeit, gemessen vor allem am Umgang mit den Schwächsten der Gesellschaft, den Witwen, Waisen und Fremdlingen.“ Und dann unterzieht Joel den Zustand seines Volkes einer gewissenhaften Prüfung. Was er sieht, schockiert ihn: „Rechtsbruch statt Rechtspruch, Bluttat statt Guttat“ (Jes. 5.7). ... Unrecht hat sich breitgemacht. Die Sozialkritik der alten Propheten ist vergessen. Nein, nicht völlig vergessen. Joel zumindest erinnert sich. ... Er analysiert die soziale Schiefelage und kündigt Unheil an für Israel, wenn es denn alles so weitergeht.“ In Ermangelung einer einheimischen Widerstandsbewegung mußte schließlich der Chef persönlich eingreifen. Gott verstand es dann, dem israelischen Volk wie mit den Worten Karl Liebknechts die Einsicht zu vermitteln, daß der Feind im eigenen Land steht. Gott griff allerdings zu einer ebenso höchst ungewöhnlichen wie wahrhaft brutalen pädagogischen Maßnahme. Er befahl seinem Propheten, den heiligen Krieg auszurufen. Aber der Ruf zu den Waffen ergeht nicht an die eigenen Leute, sondern stellvertretend, eben wegen fehlender Gegenwehr im eigenen Lager, an die Feinde, die Assyrer, die als verlängerter Arm Gottes sein eigenes, erwähltes Volk überfallen und ein Ende machen sollen mit unrechter Herrschaft, falscher militärischer Sicherheit und fatalem



Skulptur Schwerter zu Pflugscharen in New York (J. Wutschetitsch, 1957)



Statue Mutter Heimat in Wolgograd (J. Wutschetitsch, 1967)



Soldatenstatue in Berlin, Treptower Park (J. Wutschetitsch, 1949)

Gott-mit-uns-Heldentum. „Gott benutzt [also] die Feinde Israels als Werkzeuge, die helfen sollen, daß es in Israel zu einem Neuanfang kommt.“ Man könnte sogar etwas despektierlich sagen, daß Gott versucht hat, den „Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben“, eine Redewendung, die übrigens auf das Lukasevangelium zurückgeht. Ein Gottesurteil, aber dennoch verknüpft mit einer Heilszusage. „Auch bei Joel. Wenn denn Israel umkehrt und nach der Katastrophe neu anfängt“, dann wird das Land unter dem Segen Gottes den Frieden organisieren, und die Menschen werden wieder in Harmonie und gemeinsam im Wohlstand leben können. Joel wurde mit seiner bissigen Umdrehung der schönen Friedensverheißungen von Bischof Piffel (gewollt oder ungewollt?) mißverstanden. „Zur Wehrtüchtigung eignet sich Joel nicht. ... Es gilt die große Linie: die Friedens- und Versöhnungsbotschaft. Im Alten Testament wie im Neuen.“ Soviel zunächst zur Predigt Pfarrer Günter Baums.

Kalter Krieg gegen den Hauptfeind

Nun wieder zurück zum dritten Teil des Triptychons Wutschetitschs. Als seinem Werk „Schwerter zu Pflugscharen ein Platz vor dem UNO-Gebäude zugewiesen wurde, begannen die „demokratischen“ Teilnehmer der Antihitlerkoalition – nicht zuletzt mit der berüchtigten Rede Churchills vom „Eisernen Vorhang“ – ganz andere Pläne zu schmieden, noch ohne eine offizielle Kündigung ihrer Mitgliedschaft im Bündnis zu verkünden. Die schon nach dem Ende des ersten Weltkriegs und der Oktoberrevolution zum Hauptfeind erklärte Sowjetunion sollte mit dem Hebel der nuklearen Erpressung gezwungen werden, ihr alternatives Gesellschaftsmodell aufzugeben. Das funktioniert nicht, weil der neue Staat, getragen auch von einer weltweiten Sympathiewelle, zum Verdruss der USA völlig unerwartet selbst eine Atomwaffe herstellte. Was folgte, war dennoch ein Krieg, der nur deshalb als ein „kalter“ bezeichnet wurde, weil die nukleare Option vorläufig nicht riskiert werden konnte. Die Nachricht soll den Atomphysiker Otto Hahn zu der Aussage veranlassen, daß dadurch die Kriegsgefahr etwas eingedämmt worden sei. Eine „Ruiniierung“ der Sowjetunion mußte warten, blieb aber immer (auch als Russische Föderation unter den Farben Weiß-Blau-Rot) auf der Speisekarte der imperialistischen Staaten. Deshalb erfüllte sich die Hoffnung auf eine von der UNO-Charta geforderte Entwicklung hin zu einer weltweit sich ausbreitenden Politik der friedlichen Koexistenz nicht. Der Krieg blieb als Mittel zur Durchsetzung imperialistischer Ziele bis in die Gegenwart eine durchaus in Betracht gezogene Variante. Er hat sich nur anders kostümiert: Putsche und Regime Changes gegen „ungehorsame“ Regierungen und Sanktionen als notgedrungen Ersatz für Massenvernichtungswaffen.

„Russisches Roulette“ im Spielcasino

Vor wenigen Tagen mußten die neuen Ministerinnen und Minister einen Eid leisten, in dem es heißt, daß sie schwören, ihre ganze Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen und Schaden von ihm zu wenden. Die Mehrheit der Gewählten baut auf die Hilfe Gottes. Auf den der Bibel kann sie, wie wir gesehen haben, nur schwerlich zählen. Als Alternative käme der Grieche Heraklit – „Der Krieg ist der Vater aller Dinge und König aller“ – in Betracht. Heraklit war leider kein Gott, sondern nur ein Philosoph. Rechtzeitig vor der Bestallung der neuen Verantwortungsträger wurde der Plenarsaal des Bundestags in ein großes Spielcasino des Todes verwandelt, an dessen Spieltischen die Beteiligten ihre Einsätze für den Sieg über Rußland festlegen und gleichzeitig mit der Steigerung ihrer Rheinmetall-Aktien spekulieren. Auf rechtlich fragwürdiger Basis hat der Bundestag noch in alter Besetzung und vor Ablauf der Wahlperiode der Bevölkerung eine bizarr hohe Schuldenlast auferlegt. In Verbindung mit einer „kriegstauglichen“ Änderung des Grundgesetzes wurde die Bewilligung einer Kreditaufnahme von einer Billion Euro durchgeboxt – verschlüsselt als Sonder„vermögen“ und mit Aussetzung der „Schuldenbremse“. Schon allzubald wird sich herausstellen, daß der größte Batzen dorthin fließt, wo die Aktien blühen und gedeihen. Folgerichtig werden den Neulingen in den Ministerämtern Crashkurse im Fach Kriegsrhetorik angeboten, als Premiumersatz für eine gediegene diplomatische Ausbildung. Die Kategorien „Faschismus“ und „Imperialismus“ dürfen dabei aber nur im Zusammenhang mit dem Namen des russischen Präsidenten benutzt werden ...

„Die letzten Tage der Menschheit“ ist das Hauptwerk des österreichischen Schriftstellers Karl Kraus. Sein dokumentarisches Drama wird mit jedem Tag aktueller. Verlauf und Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs machten ihm klar, daß die verkündeten Leitbilder, mit denen die Menschen zur Schlachtbank geführt werden sollten, nichts anderes waren als ideologische Tarnung für einen ökonomisch motivierten Expansionskrieg. Für Karl Kraus war der Krieg die Folge der „Unterwerfung der Menschheit unter die Wirtschaft“. Die „Helden“ wurden an die Front geschickt, um „den Händlern ihre Märkte zu sichern“. „Ich weiß genau“, schrieb er sarkastisch, „daß es zu Zeiten notwendig ist, Absatzgebiete in Schlachtfelder zu verwandeln, damit aus diesen wieder Absatzgebiete werden“. Ein Schelm, wer jetzt an Ex-Oberst Roderich Kiesewetter oder gar an Donald Trump (in bezug auf die ausbeutbaren Bodenschätze in der Ukraine) denkt.

„Dulce et decorum est pro patria mori“

„Es ist süß und ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben.“ Auch so ein Satz, der neben

dem des Horaz ganz sicher das Wohlwollen Pfarrer Joachim Gaucks genießt. Er hat noch zu seiner Zeit als Bundespräsident und auch danach die Nadel seines Wertekompasses so justiert, daß sie zwischen Verurteilung der Glückssüchtigkeit und dem Lob für Kriegstüchtigkeit hin und her pendelt. Halten wir uns an die Realität: Die antirussische Kriegshetze wird in allen Sektoren der Gesellschaft bei zunehmender Verrohung der Sprache immer salonfähiger. Der Potsdamer Historiker Sönke Neitzel ist als Kriegsprofessor „Unrat“ in die vorderen Linien der Meinungsmaschinerie eingedrungen, dort, wo wissenschaftliche Expertisen der puren Propaganda weichen müssen. Seine Prognose: Rußland könnte noch in diesem Herbst das Baltikum überfallen. Hoch lebe der Konjunktiv, vor allem in Verbindung mit dem Wort „Prognose“! Hauptsache, diese wird gut dotiert. Der Boß der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber, will sich aber mit Spekulationen gar nicht erst befassen, er will was Handfestes, also Taten, sehen: „die Umstellung auf Kriegswirtschaft“. „Dann könnte man etwa“, so Jörg Kronauer in seinem jW-Kommentar am 17. März, „wenn die ‚Leoparden‘ zu langsam vom Band rollen, den Arbeitern Nacht- und Wochenendschichten oktroyieren, man könnte auch zivile Kfz-Werke per Dekret in Haubitzen Schmieden verwandeln. Und warum nicht gleich, so meint Weber, ein gemeinsames EU-Führungskommando installieren, in dem ein EU-Generalstabschef Rüstungsproduktion und Streitkräfte befiehlt?“ In der FAZ vom 25. März schrieb ein Propagandaoffizier der Bundeswehr, den man auf einen Lehrstuhl für neuere Geschichte an der Bundeswehr-Universität gesetzt hat, die Leute hätten eine völlig falsche Vorstellung von Atomwaffen, sie dächten, die wären so schlimm wie in Hiroshima oder in Spielfilmen, aber die heutigen modernen seien gar nicht so schlimm, die könne man durchaus mal einsetzen. Und dem Modewort „Kriegstüchtigkeit“ stellt er ein tapferes „Siegfähigkeit“ an die Seite. Ja, wenn der Irrsinn Amok läuft ...! Solches und Vergleichbares deckt sich mit der Predigt, die der Wiener Erzbischof Piffel im Jahr 1914 gehalten hat. Er soll aber in diesem Beitrag nicht das letzte Wort haben. Dies geben wir Pfarrer Günter Baum, den wir bereits so ausführlich zitiert haben. Er stellte in seiner Predigt die Frage: „*Wer sind wir, daß wir denken können, wir müßten überall in der Welt als sozusagen moralisch Überlegene eingreifen, also Waffen liefern, Truppen schicken? Bleibt nicht doch die pazifistische Position von den Pflugscharen statt Schwertern die letztlich verantwortlichere und auch politisch nachhaltigere?*“ Diese beiden Fragen vereinen sich als Friedensbotschaft eines Christen zusammen mit anderen Erinnerungen, die zum Tag der Befreiung vom Faschismus in dieser „RotFuchs“-Ausgabe stehen.

Es gilt, diesen Wahnsinn aufzuhalten!

„Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühen? Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!“ (Erich Kästner, 1928).

Daß sie den Krieg wollen, ihn stündlich herbeireden, daß sie jene mundtot machen wollen, die sich ihm und damit ihnen entgegenstellen, ist ausgemacht und bedarf keiner Beweisführung mehr. Für all jene aber, die dies erkennen, scheint die Zeit kürzer zu werden, um die Walze der bellizistischen Hysterie aufzuhalten. Wer für das Natürlichste, zugleich das Vernünftigste und unmittelbar Einsichtige, den Frieden, einsteht, sich dem Krieg, dem Tod, den grausamen Verletzungen, Entbehrungen, dem Hunger, der Angst, Entehrung und Demütigungen widersetzt, wird zum Ketzer, Lügner und Freund des Feindes gestempelt. „Krieg bedeutet die Totalisierung aller Schrecken, die sich die Menschen zur Vernichtung, Erniedrigung und Qual füreinander ausgedacht haben“, schrieb Marcel van der Linden und Gottfried Mergner 1991 in ihrem Vorwort zum Sammelband „Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung“. Nicht ohne Sarkasmus über die Wirksamkeit der von den Kriegstreibern zu jeder Zeit intendierten Massenwirksamkeit ihrer Propaganda, fahren die Autoren fort: „Es waren 1914 vor allem kriegsunerfahrene, zivilisationsmüde Jungakademiker, die zu Befürwortern eines nationalistischen Angriffskrieges wurden und dafür bereit waren, ihr eigenes Leben einzusetzen. 1982 war das britische, letztlich passive, Fernsehpublikum höchstens dazu bereit, gemeinsam den neo-imperialistischen Flottenaufmarsch im Atlantik fasziniert aus der Ferne zu bewundern und für dieses ‚Vergnügen‘ mit einer Steuererhöhung zu bezahlen.“

Und heute, im Jahr 2025? Die von den Herrschenden aktuell evozierte, nahezu stündlich gefüttert mit neuen Erzählungen über Bedrohungsszenarien in die Hirne gepresste Hysterie vor dem „Feind im Osten“, ist seitens derer, die sie einsetzen weder pathologisch noch zufällig, sondern mit Absicht und Kalkül planvoll befeuert. Die Erzeugung von latenter Angst gehört zu den unverzichtbaren Instrumentarien jeglicher Kriegsvorbereitung und ist zentraler Bestandteil der NATO-Strategie des „cognitive warfare“. Die Manipulation der Massen gehört neben militärischer Mobilisierung, Aufrüstung und Indienststellung der Infrastruktur zu den notwendigen Bedingungen, Kriege überhaupt führbar zu machen. Kognitive Kriegsführung ist die bewußte Beeinflussung von Wahrnehmung, Emotionen, Denken und Verhalten von Menschen im

zu formierenden „eigenen Lager“ wie auch die Beeinflussung der Menschen im „gegnerischen Lager“ mit dem Ziel, die eigene Kriegspartei in der Vorbereitung und der Kriegsführung selbst zu stärken und den Gegner zu schwächen. Eine Strategie, die gegenwärtig noch weitgehend aufgeht.

„Und so kann’s eines Tages noch passieren, da wird man uns wieder kommandieren, zu irgendeinem schönen Zweck roll’n wir wieder mitten rein in den Dreck. Und sie schreien Hurra und versprechen viel, wir packen ein und zieh’n in den Krieg“ („Murmellied“, Ernst Busch, 1932).

Der in Richtung Osten geifernde Propagandaapparat läuft auf Hochtouren. Kein Irrsinn so groß, daß er nicht verfänge. Sönke Neitzel, einer der nimmermüden Militär-„Experten“, die von Talkshow zu Talkshow in den öffentlich-rechtlichen Medien weitergereicht werden, heizte vor kurzem die Angstspirale in besonderer Weise an. Wir stünden vor dem womöglich „letzten Friedenssommer“: „Wir sehen die sehr große Angst der baltischen Staaten, daß die Russen im Zuge dieses Manövers (gemeint ist das alljährlich abgehaltene Manöver unter Beteiligung Rußlands und Belarus) über die Grenze kommen. Und wir sehen, daß dann wahrscheinlich die Beistandsklausel der NATO zumindest für die USA nicht mehr greift, die Abschreckung ist geschwächt.“ Derselbe „Russe“, der ansonsten doch bitteschön mit seinem Angriff fünf Jahre warten soll, bis die NATO ausreichend kriegstüchtig ist, „testet“ (Originalton) im Herbst also schon mal den „Bündnisfall“, riskiert mal eben Atomkrieg und Weltenbrand, weil „er“ wohl nichts besseres vorhat. So ist er halt, „der Russe“. Die Macht der Vernunft und klarer Weltsicht sollte man auch angesichts der lächerlichsten Aussagen nicht überschätzen. Die „Shell-Studie“ von 2024 belegt, daß 81 Prozent der Jugendlichen Angst vor einem Krieg in Europa haben, mehr noch als Angst davor, in Armut zu fallen (67 Prozent).

Angst blockiert geordnetes Denken, und nur selten löst sie ein Nachdenken über die Ursachen eigener Furcht aus, geschweige denn den Entschluß, sich zusammen mit anderen gegen die Ursache der Kriege zur Wehr zu setzen. Eher erzeugt Angst individualistische Rettungsstrategien.

Wie die Verkaufszahlen des vor einem Jahr auf den Markt gebrachten Taschenbuchs „Überleben im Krieg: Techniken und Strategien“, eines Leitfadens zum „Überleben in bewaffneten Konfliktsituationen“, zeigen, gelingt es den Herrschenden immer noch, viele auf den privaten Schutzreflex

als Ausweg während der Apokalypse zu verweisen. Das alles zeigt die ungeheuer schwierige Aufgabe an, vor der alle stehen, die für Frieden, Vernunft und eine bessere Welt eintreten. Der Kampf um die Köpfe ist mitnichten aussichtslos, die Kriegstreiber wissen selbst darum, daß hier für sie eine große Hürde wartet. So sprach bereits 2021 auf einer NATO-Tagung, die sich um das „Gefechtsfeld der Hirne“ drehte, der französische NATO-General Eric Autellet: „Seit Vietnam sind unsere Kriege trotz militärischer Erfolge verloren gegangen, vor allem wegen der Schwäche unseres Narrativs (das heißt ‚die Herzen und Köpfe der Menschen zu gewinnen‘), sowohl in bezug auf die lokalen Bevölkerungen in den Einsatzgebieten als auch in bezug auf unsere eigenen Bevölkerungen.“ Jene, die die Angst weder blind noch kopflos macht und die bereit sind, andere mit ihrer Vernunft anzustecken, stellen für die Pläne der Regierenden die größte Gefahr da. Folgerichtig setzt sich der auf Krieg orientierte bürgerliche Staat das Ziel, mit allen verfügbaren Mitteln ein Überspringen antimilitaristischen Gedankengutes zu verhindern.

„Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!“ (Bertolt Brecht, Gedächtnis der Menschheit, 1952).

Es war daher zu erwarten, daß sich nach der Neuwahl des Bundestags für den Frieden kein „Politikwechsel“ abzeichnen würde. Im Gegenteil: Bevor die neue schwarz-„rote“ Koalition überhaupt im Amt war, verschaffte sie mit der gefälligen Mehrheit des alten Bundestags dem Militär- und Rüstungssektor eine hundert Milliarden Euro schwere Finanzspritze. Ab sofort gibt es kein Vertun auf dem Weg in die Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Das bellizistische Primat dringt in jede Pore des öffentlichen und privaten Sektors. Die Bundeswehr in Schulen, alsbald auch in den Kindergärten, Krankenhäuser mit neuen Intensivstationen für „den Massenansturm von Kriegsverletzten“, kein Feigenblatt mehr in den Medien, über Tod und Verderben ganz ungezwungen reden. Keine Überraschung also, daß der gerade geschlossene Koalitionsvertrag von SPD und CDU nur so strotzt vom Kampf gegen „Friedensbewegte“. Auf 146 Seiten Vertragstext findet sich die Vokabel „Sicherheit“ 126 mal. „Meinungsfreiheit“ erscheint dreimal, aber nur im Kontext, wie sie einzuschränken sei. Auch eingefleischte bürgerliche Verfassungsrechtler stellen

mit Schrecken fest, zu welchen Kapriolen orwellischen Ausmaßes die Kriegsherbei-reder fähig sind. Zukünftig legt die Regie-rung fest, was wahr ist, eine „staatsferne“ (guter Witz) „Medienaufsicht“ sorgt dann für Inhaltskontrolle im Netz und Redakti-onsstuben. Denn ab sofort unterfällt die „Verbreitung von falschen Tatsachenbe-hauptungen“ nicht mehr der Meinungs-freiheit. Darauf ist selbst Nancy Faeser nicht gekommen. Damit beim braven Auf-sagen der Tagesschau-Wahrheiten auch keiner aus der Reihe tanzt, kündigt der Koalitionsvertrag nicht nur die Erweite-rung des Volksverhetzungs-Paragraphen 130 Strafgesetzbuch und die Ausdehnung der Strafbarkeit staatsgefährdender Vor-bereitungshandlungen an. Ganz im Sinne der durch den zu 95 Prozent geheimen „Operationsplan Deutschland“ vorgege-benen Verzahnung des militärischen, industriellen und zivilen Sektors gilt, „was die Feinde der Demokratie angeht, der Grundsatz ‚Null Toleranz‘“ und die Staatsräson, „jedweder Destabilisierung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenzuwirken“. Auf der Agenda der neuen Koaliti-on steht auch, daß im Sinne effektiver

Kriegsvorbereitung weiter Hand an die Ver-fassung gelegt werden wird. Ein beliebiges Hineingleiten in das Kriegsrecht als Not-standsrecht soll gewährleistet werden. Die Phase vor dem eigentlichen Kriegsfall (bis-her hieß der Bündnisfall, Verteidigungsfall und Spannungsfall) und damit der Eintritt ins harte Kriegsrecht wird diffus nach vorne verlegt („Durch eine Änderung der

Rechtslage in der Zivilen Verteidigung er-möglichen wir Handlungsfähigkeit bereits vor dem Spannungs- und Verteidigungs-fall. Die Gesamtverteidigung (...) wird als militärische und zivile Aufgabe auf Ebene der Bundesregierung gemeinsam gesteuert und koordiniert.“) Viel Zeit bleibt nicht, um diesen Wahnsinn aufzuhalten.

Dr. Ralf Hohmann

Richtigstellung

April-RF 2025, S. 25

In dem Artikel „Fluchtpunkt Bahnhof“ von Dr. Michael Polster steht der Satz: „Am Rheinknie ist der Fluß die Staatsgrenze.“

Laut Wikipedia liegt „das ganze Rheinknie innerhalb der Stadt Basel, wobei rechtsrhei-nisch der Stadtteil Kleinbasel ist und auf der rechten Rheinseite auch die Gemeinden Riehen und Bettingen zum Rheinknie gehören.“ „Neben dem Kanton Schaffhausen und Teilen des Kantons Zürich gehört Kleinbasel mit dem nördlichen Teil des Kantons Basel-Stadt zu den einzigen Gebieten in der Schweiz rechts des Hochrheins.“

Und auch wer in Riehen aus der von Zell (Wiesental) nach Basel verlaufenden Wiesen-talbahn aussteigt (bzw. es damals schaffte), befindet sich (bzw. befand sich damals) auf Schweizer Territorium.

Lothar Letsche, Tübingen

Bei der Bildunterschrift unter dem Foto handelt es sich um die Gedenkstätte im ehema-ligen „Weichenwärterhaus“ in Riehen.

RF

Diplomatie und Neutralität versus Krieg!

Der US-Ökonom Jeffrey Sachs gilt als Er-finder der „Schockdoktrin“, die er als erster in Rußland unter Präsident Boris Jelzin, aber auch in anderen postsozialis-tischen Ländern, wie z.B. in Polen unter der Solidarność-Regierung, zur Anwen-dung brachte. Im Zentrum seines Wir-kens stand die Privatisierung des Staats-eigentums dieser Länder, was einerseits zur Quelle unermeßlichen Reichtums der Oligarchen wurde und andererseits Milli-onen Menschen ins Elend stürzte. Nichts bleibt, wie es war. Auch Sachs hat einiges gelernt. In seinem Buch „Diploma-tie oder Desaster – Zeitenwende in den USA – ist Frieden möglich?“ unterbreitet er Vorschläge zur politisch-diplomatischen Lösung des Ukraine-Konfliktes. Die am meisten benutzten Begriffe hierin sind: *NATO-Osterweiterung, Verhandlung, Diplo-matie, Neutralität*. Er legt auf der Grundla-ge glaubhafter Dokumente chronologisch die eigentliche Ursache des Konfliktes dar. Die NATO-Osterweiterung sieht nicht nur Sachs als *den Katalysator* zur Entstehung des Konfliktes. „Keinen Zoll nach Osten“, so sicherte es US-Außenminister James Baker dem sowjetischen Präsidenten Mi-chael Gorbatschow bei einem Treffen am 9. Februar 1990 zu. Dann folgten eins nach dem anderen die Aufnahme der ehemaligen

Staaten des Warschauer-Vertrages in die NATO. Zahlreiche erfahrene US-Diplomaten und US-Botschafter in Moskau stimmten damit überein, „daß die [angestrebte] NA-TO-Erweiterung um die Ukraine eine rück-sichtlose Provokation sei“. Der bekannte US-Journalist und Politologe Ian Bremmer nannte dies eine weitere „Demütigung“ Rußlands. Als der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch bezüglich der Aufnahme seines Landes in die EU um etwas Zeit bat, wurde gegen ihn geputscht. Die folgenden drei US-Politiker waren die treibenden Kräfte des Umsturzes: Victoria Nuland, damals Vizeaußenministerin, Jake Sullivan, schon Sicherheitsberater von US-Vizepräsident Joseph Biden und dann von ihm als Präsident, sowie auch von Biden selbst.

Das hat es in der Geschichte der Diplomatie nie gegeben, daß ausländische Diplomaten in der vordersten Reihe der einheimischen Protestierenden gegen ihr Gastland marschieren. Dies taten aber zahlreiche west-liche Diplomaten. Als Nuland in einem abgehörten vertraulichen Telefonat mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, auf die Berücksichtigung der In-teressen der europäischen Verbündeten angesprochen wurde, erwiderte sie: „Fuck the EU“. „Der Putsch [gegen Janukowitsch]

war der Beginn des Krieges“, hebt Sachs hervor. In Folge dessen wurde „eine ver-fassungswidrige, rechtsgerichtete, an-tirussische und ultranationalistische Regierung in Kiew“ installiert. Daraufhin haben die USA und die NATO „fast sofort“ mit der Ausbildung und Ausrüstung der ukrainischen Armee begonnen, um sie auf NATO-Kurs zu bringen. Das schon verein-barte Minsk-II-Abkommen zur Lösung des Konfliktes wurde dann ad acta gelegt. Vor Kriegsbeginn legte der russische Präsi-dent Wladimir Putin „dem Westen eine Liste von Forderungen vor, darunter vor allem einen Stopp der NATO-Erweiterung. Die USA waren ausdrücklich nicht bereit, über diesen Punkt zu verhandeln.“ Als die US-Administration auch noch auf den letz-ten Brief der russischen Regierung katego-risch ablehnend reagierte, reihte sich dies ein in die seit über 30 Jahre bestehende Demütigung Rußlands. Damit war dann die „rote Linie“ überschritten.

Es ist bedauerlich, daß der Verlag die ges-amten Quellen nicht abgedruckt hat.

Dr. Matin Baraki

Jeffrey Sachs: Diplomatie oder Desaster – Zeitenwende in den USA – ist Frieden mög-lich? Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024, 172 S.

Bedrohungslügner, Kriegsgurgeln und Hirn-Totschläger

Die Angstmacherei vorm „russischen Angriffskrieg“ ist ein fieses Ablenkmanöver von den westeuropäischen Kriegsplänen gegen Rußland.

Sigmar Gabriel, abgehalfterter Ex(-Vizekanzler, -Außenminister, -SPD-Vorsitzender), pißt von der Atlantik-Brücke (gegen den Wind): „Wäre ich Putin, würde ich schon 2028 kommen.“ Zu unserem und der Russen Glück ist er es nicht, sondern bloß ein Sozi aus deren Stahlhelm-Fraktion. Erschwerend kommt hinzu: Er sitzt für fettes Honorar in den Aufsichtsräten kriegswichtiger Unternehmen, zum Beispiel der Deutschen Bank, der Siemens Energy Global, der Thyssenkrupp Steel Europe und der Daimler

aus dem Osten“: „In diesem gemeinsamen Kampf um die gemeinsame Existenz müssen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft zurücktreten und muß die Pflicht lebendig werden, die gemeinsame Front zu bilden gegenüber dem roten Weltfeind.“ (Das Nazi-Blatt *Völkischer Beobachter* am 16. Juni 1937. Quelle: „Die Bedrohungslüge“, G. Kade, 2. Auflage 1980, S. 106).

Man ersetze „roter Weltfeind“ mit „Macht-haber Putin“, schon ist man mittendrin in der Rhetorik unserer Gegenwart. Wir wollen keinen Zweifel lassen, wes Geistes Kind die Zeitgenossen sind, die den Schmarren „der Russe bedroht Europa“ neuerdings in Umlauf brachten

Seit Jahrzehnten pinseln journalistische Agitatoren wie Udo Lielischkies, Sylvia Stöber, Ina Ruck, Sabine Adler, Golineh Atai, Thomas Roth und Demian van Osten das Feindbild Rußland. Ihre Farbmischung: Unterstellungen, Lügengeschichten (Hel-denlegende Nawalny, Vergiftungssaga Skripal, Räuberpistole „Cyberattacken“). Die deutschen Systemmedien, angeführt vom „Flaggschiff“ ARD-Tagesschau, waren sich für keine Falschmünzerei zu schade.

Wir sind wieder so weit

Wenn irgendein unbedarftes Hornvieh blökt, der „autoritäre“ Putin werde dem-nächst Krieg gegen Westeuropa und spe-ziell gegen Deutschland führen, dann sind allemal genug hirnrissige Journalisten zur Stelle, um das abzumelken und zu Nach-richtenkäse zu verarbeiten.

Diesen von logischen Denkprozessen und politischer Sachkenntnis weit entfernten beruflichen Ausfallerscheinungen ist es egal, welchen niederträchtigen Interessen sie dienen: der planvollen Umstellung auf Kriegswirtschaft und Kriegsfinanzierung, der Ablenkung vom „notwendigen“ Sozi-alabbau und damit der Profitgier der Rüs-tungswirtschaft und ihrer Aktionäre.

Das ganze Elend wird manchmal schlag-lichtartig sichtbar. Die bayerische Ge-sundheitsministerin Gerlach forderte kürzlich ein bundesweites Programm zur medizinischen Versorgung im Kriegsfall. Hintergrund sei „die militärische Bedrohung durch Rußland und eine mögliche Abkehr der USA durch Donald Trump.“

Na bitte. Und niemand fragt zurück, wann die Frau selbst das letzte Mal beim Arzt war. Daß deutsche Friedenspolitik erheblich preiswerter und sinnvoller sein könnte als der Bau von Lazaretten für Kriegsversehrte, kommt bei solchen Tönen niemandem mehr in den Sinn. Obwohl die gedanklichen Parallelen zur kriegsvorbereitenden Agit-Prop der Nazis kaum zu übersehen sind. Daß hierzulande schon viele neofaschistische Kulissen geschoben werden, stört die Journaille nicht. Sie schiebt selber mit. Der erst wenige Monate alte Vorwurf, die Russen planten noch in diesem Jahrzehnt einen „Krieg gegen uns“, wurde planmä-ßig und skrupellos ins öffentliche Gedächtnis gedrückt.

Vom Frieden bedroht

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAP, machte im Sommer letzten Jahres den Zünder für die Entwicklung der Bedrohungslüge sichtbar. Den Grund dafür, Kriegsangst zu schüren und damit plötzlich



Denkmal Hinterland für die Front in Magnitogorsk von Jewgeni Wutschetitsch (1979)

Truck Holding. Kriegsängste schüren liegt in deren Geschäftsinteresse. Krieg ist ihr Ersatzbegriff für immensen Profit. Sozis von Gabriels Schlag haben das längst verinnerlicht.

Weder lernwillig noch lernfähig – schlicht empathielos. Daß bereits zwei deutsche Rußland-Feldzüge in neuerer Zeit in Katastrophen mit Millionen Toten endeten, stört sie nicht. Im Ersten Weltkrieg brambarbasierten die Vertreter des Geldadels vom „unausweichlichen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum“. Bekanntlich stimmte die SPD damals den Kriegskrediten zu, mit denen das ersehnte Abschlagen finanziert wurde. 23 Jahre später machten die von den Konservativen an die Macht gehievtten Nazis weiter. Mit der gleichen Propagandalüge, der „Gefahr

– und welche bösen Hintergedanken sie dabei haben. Deshalb das Zitat eines der schlimmsten Demagogen der Zeitgeschichte:

„Es ist nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen ... dazu war es notwendig, nicht nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Ereignisse so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien beginnt ...“ (Adolf Hitler vor der deutschen Presse am 10. November 1938. Quelle: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2/1958, S. 182 ff.)

irrsinnige Rüstungsanstrengungen durchsetzbar zu machen: der befürchtete Wahlsieg des US-Präsidenten Trump und dessen Ankündigung, den Ukraine-Krieg sofort beenden zu wollen.

Entspannung mit Moskau? Der Albtraum für deutsche Kriegsgewinnler. Er rief die akademischen Gesinnungsfreunde von der DGAP auf den Plan. Deren Empfehlung: „Im Fall eines Wahlsiegs von Trump sollten sie (die europäischen Regierungen) auf seinen transaktionalen Politikstil eingehen, aber deutlich machen, daß sie keine Verhandlungslösungen akzeptieren ... Deutschland und die europäischen Regierungen müssen ihre Bemühungen zur Unterstützung der Ukraine verstärken, beschleunigen und verstetigen. ... Zugleich ist es entscheidend, die europäische Bevölkerung weiterhin davon zu überzeugen, daß die langfristige Unterstützung einer freien und unabhängigen Ukraine im eigenen Interesse liegt.“

Daß die „langfristige Unterstützung“ darauf hinausläuft, den täglichen qualvollen Tod und die Verstümmelung Abertausender Mitmenschen zu finanzieren, kümmert DGAP-Schreibtischkrieger nicht. Aber auch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ihrer „Expertise“ – 18. Juni 2024 – war von russischer Angriffsgefahr für Westeuropa förmlich noch keine Rede. Im Gegenteil: Es galt das Wort des damaligen NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg: „Wir stellen keine direkten Drohungen (aus Rußland) gegenüber einem der Bündnismitglieder fest ... Nach dem Ende der Feindseligkeiten (in der Ukraine) kann Rußland seine Stärke wiederherstellen, aber das bedeutet nicht, daß wir einer direkten Bedrohung ... ausgesetzt sind.“

Der Zeitrahmen-Konstrukteur

Dem DGAP-„Experten“ Christian Mölling blieb es vorbehalten, zu konkretisieren, was der „kriegstüchtig“-Pistorius gemeint haben könnte: Mölling nannte erstmals einen Zeitrahmen („sechs bis acht Jahre“) für den Beginn eines russischen Angriffskriegs und fantasierte die Notwendigkeit herbei, die Bevölkerung kriegsbereit zu machen. Mölling hatte sich nicht mal 2023 vom Milliarden-„Wumms“ für die Bundeswehr ruhigstellen lassen: Das, was an „Kriegsniveau, Kriegsfähigkeit oder Verteidigungsfähigkeit“ notwendig sei, um Rußland von einem Angriff abzuhalten oder im Angriffsfall bereits an der NATO-Grenze stoppen zu können, sei zur Zeit nicht gegeben. Es fehle an Material, Soldaten und vielen Kleinigkeiten.“

Der Mann weiß, daß er mit seinem Alarmissimus Kohle machen kann, ob bei der staatlich finanzierten Stiftung für Wissenschaft und Politik, beim German Marshall Fund of the United States, bei der ebenfalls staatlich und überdies von der Rüstungsindustrie finanzierten Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik oder neuerdings bei der Bertelsmann-Stiftung.

Auszug aus dem DGAP-Policy-Brief: „Das Fenster zu einem möglichen russischen Angriff öffnet sich, sobald Rußland den Eindruck hat, ein Angriff, etwa im Baltikum, könnte erfolgreich sein ... Experten und Geheimdienste schätzen, daß Rußland sechs bis zehn Jahre brauchen wird, um seine Armee so weit wieder aufzubauen, daß es einen Angriff auf die NATO wagen könnte.“

Reine Behauptungen. Nicht auf Fakten gestützt, sondern auf „opportune Zeugen“, „Experten“ und „Erkenntnisse“ der Geheimdienste. Keine Analyse, sondern eine Berufung auf die Schwarmdummheit.

Angriff als beste Verteidigung

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Kernstück des zensur-industriellen Komplexes, bot sich als der gegebene Tummelplatz für Hetzer und Kriegstreiber an. Ihr „Wir müssen kriegstüchtig werden, in ein paar Jahren kommt der Russe,“ wurde zum Ohrwurm. Der ranghöchste deutsche Soldat, Generalinspekteur Carsten Breuer, knapp 60 Jahre alt, wäre vor seiner Pensionierung wohl gerne wenigstens kurz noch mit von der Partie; er zog daher den Beginn für Iwans Angriff ein wenig vor. „Fünf bis acht Jahre“. Und ließ keinen Zweifel dran aufkommen, daß er es krachen lassen möchte: „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen, ist nicht mehr genug.“

Sondern? Selbst angreifen, um endlich nicht mehr nur über Verteidigungsbereitschaft quatschen zu dürfen? Jawoll, Herr General! Feuer!

Der Mann ist bloß fleischgewordener Zeitenwende-Geist. Kanzlerkandidat Friedrich Merz: „Es ist nämlich ein Krieg gegen Europa und nicht nur ein Krieg gegen die territoriale Integrität der Ukraine ... ein Krieg auch gegen unser Land, der täglich stattfindet: mit Angriffen auf unsere Datennetze, mit der Zerstörung von Versorgungsleitungen, mit Brandanschlägen, mit Auftragsmorden mitten in unserem Land, mit der Ausspähung von Kasernen, mit Desinformationskampagnen ...“

Erst im Oktober vorigen Jahres wollte Haßredner Merz Rußlands Präsident Putin ein Ultimatum stellen: „Wenn das nicht aufhört mit den Bombardements, dann ist der erste Schritt der: Reichweiten-Begrenzung (für ukrainische Raketenangriffe auf Rußland) aufheben. Und der zweite Schritt der, daß wir die ‚Taurus‘ (deutsche Rakete mit großer Reichweite und Sprengkraft) liefern ... Und dann hat Putin es in der Hand, wie weit er diesen Krieg noch weiter eskalieren will.“

Ob er auch noch als Bundeskanzler den Maulhelden spielen wird, müssen wir leider abwarten. Vielleicht ermannt sich jemand aus seiner Umgebung und macht ihn darauf aufmerksam, daß Putin eine Taurus-Lieferung an Kiew als deutsche Kriegserklärung wertet und „entsprechend“ reagieren will – völkerrechtlich absolut korrekt. Vielleicht erinnert sich Merz auch daran, erst

kürzlich von einer russischen „Haselnuß“ gelesen zu haben, deren Wirksamkeit weltweit beeindruckt. Vielleicht.

Kriegsplaner

Rußland droht der EU nicht mit Krieg. Das bestätigen zahlreiche hochrangige Experten, zum Beispiel US-Chefunterhändler Steve Wittkoff: „Ich habe das Gefühl, Putin will Frieden.“ Der deutsche Ex-Generalinspekteur Harald Kujat hält Behauptungen von einem bevorstehenden russischen Angriffskrieg für „Unsinn“. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder: „absurd“. Ex-Oberstleutnant Jochen Scholz: „Standardlüge“. (...)

Wie nun weiter in einem Land, das dabei ist, zum Selbstbedienungsladen korrupter Regenten und Noch-nicht-Regenten zu verkommen?

Unsere politischen, journalistischen, akademischen und militärischen Krawallbrüder und -schwestern sind nur Tonverstärker mit WLAN zum Schattenreich der Geldelite. Der ist vollkommen gleichgültig, was aus den Westeuropäern wird. Sie ist sozial abgehoben, international abgesichert und rechtzeitig offshore, bevor es kracht. Es würde ihr Stellvertreterkrieg. Ihr Ziel und zugleich angelsächsischer Wunschtraum: Deutschland zerstört und Kontinentaleuropas Wirtschaft für lange Zeit am Boden. Nicht Rußland droht mit Krieg gegen Westeuropa. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Deutsche und einige andere Westeuropäer wollen und planen Krieg gegen Rußland.

**Friedhelm Klinkhammer und
Volker Bräutigam**

Redaktionell gekürzt

Übernommen von seniora.org, 31.3.2025

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

– nicht nur der Titel eines Liedes –

Vor hundertsieben Jahren war's,
Nachdem bereits im Februar
Als Vorschau für feudale Stars
Vom Thron gestürzt sich fand der Zar.

Sich an der Macht der Bourgeois
Nicht anders konnt' verhalten.
Dank Lenin aber lebensnah
Blieb's nimmer mehr beim alten.

In Einigkeit vollbracht ward die Sowjetunion,
Als ein Vielvölkerstaat für Frieden,
Der sich sozial vom alten hatt' geschieden.

Deutscher Faschismus, Krieg als Lohn,
Ward opferreich besiegt. Mit NATO und EU
Gen Rußland zündeln – willst auch du?

E.Rasmus

Ein Ungeheuer kehrt zurück

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, warnte Bertolt Brecht im Arturo Ui. Für viele von uns ist das eine wirklich bedeutsame Mahnung davor, daß der Faschismus keine einmalige Entgleisung der Geschichte bleiben könnte. Manch anderer sieht das gegenwärtig nicht so dramatisch. Andreas Wehr vom Marx-Engels-Zentrum Berlin schreibt ausdrücklich: „Es gibt daher nicht die gegenwärtig so oft beschworene faschistische Gefahr.“ Ist das wirklich so? Auch nach 1945 sagten viele Deutsche: „Wir dachten damals, es würde schon nicht so schlimm kommen!“ Gefahren kann man schnell unterschätzen. Weniger gefährlich werden sie dadurch nicht, eher umgekehrt. „Nie wieder!“ hieß es damals. Und das meinte auch, sich nie wieder so leichtfertig ver-

der parlamentarischen Demokratie und des „gesunden Volksempfindens“. Clara Zetkin schrieb bereits 1923 dagegen an, die entstehende Gefahr zu verniedlichen: „Der Faschismus, mag er sich auch noch so kraftmeierisch gebärden, ist ein Ausfluß der Zerrüttung und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft und ein Symptom der Auflösung des bürgerlichen Staates. Nur wenn wir verstehen, daß er eine zündende, mitreißende Wirkung auf breite soziale Massen ausübt, die ihre frühere Existenzsicherheit und damit ihren Glauben an die Ordnung von heute schon verloren haben, werden wir ihn bekämpfen können“. Diesen Zerfall und die Zerrüttung kann man auch heute kaum übersehen. Nicht nur in Deutschland verliert der Staat zusehends

die Verfestigung neuer Blockbildungen, die Zuspitzung von Gegensätzen in den internationalen Beziehungen, die Militarisierung der Politik und ein schleichender Demokratieabbau. Was da in Deutschland, in Frankreich, in Großbritannien, den USA und vielen anderen Ländern des Westens vorgeht, ist Ausdruck der Zuspitzung grundlegender Widersprüche, die im Rahmen bisheriger Staatslenkung immer weniger beherrschbar werden. Genau diese Widersprüche sind es, die die Gesellschaft mit ungeheurer Wucht in Richtung einer erneuten Entartung ihres politischen Systems bewegen. Schon 12 Jahre nach den ersten Warnungen Clara Zetkins stand der Faschismus in Deutschland „in voller Blüte“. Diese mögliche Dynamik der Entartung dürfen wir nie wieder unterschätzen.

Das Wesen des Faschismus, so Georgi Dimitroff 1935, besteht darin, daß er „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ ist. Die entscheidende Bedeutung dieser Definition besteht darin, daß sie die politische Form des Faschismus sehr präzise benennt, dort aber nicht stehenbleibt. Denn er hat Wurzeln, aus denen er zwangsläufig entsteht, wenn seine Zeit gekommen ist. Ohne die Benennung dieser Wurzeln ist eine sachgerechte und treffende Analyse nicht möglich. Die entscheidende Wurzel des Faschismus ist ökonomischer Natur und sie heißt mit Klarnamen Finanzkapital. Niemals dürfen wir dessen Rolle bei der Entstehung faschistischer Verhältnisse außer acht lassen. Natürlich legt das Finanzkapital keinen Wert darauf, als eigentliche Ursache des Faschismus benannt zu werden. Aber das ist eben keine bloße Behauptung. Es ist eine Tatsache, die in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen präzise nachgewiesen werden konnte. Der Einfluß dieses Teils des Kapitals ist inzwischen ins Unermeßliche gestiegen. Allein BlackRock, das größte Finanzinstitut der Erde, verwaltet die unvorstellbare Summe von 11,5 Billionen Dollar. Was ist das für ein Unterschied zu den 500 Milliarden eines Bundeshaushalts der BRD! Die künftige Politik des ehemaligen BlackRockers Friedrich Merz wird uns das in den nächsten Monaten immer deutlicher zeigen. Die erste Billion ist ja schon lockergemacht worden, um die Bedürfnisse des Finanzkapitals noch besser zu bedienen. Vom Finanzkapital ist Merz in seine politische Funktion geschoben worden. Nun muß er liefern und dessen Interessen bedienen. Denn Geld regiert die Welt, nicht die hehren Sprüche aus der Vorwahlzeit. In den USA kann man inzwischen verfolgen, wie es ist, wenn die Milliardäre die Regierung komplett in die eigenen Hände nehmen. Deutsche Politik schwieg angstvoll, als dem



Sowjetisches Ehrenmal in Berlin-Tiergarten von Lew Kerbel und Wladimir Zigal (1945)

halten zu wollen wie in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts.

Blicken wir kurz in die heutige politische Landschaft der Länder des Westens: Faktisch gibt es dort kein einziges Land mehr ohne ultrarechte, halbfaschistische oder bekennend faschistische Parteien und Bewegungen. Ist das wirklich nur Zufall und völlig ungefährlich? Sind Größe und politische Bedeutung dieser Kräfte im letzten Jahrzehnt nicht besorgniserregend und in dramatischem Tempo gewachsen? Darf man wirklich übersehen, daß in einigen Ländern bereits „schlagkräftige“ Formationen in oder neben solchen Parteien existieren? Ich teile deshalb Andreas Wehrs Meinung nicht, daß sich „die Situation der Länder des ‚Westens‘ und damit Deutschlands grundlegend von der Zwischenkriegsphase (der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg) unterscheidet“. Im Gegenteil, sie ähneln sich immer mehr. Auch damals erfolgte die Faschisierung der Gesellschaft schleichend und über einen längeren Zeitraum. Die ersten Anzeichen faschistischer Ideologie wurden weithin belächelt, vertraute man doch den Kräften

an Handlungsfähigkeit und kaschiert das durch Großmüligkeit, Populismus und repressive Maßnahmen.

Der Boden, auf dem die Saat des Faschismus aufgehen kann, ist längst bereitet. Die KP der Russischen Föderation hat auf ihrem Mai-Plenum 2024 analysiert, daß sich der Kapitalismus in „der schwersten Krise seit einhundert Jahren“ befindet. Die Möglichkeiten der Profiterzielung gerieten immer stärker in Kollision mit dem geschundenen Ökosystem unserer Erde, das nach 1945 installierte System der neokolonialen Ausbeutung bekäme immer spürbarere Risse, die euro-atlantische Hegemonie über das Weltgeschehen zerbröckele spürbar, die Situation in den USA entwickle sich immer dramatischer und unvorhersehbarer, und die EU als wirtschaftlicher Machtblock gebe sich zunehmend in politische und ökonomische Abenteuer, die sie schwächen und zunehmend fragiler werden lassen. Erkennbar zeichne sich „in den Staaten der westlichen Hemisphäre eine Periode des Ausbaus autoritärer Instrumente der Herrschaft und der Verengung demokratischer Diskurse ab“. Ausdrücklich genannt wird

Land die Gasversorgung aus dem Osten einfach weggesprengt wurde. Amerikanische Profitinteressen waren wichtiger, als eine stabile Versorgung des Landes. Auf ähnliche Weise dürfte das große Kapital künftig alles beiseite fegen, was es als Hindernis für maximale Profiterzielung ansieht. Da macht es keinen Unterschied, ob es sich um soziale Schutzrechte oder die Grenzen von Staaten handelt. Es wird jedes Mitredenwollen bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums unterbinden und nötigenfalls auch brutal unterdrücken. Es wird untergeordnete Kapitalinteressen, wie sie beispielsweise im Verkehrs- und Gesundheitswesen, in der

Landwirtschaft oder im Bauwesen existieren, an eine noch strengere Leine legen. Es wird die Rechte der Arbeitenden zusammenstutzen. Was diese zugemessen bekommen, hat ihnen zu reichen. Und es wird sich zunehmend auf jene Sphären konzentrieren, wo Profite fast unbeschränkt zu erzielen sind: Auf Finanzspekulation und Rüstung. Wer meint, daß das ohne absolute Manipulation und Disziplinierung der Massen und ohne diktatorische Methoden funktionieren kann, ist blind für die Entwicklungen, die sich schon lange direkt vor unseren Augen abspielen. Oskar Lafontaine formulierte treffend: „Die wirklichen Rechtsextremen sitzen in

Deutschland längst in der Regierung.“ Nach den Wahlen vom Februar gilt das um so mehr. Das Ungeheuer ist längst wieder auf dem Vormarsch. Wie man das Grundgesetz auf undemokratischste Weise und ohne nennenswerten Widerstand ändern kann, hat es unlängst bewiesen. Wir haben keinen Grund anzunehmen, andere demokratische Institutionen unseres Staates wären gegenüber dem Orkan, der uns da drohen könnte, deutlich widerstandsfähiger. 1933 hat gezeigt, in welche Katastrophe es führen kann, wenn man sich da irgendwelchen Illusionen hingibt.

Joachim Seider

Kriegstommeln in Deutschland und EU-weit

Die hochstilisierte Klimakrise wurde mit scharfer Polarisierung in Szene gesetzt. In der Pandemie wurden die Ängste der Menschen bis zur Hysterie geschürt. In beiden Fällen hat die Wissenschaft abgedankt oder wurde zu einer Art neuen Religion erhoben. Nicht Fakten, sondern die richtige Haltung und der richtige Glaube wurden postuliert und nicht selten erzwungen. Die Verschärfung des gesellschaftlichen Gegeneinanders in dieser Zeit scheint zum Wegbereiter der im Bundestag praktizierten Kriegshysterie geworden zu sein. Für all die von der Union, der SPD und den Grünen erhobenen Forderungen, die nahezu eine Billion Schulden verursachen, wurde die Gefahr, die aus ihrer Sicht von Putin und Rußland ausgehen soll, in grotesker Weise instrumentalisiert. Das alles erscheint gut vorbereitet gewesen zu sein. Baerbock faselte davon, daß Deutschland im Krieg mit Rußland sei. Manfred Weber, CSU-Politiker, Partei- und Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament,

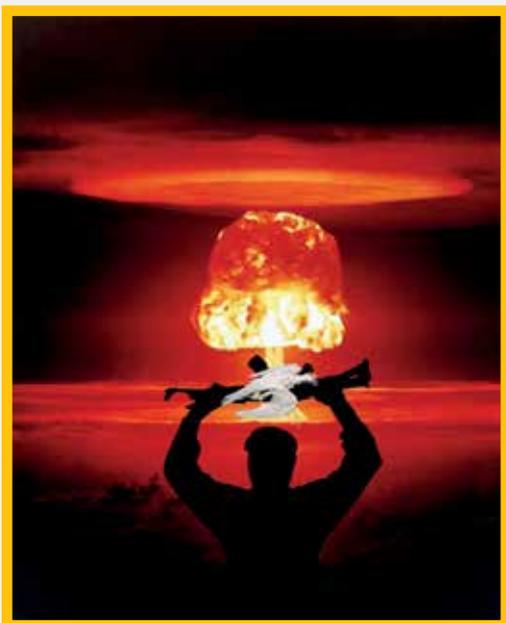
fordert die Umstellung unseres Denkens in Europa auf „Kriegstüchtigkeit“. Deutschen Hilfswerken wird von der Bundeswehr nahegelegt, sich auf den Kriegsfall vorzubereiten. In Köln plant man bereits, aus einer Tiefgarage eine Intensivstation für den Katastrophen- und/oder Kriegsfall zu machen. Rheinmetall, eine Rüstungsschmiede in Deutschland, zieht in Erwägung, stillgelegte VW-Werke, wie z.B. in Osnabrück, für die Produktion von Panzern zu übernehmen. Die Aktien von Rheinmetall und anderen Rüstungsfirmen schießen in die Höhe. Rheinmetall-Chef Armin Papperger spricht von einem Super-Konjunkturzyklus in der Rüstungsbranche. Der ehemalige deutsche Außenminister und Grünen-Politiker Joseph Fischer plädiert für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht für Männer und Frauen. Die Europäische Union hat auf ihrem Frühjahrsgipfel ein ehrgeiziges Verteidigungsprogramm verabschiedet. Bis 2030 sollen 800 Milliarden Euro in die militärische Stärkung Europas

investiert werden. 25 % dieser Summe muß Deutschland zusteuern. Das sind noch einmal 200 Milliarden.

Geht es bei all diesen Aufrufen und Stellungnahmen nur um eine Ablenkung von allen innenpolitischen Notlagen in Deutschland oder der EU, von denen wir in der Tat eine unüberschaubare Menge haben? Oder geht es hier um die Weiterführung alter geostrategischer Pläne, die von anglo-amerikanischen Eliten immer wieder verfolgt wurden?

Ewald Wetekamp, Stockach

Dieser Textauszug wurde dem Beitrag des Autors unter der Überschrift „Wie lange dulden wir Deutschen noch den Lug und Trug unserer Politiker? Deutschland nach der Grundgesetz-Manipulation durch CDU/CSU, SPD und Grüne“ entnommen, der in der Zeitschrift „Zeit-Fragen“, Nr. 8, 1. April 2025, Zürich, erschienen ist.



AUSLAUFMODELL KRIEG? VERGEBLICHES HOFFEN

Leid, Neid und Schmerz – wie lange noch empfunden?
Braucht Deutschland diesen Russenhass?
Er warnt vor Putin, spricht von Angriffswunden,
Von Kriegsgott Marsens bestem Kunden.
Wer stopft das Loch im Friedensfass?
Die Ukraine, dirigiert vom Westen:
Ein komponiertes Spaltprodukt,
Zusammengewürfelt aus den allerbesten
Der bösfaschistoiden Abfallresten
Mit Garantievermerk: Es juckt!
Wer hat wohl wen hier kriegerisch geritten?
Wer sind die Bösen, hoch zu Ross?
Es sind stets jene, die noch nie gelitten:
Es sind die Ignoranten guter Sitten,
Die Rüstungsindustrien als Boss.

Lutz Jahoda

Welcher Phönix kommt aus der Asche?

Seine einzigartige, im Austausch mit Friedrich Engels (1820–1895) 1852 entstandene und über das „Kommunistische Manifest“ hinausgehende Arbeit „Der 18. Brumaire“ hat Karl Marx (1818–1883) eingeleitet mit seinem historisch materialistischen Blick auf weltgeschichtliche Prozesse, die sich zweimal ereignen können, „das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce“. Und dazu die Bemerkung: „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.“ Wir müssen uns in der Gegenwart an die scheinbar längst aufgearbeiteten „Geister der Vergangenheit“ erinnern, wenn gleich diese von den Medien in neuer Verkleidung vermittelt werden.

Der verbrecherische Überfall auf die Sowjetunion durch das faschistische Deutschland am 22. Juni 1941 war viele Jahre vorbereitet worden. Mehr als ein Jahr später trafen sich in Wien vom 14. bis 18. September 1942 Jugendliche aus Europa, um einen „Europäischen Jugendverband“ zu gründen und mit diesem die Botschaft eines „Europäischen Frühlings“ zu verkünden: *„Im Sturm der letzten Jahre und damit vor dem Auge der Geschichte, in einer gigantischen Zusammenballung und Verdichtung der Ereignisse, vollzieht sich auf den Schlachtfeldern des Ostens und in der gemeinsamen Anstrengung zur Niederringung des Bolschewismus, des Urfeindes der europäischen Kultur, das Werk der Einigung Europas. Der Vertrag, der die Völker Europas zusammenführt, ist nicht nur mit Tinte unterschrieben, sondern mit dem Blut der Soldaten dieser Nationen gesiegelt. Wir glauben also, daß hinter allen politischen Überlegungen und den zwingenden gemeinsamen Interessen die Einigung Europas eine geschichtliche Notwendigkeit ist, die unsere Zukunft auf weite Zeitspannen hinaus bestimmen wird. [...]“*

Aus den in Wien anwesenden jungen „Patrioten Europas“ wurden in der „Reichszeitung der Hitler-Jugend, Junge Welt“ nebst der „deutschen Jugend“ besonders „die Jungen und Mädels der dänischen Jugend“ herausgestellt. In einer anderen Nummer vom September/Oktober 1943 wird die kroatische Jugend als „Keimzelle der Ustascha-Bewegung“ ausgezeichnet.

Serbische Jugendliche waren unter diesen jugendlichen „Patrioten Europas“ nicht dabei. Wer hätte denn aus Serbien nach Wien kommen sollen? Am 21. Oktober 1941 wurden in Kragujevac von den damals für europäische Werte schießenden deutschen Soldaten 400 Gymnasiasten aus ihren Klassen geholt und erschossen. Das Gedicht der serbischen Dichterin Desanka Maksimović (1898–1993) spricht dieses in Vergessenheit gedrängte Ereignis an: *„Es ist geschehen und wahr / daß an einem Tag in einem Land / auf dem bergigen Balkan / eine Schülerschar den Märtyrertod fand. / Alle geboren im selben Jahr“*. Auch über

die Teilnahme von Jugendlichen am „Europäischen Frühling“ aus dem von der deutschen Wehrmacht am 6. April 1941 überfallenen Griechenland ist nichts zu lesen, ebenso nichts von polnischen, jüdischen, russischen oder ukrainischen Jugendlichen, die den von den faschistischen deutschen Wehrmachts-horden und ihren Kollaborateuren verübten Massakern dem „Europäischen Frühling“ geopfert wurden. Aus der Westukraine ist überliefert: *„Mehrere Stunden lang führten die Deutschen die Gefangenen zu den bereits vorher ausgehobenen Gruben. Alle mußten sich entkleiden, man riß ihm die Kleider vom Leibe, zerrte ihn lebend in die Grube und zertrampelte*



Standbild auf dem Heldenkmal der Roten Armee in Wien von Michail Intesarjan (1945)

ihn mit den Füßen. Die Deutschen sammelten die den Verwundeten abgenommenen Sachen, verladen sie auf Kraftwagen und fuhren singend mit ihnen ab. Einige Tage darauf wurde an dem gleichen Ort eine große Gruppe von Frauen und Kindern gebracht. Der Wald widerhallte von lautem Schreien und Weinen.“ Der enzyklopädisch denkende, seit 1945 in dem von den deutschen Faschisten durch die Rote Armee befreiten Berlin lebende Gelehrte Jürgen Kuczynski (1904–1997) hat sich wiederholt der Frage nach den „Gesellschaften im Untergang“ gestellt und 1992 dazu einen Überblick „Asche für Phönix. Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen. Eine vergleichende Studie zu Feudalismus, Kapitalismus und ‚Realem Sozialismus‘“ veröffentlicht.

Der „Reale Sozialismus“ in Europa war das erste Experiment, die Barbarei des Kapitalismus zu überwinden und mit „Asche“ zu überdecken. Der Sieg des Sozialismus konnte trotz der ihm notwendigerweise innewohnenden

Unmenge von Fehlern der Menschheit „Hoffnung“ auf eine solidarische Perspektive geben, obschon schon bald nach 1945 in Europa wie ein Phönix aus der Asche die imperialistische Gesellschaftsordnung mit ihren reaktionären und korrupten Cliquen wieder auferstanden ist. Am Ende des vorigen Jahrhunderts hat nach der Niederlage der sozialistischen Länder die durch den Anschluß der DDR, die ihren Bürgerinnen und Bürgern soziale Sicherheit gewährleistet hat und von der bekanntlich kein Krieg ausgegangen ist, wieder kriegstüchtige BRD im Einvernehmen mit Österreich von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die am 21. Dezember 1991 erfolgte Anerkennung von Slowenien und Kroatien vorbereitet und gefordert. Es war das der Anfang des blutigen Auseinanderbrechens der bis dahin friedlich zusammenlebenden Völker Jugoslawiens. Wenige Jahre später bombardierte die Bundesrepublik Deutschland mit menschenfreundlicher Maske völkerrechtswidrig Jugoslawien als Vassall der USA im Rahmen der NATO (24. März – 24. April 1999).

In der Gegenwart ist in Europa und weltweit aufgrund der durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln ermöglichten Wolfsgesetze dieselbe Klasse mit ihren Eliten herrschend, welche die räuberische „Europabewegung“ von Adolf Hitler (1889–1945) zur Aggression gegen die „Russen“ stark gemacht hat. Die heute führenden europäischen Mächte Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien agieren ähnlich wie in den 30er Jahren, als Frankreich und Großbritannien im Münchner Abkommen (1938) Deutschland die Tschechoslowakei zum Fraß hinwarfen und dessen aggressives Potential auf die Sowjetunion lenkten, anstatt Maßnahmen zur Eindämmung der deutschen Eroberungspolitik zu setzen. In der Gegenwart haben sich Frankreich, Großbritannien und Deutschland verbündet, um mit der Ukraine als Werkzeug gegen Rußland vorzugehen, wobei die vielen toten Ukrainer zu den Kollateralschäden gehören. Ausgeblendet werden zu all dem die von Europa aus unterstützten Massaker der Israelis an den Palästinensern, ausgeblendet werden die im Mittelmeer durch europäische Strategie ertrinkenden Mütter mit ihren Kindern, ausgeblendet werden die in Konzentrationslagern inhaftierten Flüchtlinge. Auf eine Humanisierung Europas zu hoffen, ist angesichts der Ideologie der herrschenden Kräfte eine ebenso irreführende Utopie wie jene des „Europäischen Frühlings“ im Jahre 1942.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzter Beitrag aus: „Zeitung der Arbeit“, Wien, vom 14.3.2025

Versagen der Sozialdemokratie – eine weltgeschichtliche Katastrophe

Im bürgerlichen Mainstream findet Rosa Luxemburg heutzutage allenfalls mit der aus dem unvollendeten und von ihr nicht autorisierten Manuskript „Zur russischen Revolution“ entnommenen und berühmt gewordenen Randnotiz, daß „die Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden“ sei, Erwähnung. Es wird suggeriert, daß dieser Ausspruch mehr oder weniger die Quintessenz ihrer Anschauungen sei und diese diametral jedweder „Diktatur“ entgegenstehe, so auch der Diktatur des Proletariats. Nicht erklärlich wäre dann aber ihre Begeisterung über die „Russische Revolution“. Rosa Luxemburg sah in der Oktoberrevolution das gewaltigste Faktum des Weltkrieges und war zugleich auch davon überzeugt, daß „die Lenin-Partei die einzige (war), die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung ‚Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums!‘ den Fortgang der Revolution gesichert hat.“¹

Daß die Verwirklichung der Forderung „Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums!“ im Ergebnis nur ein Arbeiter- und Bauern-Staat als eine Diktatur des Proletariats sein konnte und mußte, war natürlich auch für Rosa Luxemburg völlig klar, wenn auch von verschiedener Seite immer wieder versucht wird, dies mit den feinsten Sophismen in Abrede zu stellen.

Für Rosa Luxemburg gab es auch nicht „die Demokratie“ schlechthin, sondern entweder „die bürgerliche Demokratie oder die sozialistische Demokratie“.²

„Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen“.³

Bei vielen, die zwischen Lenin und Luxemburg unüberbrückbare Gegensätze konstruieren, wird überwiegend nicht sauber theoretisch zwischen Demokratie und Diktatur unterschieden. Sie rühren einen Brei aus konkreter und abstrakter Demokratie, aus bürgerlicher und sozialistischer Demokratie, aus Diktatur als Staatsform und Diktatur als Staatstyp, analysieren das diffuse Gemisch in ein Kontra Lenin und in ein Pro Luxemburg.

Wie dem auch sei, als Kronzeugin für bürgerliche Demokratie und bürgerliche Freiheit als bessere Alternative zum Sozialismus taugt Rosa Luxemburg auf keinen Fall, trotz nicht enden wollender Versuche. Als Kronzeugin taugt Rosa Luxemburg aber allemal für das Versagen der Sozialdemokratie, soweit es deren Haltung zu Kriegen im Stadium des Imperialismus betrifft, also

spätestens ab dem Ausbruch des I. Weltkrieges. Zu wenig wurde und wird das von Luxemburg aufgedeckte Versagen der SPD im Zusammenhang mit dem I. Weltkrieg ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gehoben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hätte da sicherlich noch ein breites Betätigungsfeld.

Für Vorbehalte oder politische Rücksichtnahmen gibt es keine Gründe, denn der Marxismus ist eine wissenschaftliche Theorie und kein Dogma, welches auf einem bestimmten Erkenntnisstand verharrt.

Daß, was Rosa Luxemburg in ihrem Werk „Die Krise der Sozialdemokratie“ zum Versagen der SPD zusammengetragen hat, ist heute noch genauso aktuell wie vor 110 Jahren, weil sich die SPD seit über 110 Jahren sträubt, aus den Erfahrungen der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen. Vielleicht hatte auch die Kritik Lenins an der „Junius-Broschüre“ dazu beigetragen, daß dieser nicht die Aufmerksamkeit gewidmet wurde, die sie verdient hätte, obwohl Lenin diese als eine „im Großen und Ganzen ausgezeichnete marxistische Arbeit“ würdigte.

In den ersten Kapiteln illustriert Rosa Luxemburg facettenreich die „weltgeschichtliche Katastrophe: die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie“.⁴

„Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beispiellos, ist ein Unglück für die Menschheit.“⁵ „Die deutsche Sozialdemokratie galt als die reinste Verkörperung des marxistischen Sozialismus“⁶ „Ja, gerade in den Fragen des Kampfes gegen den Militarismus und den Krieg trat die deutsche Sozialdemokratie stets entscheidend auf.“⁷

Ungläubig fragt Rosa Luxemburg, wo die Sozialdemokratie jetzt stehe, in der Zeit der historischen Probe, in der Zeit unmittelbar vor und bei Ausbruch des Krieges. Es ist das völlig Unglaubliche, das völlig Unvorstellbare geschehen: „Nirgends ist die Organisation des Proletariats so gänzlich in den Dienst des Imperialismus gespannt ... wie in Deutschland.“⁸

Von Marx wissen wir, daß die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, keine theoretische Frage ist, sondern eine praktische. In der Praxis zeigt sich, ob die vom Menschen vertretene Theorie praxistauglich ist. Bis unmittelbar vor Kriegsausbruch standen SPD und die anderen Linksparteien auf dem festen Fundament marxistischer Klassenanalyse zu den Ursachen eines Krieges in Zeiten des Imperialismus und den daraus resultierenden Aufgaben für die internationale Arbeiterklasse und für

die sie vertretenden Arbeiterparteien. Das Basler Manifest von 1912 demonstrierte eindrucksvoll die Einheit und Geschlossenheit der internationalen Arbeiterbewegung. Rosa Luxemburg hat es sich nicht nehmen lassen, in bezug darauf den sozialdemokratischen Fraktionsredner David im deutschen Reichstag am 3.12.1912 zu zitieren: „Das war die schönste Stunde meines Lebens, das bekenne ich. Als die Glocken des Münsters den Zug der internationalen Sozialdemokratie begleiteten, als rote Fahnen im Chor der Kirchen um den Altar sich aufstellten und als Orgelklang die Sendboten der Völker begrüßten, die den Frieden verkünden wollten ...“

Und David fügte dann eindringlich und mahnend hinzu: „Was sich hier vollzieht, daß sollte ihnen doch klar werden. Die Massen hören auf, willenlose, gedankenlose Herden zu sein. Das ist neu in der Geschichte. Früher haben sich die Massen blindlings von denen, die Interesse am Krieg hatten, gegeneinander aufhetzen und in den Massenmord treiben lassen. Das hört auf. Die Massen hören auf, willenlose Instrumente und Trabanten irgendwelcher Kriegsinteressen zu sein.“⁹

Zwei Jahre später war von dieser Erwartung, von dieser hoffnungsvollen Einschätzung nichts übriggeblieben. Die Massen, einschließlich der rechten Parteiführung der SPD, waren wieder die gedankenlose Herde, die den Kriegstreibern hinterhertrötete, die ihnen den „sozialistischen Segen gaben.“

Und was unterscheidet die heutige SPD von der damaligen?

Bis unmittelbar vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges war die SPD in jeder Beziehung, also theoretisch und praktisch-politisch, entschiedene Gegnerin des nahenden Krieges, Vorbild gegenüber anderen linken Parteien im Kampf um die Verhinderung eines Krieges, eines massenhaften Abschlachtens von Proletariern. Als es aber zur Entscheidungsstunde am 4. Aug. 1914 kam, gab es dann von der Führung der SPD den jähen Schwenk, den Verrat an der Arbeiterklasse, an den Interessen der internationalen Arbeiterklasse, der selbstredend nur nach außen als plötzliche Kehrwendung in Erscheinung trat. Im inneren Machtzirkel waren die Würfel längst gefallen. Man stimmte in den imperialistischen Kriegskurs mit demagogischen Parolen und nationalistic-bürgerlichen Phrasen und Terminologie ein. Spätestens seit dieser Zeit ist die deutsche SPD integraler Bestandteil des imperialistischen Macht- und Herrschaftssystem. Darüber dürfen

keine Illusionen bestehen. Aus taktischen Gründen gibt es von der Parteispitze von Zeit zu Zeit Näherungen an die Arbeiterklasse (breit gefaßt nicht im ursprünglich traditionellen Sinne), an das „Parteivolk“. Allerdings gab es in der Geschichte der Sozialdemokratie eine Ausnahme, in der ein Teil der SPD aus dem von Rosa Luxemburg analysierten totalen Versagen in bezug auf imperialistische Kriege die richtigen Lehren gezogen hat, und zwar war es der Teil der SPD, der sich 1946 in der SBZ nach dem II. Weltkrieg (!) mit der KPD in der SED vereinte, heute demagogisch als

„Zwangsvereinigung“ verunglimpft und insoweit vom Wesentlichen ablenkend. Ob man es sich eingestehen will oder nicht, DDR und SED haben aus der „ausgezeichneten marxistischen Arbeit“ Rosa Luxemburgs die richtigen Lehren gezogen. Sie haben sich bis 1989 als konsequente Verfechter für den Weltfrieden erwiesen. Da diese Feststellung nicht mit dem Mainstream kompatibel ist, wird sie vorsichtshalber unter den Schutz der „Freiheit“ gestellt, die immer die Freiheit der Andersdenkenden“ ist.

Dr. Hans-Jürgen Joseph, Berlin

Fußnoten

- 1) Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 341, Dietz Verlag Berlin 1979
- 2) a.a.O. S. 341, 362 ff.
- 3) a.a.O. S. 363
- 4) a.a.O. S. 53
- 5) ebenda
- 6) a.a.O. S.54
- 7) a.a.O. S. 55
- 8) ebenda
- 9) Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode, I. Session Bd. 286. Stenografische Berichte, Berlin 1913, S. 2517/2518

Kriegsfähiger Kredittaumel „historisch“? – nein, hysterisch

Allen euphemistischen Zuschreibungen der jeweilig eigenen nationalen Außenpolitiken in West oder Ost zum Trotz (Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Sicherheit usw. beschwörend) – sie waren und bleiben stets von klassenpolitischen Herrschaftsinteressen geleitet. Daher kann bei all den vielen edlen verbalen Ornamenten für die Interessen der Akteure in den internationalen Beziehungen deren großmachtpolitische Prägung nicht ignoriert werden. In diesem Sinne sind die USA (zwar abnehmend) wirtschaftliche und militärische Großmacht, China wirtschaftlich und zunehmend militärische Großmacht sowie Rußland dagegen militärisch und zugleich auf dem Weg zu einer allmählich auch wirtschaftlichen Großmacht. In abgestufter Weise gilt Letzteres auch für Indien und Brasilien und Japan, während in Europa in verschiedener Form Deutschland, Frankreich und Großbritannien ihren großmachtpolitischen Führungsanspruch auf den Westteil des Kontinents geltend machen. Die mit der Sonderoperation Rußlands in der Ukraine von Deutschland im Februar 2022 verkündete „Zeitenwende“ signalisierte unmißverständlich militärische Führungsansprüche in der Gruppe des kollektiven Westens. Die nüchternpragmatisch, rein kostenbasierte Kalkulation des amerikanischen Präsidenten Trump für eine zu teuer bezahlte Hoffnung auf einen ukrainischen Sieg gegen Rußland stimuliert nunmehr den restlichen Westen zu außerordentlichen und in dieser Höhe bisher noch nicht bekannten Rüstungsausgaben. Der Versuch der Führungen in Washington und in Moskau zur Wiedererichtung einigermaßen normaler diplomatischer und anderer zwischenstaatlicher Beziehungen wird dagegen nahezu als Verrat von Präsident Trump an der nahezu seit „ewig“ gebotenen und gewohnten Hörigkeit der westlichen NATO-Vasallen

gegenüber den USA empfunden. Ihr bisher umfangreicher militärischer und finanzieller „Solidaritäts“-Beitrag für die zum freiheitlich-demokratischen Staat deklarierte Ukraine (bei üblichem Beschweigen der bereits mit dem Maidan 2014 verknüpften kriegerischen Vorgeschichte) wird jetzt im Zeichen schon alter, beinahe „traditioneller“ Bedrohungsbeschwörungen weiter hochgepeitscht. Die hierfür ins Feld geführte Schreckensbotschaft läuft darauf hinaus, daß die Ukraine heute nicht nur sich selbst, sondern den gesamten „freiheitlichen“ Westen Europas verteidigt. Vorgeblich bestinformierte Geheimdienste und Sicherheitsanalytiker schüren Haß und Ängste gegen Rußland, um desinformierte Massen mit der Behauptung eines mit höchst denkbarer Wahrscheinlichkeit 2029/30 stattfindenden russischen Überfall opferbereit und kriegstauglich zu präparieren. Daher soll nunmehr „schuldenbremsenfrei“ nach entsprechenden verfassungsrechtlich manipulierten und EU-finanzpolitischen Korrekturen in Billionenhöhe für die Ausrüstung der Bundeswehr unbegrenzte Waffenbeschaffungen Geld ausgegeben werden. Den eventuellen Ausfall von strategischer Führung durch die USA sowie ihrer Rüstungstechnik soll durch eine eigene koordinierte Waffenproduktion und Beschaffungsmaßnahmen, durch eine tiefgreifende Militarisierung der Gesellschaften (Zielabsicht in der BRD: Wehr- und Dienstpflicht) zwischen den EU-Staaten und in Großbritannien kompensiert werden.

Die praktisch unbegrenzte Rüstungsoption für die bundesdeutsche Haushaltspolitik wird recht scheinheilig mit einem 500-Milliardenkredit für den von Vorgängerregierungen geduldeten Verschleiß von Straßen, Brücken und Bahn sowie Personalressourcen in Bildung, Sozial- und Gesundheitswesen garniert. Die geweckten Hoffnungen der Länder und Kommunen

auf von nun an größere finanzielle Unterstützung steht allerdings auch unter dem prioritären Vorrang einer bis 202/30 zu erreichenden „Kriegsfähigkeit“ Deutschlands. Diese Zielsetzung soll Deutschland zur militärisch-logistischen Drehscheibe für eine erfolgversprechende Abschreckung (treffender gesagt: Erstschlagsfähigkeit des Westens) dem gegenüber bereits heute ausgemachten künftigen Aggressor in Gestalt von Rußland machen. All das wird von der etablierten Politik und den zu ihren Diensten stehenden Massenmedien als „historisch“ bejubelt. Die sich vorsichtig abzeichnende Entspannung zwischen den USA und Rußland wird (bei allen unverkennbaren erratischen Seiten der Außenpolitik Trumps) nicht als Chance zu einer Reduzierung einer bisher nicht mehr denkbaren globalen Kriegskatastrophe zwischen den beiden atomaren Supermächten gesehen. Eine Ängste produzierende westliche Hysterie charakterisiert die aktuelle westeuropäische NATO- und EU-Politik: Der große Leithammel USA droht der übrigen westlichen Schafherde verloren zu gehen, weil er in seinem Deal mit Rußland nicht aus purer Menschlichkeit, sondern aus nüchterner Kostenkalkulation einen ukrainischen Sieg über Rußland gestrichen hat.

Nebenbei bemerkt, daß die Linken in den Landesregierungen von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mit der Verheißung eventuell sozialer und struktureller Investitionsmöglichkeiten, d.h. (wenn auch zähneknirschend) „aus landespolitischer Verantwortung“ der Militarisierung ihre Stimme nicht verweigerten, ist bestürzend. Es bestätigt sich nicht zum ersten Mal: Der gern zum berühmten Kriterium für echt funktionierende Demokratien gepriesene Kompromiß in der Politik hatte fast immer schon einen leichten Beigeschmack von Korruption.

Prof. Dr. Gregor Putensen
Greifswald

Lauter sein als Krieg und Kahlschlag

UZ sprach mit **Jutta Kausch-Henken** von der *Friedenskoordination Berlin (Friko)* über den *Stand der Friedensbewegung, die drohende „politische Eiszeit“ und die Wirkung des Berliner Appells.*

Gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen sind am 29. März etwa 4000 Menschen in Wiesbaden auf die Straße gegangen.

4 000 Menschen für eine bundesweite Demo in diesen bedrohlichen Zeiten sind noch keinen Hurraschrei wert. Aber ja, es war eine bunte, lebendige, von jungen Leuten angeführte Demo durch die beschauliche Stadt. Die Stimmung war gut. Das macht schon etwas Mut. Die Anzahl der angemeldeten Ostermärsche im Vergleich zum Vorjahr deutet aber leider noch nicht darauf hin, daß die Friedensbewegung aus ihrer Blase rausgekommen ist.

Eine schwarz-rote Koalition steht in den Startlöchern, um Friedrich Merz zum Kanzler zu wählen. Was kommt da auf uns zu?

Eine ziemlich fette Katze hat Merz ja bereits aus dem Sack gelassen: Wahlversprechen gelten nix! Das ist nicht wirklich was Neues, aber in der jetzt erlebten Dreistigkeit schon. Weil das Volk nicht so gewählt hat, daß es verlässliche Mehrheiten in der neuen Regierung gibt, muß eben die alte noch mal ran. Auf die Sozis und die Olivgrünen ist ja Verlaß. Mit denen peitscht man noch schnell eine Grundgesetzänderung durch. Unfaßbar. Jetzt verlangt Söder die Anschaffung von Kamikaze-Killerdrohnen für die Bundeswehr. Dem wird die neue Regierung sicher zustimmen. Auch unfaßbar.

Ja, wir bewegen uns – trotz Klimaerwärmung – auf eine politische Eiszeit zu. Jetzt gibt es gar keine Stimme mehr im Bundestag, die sich für Frieden, Diplomatie und Abrüstung stark macht. Denn die „Linken“ sind in ihrer Haltung doch, gelinde gesagt, recht sprunghaft. Die außerparlamentarischen Kräfte müssen sich nun Gehör verschaffen, aufklären, Fakten liefern, mit den Menschen ins Gespräch kommen, in den Gewerkschaften, in der Uni, am Arbeitsplatz, in der Familie, überall.

Sowohl in der EU als auch in Deutschland sollen unvorstellbare Summen in Aufrüstung und Kriegsvorbereitung fließen. Der Bevölkerung, die die Rechnung dafür bezahlen soll, wird diese Politik als alternativlos verkauft. Was können wir dem entgegensetzen?

Unsere Vernunft und gute Argumente. Wir müssen die immer wieder mißbrauchte Vokabel der Alternativlosigkeit demontieren, mit Fakten und Belegen. Diese gibt es ja

durchaus, nur kommen sie eben nicht zu Wort in den nun endgültig zum Sprachrohr der Herrschenden gewordenen verkommenen öffentlichen Medien. Das mantramäßig immer wiederkehrende „Der Russe bedroht uns“ braucht keinen Beleg und keine Fakten. Es reicht die Behauptung. Und die wird uns auf allen Kanälen täglich, stündlich, minütlich immer wieder präsentiert.

aufzuhalten sie sich gleichzeitig beharrlich weigert“, schreibt Martin Sonneborn auf seiner Seite. Kann man es besser ausdrücken? Was wir gegen all den Wahnsinn setzen können, sind unsere nicht nachlassenden Bemühungen, die Meinungshoheit zu erlangen, die noch schweigenden Menschen zu gewinnen, sich uns anzuschließen.



Demonstration in Wiesbaden am 29. März 2025 (Karl-Reiner Engels/R-mediabase)

Selbst hochrangige Militärs bezweifeln, daß Rußland Europa angreifen will: Ex-NATO General Harald Kujat sagte am 27. März in einem Vortrag in Malchow, „Es kann nicht sein, daß immer nur nebulös und ohne jeden Beleg über eine drohende Kriegsgefahr spekuliert wird“, und schließt sich der Einschätzung von sieben führenden US-Nachrichtendiensten an, die einen Angriff Rußlands für nicht wahrscheinlich halten. Und Oberst a. D Wolfgang Richter sagte bei Telepolis zehn Tage zuvor: „Ich halte die Angriffsabsicht für nicht nachweisbar.“ Doch das Feindbild Rußland wird gebraucht, um von der Bevölkerung die Zustimmung für die unlimitierten Rüstungsausgaben genauso wie für die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu erhalten.

Auf EU-Ebene läuft das genauso. Haben wir seit Beginn des Krieges in der Ukraine jemals aus europäischen oder deutschen Regierungsverlautbarungen das Wort Diplomatie gehört? Oder gar ernstzunehmende, glaubwürdige Vermittlerangebote wahrgenommen? „Die Trägerin des Friedensnobelpreises EU lehnt es seit nunmehr zwei Jahren rundheraus ab, die europäische Erfindung der Diplomatie zur Befriedung ihres eigenen Kontinentes einzusetzen, und zieht es statt dessen vor, sich mit einem Geld, das zu gleichen Teilen geliehen (Finanzmärkte), gestohlen (russisches Staatsvermögen) und selbstgebastelt ist (EZB-Kartoffeldruck), für denselben ‚großen Konflikt‘ zu rüsten, den

Du gehörst zu den Erstunterzeichnern des Berliner Appells, der zu einem wichtigen Ankerpunkt der Friedensbewegung geworden ist. Wie lautet Dein Zwischenfazit, rund sechs Monate nach Veröffentlichung?

Wir stehen nach wie vor am Anfang. Die geplante Stationierung der Mittelstreckenwaffen ist eine weitere Eskalation, die zu einer noch weitaus unsichereren Lage in Europa führt, als das sowieso heute schon der Fall ist. Diese Waffen setzen Rußland in einen Daueralarmzustand. Die Alarmsysteme und auch die Silos der Interkontinentalraketen sind Angriffsziele dieser Waffen, die so schnell sind, daß sie nicht abgefangen werden können. Die Dark Eagle ist eine Entkopplungswaffe. Das ist nach wie vor in der Bevölkerung nicht bekannt.

Wir sehen in der Arbeit mit dem Berliner Appell aber mehr, als „nur“ Unterschriften zu generieren. Wir kommen damit ins Gespräch, auch über all die anderen Bedrohungen: die unsinnige Hochrüstung, die mit nichts belegte Angst vor einem Angriff Rußlands, die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht. Das haben die sechs Monate gezeigt. Die Arbeit zeigt aber leider auch immer wieder, daß Menschen sich oft nicht trauen zu unterschreiben, aus Angst, sie könnten dadurch persönliche Nachteile erfahren. So weit ist es schon mit der Selbstzensur.

Interview: Vincent Cziesla
UZ, 11.4.2025

Kassensturz nach Durchpeitschen der Kriegskredite

Die Rechnung bitte

Nachdem auch der Bundesrat den Kriegskrediten zugestimmt hat, steht der geplanten Aufnahme von bis zu einer Billion Euro Schulden für neue Waffen und die Ertüchtigung der Infrastruktur für den Aufmarsch gegen Osten parlamentarisch nichts mehr im Wege.

Was an Belastung auf die Menschen dieses 85-Millionen-Volkes zukommt, ist ziemlich schnell ausgerechnet: Eine Milliarde Schulden oder Ausgaben sind bei 85 Millionen knapp zwölf Euro für jeden, vom Säugling bis zum Greis. Einzahlen in den großen Klinkelbeutel des Katholiken Friedrich Merz müssen letztlich die Erwerbstätigen – das ist grob gerechnet die Hälfte dieser 85 Millionen, macht 24 Euro pro Milliarde Schulden – mal 1000 macht 24 000 Euro pro Kopf – obendrauf auf die heutigen Steuern. Und jeder Häuslebauer weiß: Am Schluß, wenn alles abbezahlt ist, hat die Bank an Zinsen grob nochmal soviel Geld eingestrichen, wie der Bau selbst gekostet hat. Das wird bei diesen Staatsschulden nicht viel anders sein. Die Beschlüsse der letzten Woche werden nach jetzigen Preisen jeden Erwerbstätigen im Durchschnitt knapp 50 000 Euro kosten. Dafür gibt es neue Granaten, Flugzeuge und Drohnen, denn, so Merz kürzlich in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Wir brauchen eine komplett andere Bundeswehr.“ Schuldenfinanziert, weiß der kommende Kanzler, wird es noch teurer

als bar bezahlt: „Das Schuldenpaket erleichtert den Haushaltsausgleich nicht, sondern macht ihn perspektivisch sogar noch etwas schwieriger.“ Schulterklopfen gab es zum Trost nicht nur von Rüstungsindustriellen, sondern auch von den alten Kumpels von „BlackRock“ und anderen US-amerikanischen Investmentbankern, die dem deutschen Staat gegen ordentlich Zinsen das Geld leihen werden, um diese ganze Tötungsmaschinerie zu bestellen. Wenn das nicht reicht, gibt es weitere Ideen. In Frankreich werden schon offen „Kriegsanleihen“ diskutiert. Als die in Deutschland gab, standen in jeder patriotischen Kneipe „dicke Bertas“, Nachbildungen der großkalibrigen Granate der Kaiserlichen Armee. Deutsche Biertrinker konnten in sie ihr Wechselgeld versenken, um die Weltkriege zu finanzieren.

Die heutigen Kriegskredite werden eine Fülle von Nebeneffekten haben, etwa bei den Mieten. Auch wenn die Bauindustrie zur Zeit noch Kapazitäten hat: Die Instandsetzung von 4 000 Brücken, die panzerfähig gemacht werden sollen, die Verlegung neuer und die Sanierung alter Gleise nach Osten wird Kapazitäten binden, die beim Wohnungsbau abgezogen werden. Das weit verfehlt Ziel der Ampel, pro Jahr wenigstens 400 000 neue Wohnungen zu bauen, um den Mietenanstieg zu bremsen, wird in noch weitere Ferne rücken. Die Mieten werden folglich noch schneller in die Höhe schießen.

Die „Grünen“ sind eingebunden mit dem absurden Versprechen, daß bis 2045 Deutschland „klimaneutral“ werde. Der „klimaneutrale“ Krieg ist aber so illusorisch wie Bombenflugzeuge, die ohne Kerosin fliegen. Die Regierungslinken haben mit ihrer Zustimmung im Bundesrat deutlich gemacht, daß sie jederzeit bereit sind, nach einer hübschen Oppositionsrede die Hand für den Krieg zu heben. Sie alle werden mitmachen bei der Seelenmassage, die jetzt auf uns zukommt. Noch einmal der künftige Kanzler: Es brauche einen „Mentalitätswechsel“, eine „Diskussion mit unserer Bevölkerung über die tatsächliche Bedrohung“, das sei eine der „wichtigsten politischen Führungsaufgaben der nächsten Jahre“. Gregor Gysi hat im vorausseilenden Gehorsam schon mal öffentlich seine gute Beziehung zu Karl-Theodor zu Guttenberg beschworen, der bekanntlich die Reaktivierung der zu seiner Zeit als Bundesverteidigungsminister ausgesetzten Wehrpflicht forderte – wegen der „Gleichberechtigung“ natürlich auch für junge Frauen.

Bei soviel Formierung und parlamentarischer Gleichschaltung wird eine außerparlamentarische Opposition für den Erhalt des Friedens so wichtig werden wie nie zuvor in diesem Land.

Manfred Sohn

Aus: UZ, 28.3.2025

Proteste gegen die beschlossenen Kriegskredite!

Wir geben keine Ruhe – Widerstand tut Not!

Kriegsfähig, ja, auch angriffsfähig soll Deutschland werden. Das sind die Ziele der Politik der sogenannten Parteien der Mitte. Dazu wurde am 18.3.25 im Bundestag ein historisch einzigartiges Aufrüstungsprogramm beschlossen: Alle Militärausgaben, die 1 % des BIP übersteigen, können nun zeitlich und in unbegrenzter Höhe aufgenommen werden. Schulden für ein Infrastrukturprogramm von 500 Milliarden werden noch oben draufgepackt. Brücken, Straßen, Schienen und Krankenhäuser, die, weil sie kriegstauglich gemacht werden „müssen“, von diesem Programm profitieren, werden ja auch nicht-militärisch genutzt und somit profitiert auch die soziale Infrastruktur davon. Schulen und Kitas sollen ebenfalls etwas abbekommen und der Klimaschutz auch. Letzteres kann aber nicht mehr sein als ein kleiner Ausgleich für die großen

Klimaschädigungen, die durch das Militär verursacht werden.

Die Menschen heute sowie die kommenden Generationen werden diese benötigten Gelder durch einen hemmungslosen Sozialabbau, durch eine wachsende Inflation und womöglich in einem großen Krieg „zurückzahlen“. Erster Protest gegen die aberwitzigen Aufrüstungspläne überall in der Republik hat sich entwickelt. Die vielfältigen Protestaktionen in Städten und Gemeinden waren ein Anfang. Wir hoffen auf viele mehr, wenn es nun um die Realisierung dieser Kriegskredite geht. Der Widerstand muß intensiviert und ausgebaut werden.

Die Lüge der Bedrohung durch Rußland, mit all ihren Mythen, Halbwahrheiten und Verdrehungen, prasselt medial und politisch unermüdlich seit Jahren auf die Menschen unseres Landes ein. Dieser Bedrohungslüge aufklärerisch mit Fakten entgegenzutreten,

ist eine zentrale Herausforderung für die Friedensbewegung. Wir müssen der Wahrheit zum Durchbruch und der Politik der gemeinsamen Sicherheit zum Sieg verhelfen. Die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ist eine weitere Seite der umfassenden Militarisierung und Kriegsvorbereitung. Diese Erstschlags- und Enthauptungswaffen sind gegen Rußland gerichtet und dafür vorgesehen, Deutschland und Europa angriffsfähig zu machen. Der „Berliner Appell“, der sich gegen diese Stationierung richtet, muß eine größere Verbreitung erfahren. Jede und jeder ist aufgefordert, Unterschriften zu sammeln, wo immer es sich anbietet.

Initiative „Nie wieder Krieg!“

c/o IPB, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin, Mail: mail@nie-wieder-krieg.org

Blech (3)

Deutscher Fleiß

Man hört es oft: Deutscher Fleiß beschere unserem Land Wohlstand. Seltsam ist dabei nicht nur, daß gerade viele der Fleißigen kaum über die Runden kommen und die Reichen, die nicht selber arbeiten, sondern ihr Geld für sich „arbeiten“ lassen, (also faul sind) immer reicher werden. Ist nicht auch komisch, daß der deutsche Fleiß so gelobt wird, während die Wirtschaft immer jammert, hierzulande werde zu wenig gearbeitet? Es mangle an Fachkräften und die Lebensarbeitszeit sei viel zu kurz. Im Lande der Fleißigen aalten sich viel zu viele in der sozialen Hängematte. Man beschwert sich aber auch über faule Griechen, arbeitsunwillige Franzosen oder Siesta feiernde Spanier. Es ist also Zeit, einmal gründlicher hinzusehen, was es mit dem deutschen Fleiß so auf sich hat.

Natürlich wird im Lande fleißig gearbeitet. Von nichts kommt nichts. Allerdings: Etwa ein Fünftel der schmutzigsten und anstrengendsten Tätigkeiten hierzulande werden von Menschen ausgeübt, die man offiziell zu den Migranten zählt. Irgendjemand muß diese Arbeit ja machen, wenn dafür deutscher Fleiß alleine nicht mehr ausreicht. Es gibt aber noch vieles andere, wovon wir gut leben, obwohl es nicht unser Fleiß ist, der es billig gemacht hat. Können wir Bananen etwa besonders billig kaufen, weil Deutsche so fleißig arbeiten? Oder nicht eher deshalb, weil die Arbeiter auf den Bananenplantagen für ihre Arbeit mit Beträgen abgespeist werden, für die unsereiner früh nicht einmal die Augen aufschlagen würde? Sind die Textilien in den meisten unserer Läden wegen des deutschen Fleißes so billig? Oder nicht doch wegen der unverschämten niedrigen Löhne, die in Bangladesch, in Pakistan, in Indonesien oder

Vietnam gezahlt werden? Die sind sogar dort oft zu niedrig, um davon leben zu können. Stammen die vielen Produkte in unseren Billigläden nicht aus Ländern, in denen Armut und Hunger herrschen? Werden technische Geräte, die wir gern billig zu Sonderpreisen kaufen, nicht vor allem dort produziert, wo ähnlich hart wie in Deutschland, aber für deutlich weniger Geld gearbeitet wird? Wieviel würde ein Dacia kosten, würde er nicht von rumänischen Arbeitern, sondern bei VW in Wolfsburg gebaut? Werden für unseren Wohlstand in großen Teilen Asiens, in Afrika, Süd- und Mittelamerika nicht Löhne gezahlt, bei denen man trotz harter Arbeit auf Dauer arm und hungrig bleiben muß? Wieviel würde der Kakao kosten, wenn der afrikanische Kakaobauer Anspruch auf den gleichen Stundenlohn hätte, wie ein ähnlich hart Arbeitender in Deutschland? Wieviel Geld erhalten die Saisonarbeiter, die für uns in Nordafrika oder Südamerika Tomaten ernten, Erd- und Himbeeren oder Avocados pflücken? Die Produkte ihrer Arbeit werden bei uns oft spottbillig angeboten. Wieviel würde ein Urlaub in Thailand oder in Ägypten kosten, wenn diejenigen, die uns dort bedienen, auf Dauer davon anständig leben könnten? Warum ist Kokskohle aus Südafrika so unverschämten billig und wird Eisenerz über zehntausende Kilometer herangeschafft, ohne daß es teurer wird, als in Europa abgebautes?

Man könnte noch tausende von Artikeln nennen, in denen nicht deutscher Fleiß die Ursache dafür ist, daß wir sie zu einem Preis kaufen können, der dem wahren Aufwand Hohn spricht. Unser Land, nur das soll uns das zeigen, profitiert kräftig von den

ökonomischen Ungleichgewichten in dieser Welt. Die dadurch erzielten Vorteile machen mehrere hundert Milliarden Euro im Jahr aus und liegen in der Größenordnung des Staatshaushaltes der Bundesrepublik Deutschland. Was würde passieren, sollte dieser Mittelzustrom urplötzlich versiegen? Es stünde wohl schlecht um den Wohlstand und auch die Profite im Land. Um die Profite auch? Viele Preise verzehnfachen sich auf dem Weg vom Produzenten zum deutschen Verbraucher. Ein enormer Profit der meist großen Handelskonzerne. Solches Geld wird schnell und einfach verdient: „Und ist der Handel noch so klein, bringt er doch mehr als Arbeit ein.“ Wie hoch schätzt man also bei uns den Fleiß wirklich, den Arbeit überall auf der Welt braucht?

Fleiß und Schweiß zählen auf dem kapitalistischen Markt keinen müden Groschen. Viel bedeutsamer ist es, jemanden auspressen zu können. Daß das so bleibt, daran arbeitet die deutsche Politik weltweit äußerst intensiv. Neokoloniale Ausbeutung betreiben zu können, ohne selbst Kolonien zu besitzen: Was für ein Geschäft! Weit mehr als 90 Prozent der Industriearbeitsplätze in der Welt befinden sich inzwischen in Asien, Afrika, Süd- und Mittelamerika. Wir sollten uns nichts vormachen: Außer von deutschem Fleiß lebt unser Land auch von Blut, Schweiß und Tränen anderer Völker. Wenn wir dann Almosen dorthin zurückschicken, wo dieser Reichtum herkommt, ist unser Land noch längst nicht das Sozialamt der Welt. In Wirklichkeit steht es unendlich tief in der Schuld derer, die in aller Welt schlecht bezahlt für unseren Wohlstand schufteten.

J. S.

Union will Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger

Arbeitslosigkeit, Hartz-Gesetze oder Bürgergeld – eins wie das andere ist nur das Eingeständnis dieser „sozialen Marktwirtschaft“, die unfähig und nicht willens ist, allen Menschen nach ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten, unterschiedlichem Arbeitsvermögen und Voraussetzungen die Teilhabe an der Arbeit in der Gesellschaft zu ermöglichen. Es ist mehr als Populismus, wenn seit vielen Jahren versucht wird, das gesellschaftliche Problem zu einem individuellen Problem des einzelnen Menschen, seiner angeblichen Arbeitsunwilligkeit umzudefinieren.

Die Repräsentanten dieses Staates, die so viel von Menschenrechten faseln, zeigen ihre ganze Menschenverachtung im Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft. Jedes Mittel ist recht, wenn es darum geht,

Arbeitslose, Hartz- oder Bürgergeldempfänger als Verweigerer, arbeitsscheu, faul und unfähig zu diffamieren, die arbeitende Bevölkerung gegen ausgegrenzte, überflüssige, nicht gebrauchte Menschen auszuspielen und gegeneinander aufzubringen.

Wer sollte gegen Arbeitspflicht sein wie sie u.a. in der DDR im Einklang mit dem Recht auf Arbeit bestand? Das wurde einst als Zwangsarbeit verunglimpft. Womit haben wir es heute zu tun? Sichert Arbeitspflicht, daß der Arbeitende und Arbeitssuchende von dem Lohn sein Leben bestreiten kann? Darüber wird nicht geredet, wenn die scheinbar Millionen Arbeitsscheue beklagt werden, die dem Staat, heißt, der Allgemeinheit, auf der Tasche lägen. Erinnern wir an Karl Marx, der sagte: „Die Nationalökonomie kennt den Arbeiter nur

als Arbeitstier, als ein auf die striktesten Leibesbedürfnisse reduziertes Vieh.“ Dem Kapitalverständnis nach ist dieses heute noch unveränderte Wahrheit, an der die Herrschenden nie einen Zweifel lassen, ob mit Hartz oder Bürgergeld. Übrigens sind es weniger als ein Prozent, die als Arbeitsverweigerer gelten. Sie würden uns Milliarden kosten, ist aus Regierungskreisen zu hören. Von den Kriegsmilliarden spricht keiner, die nichts weiter sind, als aus dem Fenster geworfenes Geld, das für den geplanten großen Brand gebraucht wird.

Es bleibt die kleine Hoffnung, Gewerkschaften bis zu Linken gelangen wieder zu dem Bewußtsein der realen Lage der in Lohnarbeit befindlichen Menschen und der Ausgestoßenen.

R.W.

Bidens Ukraine-Konflikt und Trumps Beendigungsgambit

Seit dem 20. Januar diesen Jahres haben die USA einen neuen Präsidenten, der zum zweiten Mal für die Republikaner gewählt wurde. Seine erste außenpolitische Amtshandlung war der Vollzug einer jähen Wendung in der Rußland-Politik der Vereinigten Staaten. Unverständnis, Irritation, Empörung und Verratserklärungen bei den westeuropäischen Verbündeten sind groß. Das transatlantische Bündnis sei „passé“. Erstmals seit Jahrzehnten, da man dem Seniorpartner in der westlichen „Wertegemeinschaft“ in der Regel willig in jeden Krieg folgte, vom Balkan über den Irak und Syrien bis zu Afghanistan („Unser Frieden und unsere Sicherheit werden auch am Hindukusch verteidigt.“), scheint man nun seinem Anführer die Gefolgschaft verweigern zu wollen. Was ist nach Trumps Amtsantritt passiert und welche Schlüsse kann man daraus ziehen?

Der wiedergewählte Präsident der USA ruft ohne Vorabsprache mit den transatlantischen Verbündeten sein Pendant Wladimir Putin an, um ihm mitzuteilen, daß er mit der Russischen Föderation einen „Deal“ machen möchte, um diesen „unnützen und menschenzerstörenden“ Ukraine-Konflikt zu beenden und weitere „Streitpunkte“ zu lösen. Verhandlungen, ein persönliches Treffen der beiden eingeschlossen, sollen umgehend aufgenommen werden.

Ein erstes Treffen zwischen den Außenministern und entscheidenden Sicherheitsberatern beider Seiten folgt umgehend in Riad zwischen den Außenministern und wichtigen Sicherheitsberatern beider Länder. Es geht laut Lawrow zuvörderst um die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Mächten und erst vor diesem Hintergrund der Vorbereitung von Gesprächen zum Ukraine-Konflikt.

Saudi-Arabien hat als eine arabische Regionalmacht als Vermittler teilgenommen. Offensichtlich gibt es auch eine Nah- und Mittelostkomponente für einen umfassenden USA-Rußland-Deal.

Darauf deutet auch ein Ereignis hin, das man im Dezember letzten Jahres hätte sehen können. Da trafen sich im katarischen Doha die Außenminister Rußlands, der Türkei und des Iran an einem Verhandlungstisch, an dessen Vermittlerseite ebenso ein arabischer Staat saß, Katar, bekanntlich mit guten Verbindungen zur Hamas in Gaza. Wenige Tage später wies Baschar al-Assad in Damaskus seinen Premierminister an, die Macht friedlich und geordnet an die Dschihadisten zu übergeben. Sprach's und stieg seelenruhig in eine Aeroflot-Maschine nach Moskau. Ich habe schon einige Umstürze gesehen. Dies hingegen war ein geplanter Rückzug. Genau vier Wochen später wurde, wieder in Doha,

der erste Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas vereinbart. Dieser basiert auf einem Abkommen zwischen beiden zum Austausch der israelischen Geiseln und in Israel inhaftierten Palästinensern. Dieses Abkommen, welches einen Austausch zugunsten der Palästinenser bestätigte, deutete die Anerkennung der Hamas und ihrer Forderungen durch die israelische Regierung, die sie bis dato noch physisch vernichten wollte, an, die sie aber durch die neuerlichen Kampfhandlungen zur Bekämpfung der Hamas konterkarierte – mit den verheerenden Folgen für die Menschen in Gaza.

Ein wichtiges Ereignis vor dem Telefonat zwischen Trump und Putin, das in die Kategorie „vertrauensbildende Maßnahme“ paßt, fand am 9. Januar 2025 auf dem Luftwaffenstützpunkt der US Army, Ramstein, statt. Dieser ist zugleich Hauptstab der Luftflotte und Drohnen ihres Europa-Kommandos, welches die Reichweite ihrer Drohnen bis Afghanistan ausgedehnt hatte. Die letzte Stabsitzung fand anstelle des fehlenden Bidens unter Leitung des US-Verteidigungsministers Lloyd Austin statt. Ramstein ist Teil der US-Armee. Die Befehlskette – eindeutig: US-Präsident – Verteidigungsminister – Hauptstab EUCOM. Dieser Armeestab ist seit jeher zuständig für die Kriegsführung, auch wenn sie unter den „modernen“ Bedingungen eines Drohnenkrieges durchaus „ferngesteuert“ werden kann. Die Einbeziehung des Generalstabs der Ukrainischen Armee in die Arbeit des US-Militärstabes (und der anderen Stäbe der „Willigen“) war nichts anderes als die Einordnung der Ukrainischen Streitkräfte in die der USA. Und nun teilte der US-Verteidigungsminister den verblüfften Anwesenden mit, daß der Stab der Army seine militärischen Ukraine-Aktivitäten mit sofortiger Wirkung einstellt. Um die Lieferung von Waffen für und mit der Ukraine könne sich fortan Brüssel allein, also ohne die USA, die nur noch die bestätigte Bidensche Hilfe leisten würde, kümmern. Das war, wohlgemerkt, keine Stabsübergabe. Diese Entscheidung kommt einem militärischen Rückzug der USA aus der Ukraine gleich, wie er von Rußland bereits gefordert worden war. Auch das könnte man als eine „vertrauensbildende Maßnahme“ werten, wenn es nicht die neuerliche Bereitstellung von Geheimdienstinformationen und Satellitendaten durch die Trump-Administration geben würde.

Die gleichzeitig stattfindende Normalisierung der diplomatischen und anderer Beziehungen zwischen den USA und der Russischen Föderation (RF) führten zu einer von den USA initiierten Ukraine-Resolution im UN-Sicherheitsrat, in der Rußland nicht mehr als Aggressor bezeichnet, die territoriale Integrität der Ukraine nicht erwähnt und zum Frieden aufgerufen wird.

Er wurde angenommen, ohne „Veto“ des Vereinigten Königreichs und Frankreichs. Aus diesen wenigen Vorgängen kann man wichtige Erkenntnisse gewinnen.

1.) Die neue US-Administration geht nunmehr grundsätzlich davon aus, daß es sich beim Ukraine-Krieg um einen Konflikt zwischen den USA und Rußland handelt. Sie anerkennt damit de facto im Unterschied zu ihren Vorgängern seit 1990 wieder die Großmachtrolle der Russischen Föderation und sucht nach einem neuen Ausgleich (nach dem von 1945).

2.) Auf den Ukraine-Krieg bezogen, anerkennt die neue US-Administration, daß die USA selbst „Teil des Problems“, also des Krieges sind. Aber nur, wer Teil des Problems ist, kann auch Teil der Lösung sein, und muß es sogar! Die USA sind also keineswegs Vermittler zwischen einem vermeintlichen Konflikt Rußland – Ukraine. Die Ukraine ist von Anfang an nicht Subjekt, sondern ein von den USA ausgewähltes Objekt des Geschehens.

3.) Das alles heißt nicht, daß die USA ihren Erzfeind nun plötzlich in ihre Arme schließen. Aber sie haben erkannt, daß der Krieg gegen Rußland in der Ukraine nicht zu gewinnen ist, sondern sie und der übrige „Wertewesten“ einem Totalverlust entgegensteuern. Zugleich „wartet“ schon ein weiterer, neuer „strategischer Wettbewerber“ auf seine „Eindämmung“ durch die Amerikaner. Das alles zwingt die USA, mit Rußland zu verhandeln und möglichst einen neuen Ausgleichsdeal zu machen, der ihnen wenigstens die Bidensche „Fehlinvestition“ zurückbringt und vermeintlich zugleich geostrategisch die Hände wieder frei macht.

4.) Teile eines Deals sind bereits Realität. Der Teufel liegt aber, wie so oft, im Detail. Folgende Problemkreise stechen dabei hervor: Zum einen ist da die letztendlich gänzliche Einstellung der militärischen Fernsteuerung der Ukraine durch die USA. Die Einflußnahme auf die westeuropäischen Verbündeten zur vollständigen Einstellung jeglicher Waffenlieferungen (daß zu verhindern, scheinen sich Emmanuel Macron und Keir Starmer in D.C. gerade zu bemühen) sowie die Verhinderung der Verwandlung des Bidenschen Kriegs gegen Rußland in einen westeuropäischen. Das würde den USA zur Gesichtswahrung und dem Verbleib in der Ukraine gut passen, wäre für Rußland jedoch völlig inakzeptabel und für Europa eine Katastrophe.

Zum anderen streben die USA eine materielle Kriegsdividende an, egal, ob diese als Seltene Erden, Öl oder Böden (Territorien) ausfällt. Sollte das mißlingen, könnten die USA eine langfristige wirtschaftliche Kooperation mit Rußland angehen. Die Grenzfrage wäre

für die USA sekundär. Bei Öl könnte es dazu kommen, daß die USA in das North-Stream-II-Konsortium einsteigen und die Pipeline zusammen mit Gazprom betreiben. Die in dem Knebelvertrag geforderten Böden könnten dann die USA an die Westeuropäer oder an Rußland verkaufen (Deal).

Im Raum steht die Frage der Sicherung der künftigen Neutralität der Ukraine oder besser, der militärischen Nicht-Wiederkehr der USA, unter welchem Deckmantel auch immer. Hier zielt sich Donald Trump erwartungsgemäß. Deshalb versucht er auch, sich als Vermittler zwischen Rußland und der Ukraine darzustellen. Es muß schon eine Übereinkunft zwischen beiden sein. Die EU scheidet für eine Rolle „wegen Befangenheit“ aus. In letzter Zeit ist China als Vermittler und Garant auf den Plan getreten. Die West- und Mitteleuropäer stehen neben den realen geopolitischen Abläufen, einschließlich der Wiederherstellung eines nicht von Rußland zerstörten Friedens in der Ukraine. Es lohnt sich, über die historischen Ursachen dafür nachzudenken. Ist dies doch für eine souveräne und friedliche Zukunft Deutschlands und Westeuropas von entscheidender Bedeutung.

Jaltas Aufteilungserfahrungen für den Ukraine-Konflikt?

Ein Mainstream-Journalist, der nicht zu Unrecht damit wirbt, daß es Wahrheit nur zu zweien gäbe, stellte angesichts des Ukraine-Konflikts kürzlich den Bezug zu dem historischen Treffen von Franklin D. Roosevelt, Josef W. Stalin und Winston Churchill im Februar 1945 in Jalta auf der Krim (!) her, um, wie er meinte, über eine Aufteilung Deutschlands und Europas zu beraten. Hier beginnt bereits eine der fatalsten Fehleinschätzungen der Ergebnisse des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und die mit dem Potsdamer Abkommen im Juli/August 1945 fixierte vollständige Vernichtung des faschistischen Regimes in Hitlerdeutschland, nicht die dauerhafte Besetzung und Zerstückelung Deutschlands. Es war ein „Kollateralschaden“ dieses verbrecherischen Krieges, daß die Sowjetunion und die USA von Großmächten zu den beiden Weltmächten wurden und zugleich der erste wirkliche geopolitische Ausgleich zwischen (Sowjet-)Rußland und den USA zustande kam. Schon in Jalta saß der Premier der bereits untergegangenen Weltmacht der Britischen Inseln am Katzentisch des historischen Geschehens, in Potsdam kam dann Frankreich noch hinzu und später – der Rest Westeuropas. Die Europäer außer der (Sowjet-)Rußlands spielten weder in Ost noch West irgendeine relevante eigenständige Rolle in diesem globalen Ausgleich („über ihre Köpfe hinweg“). Sie verwandelten sich in die jeweiligen Vorfelder der beiden Weltmächte, die aber immerhin mit ihrer Einigung mehr als 50 Jahre den Weltfrieden sichern, Rüstungsbegrenzung und partiell sogar Abrüstung befördern konnten.

Sie reformierten mit der Gründung der Vereinten Nationen anstelle des vor dem Krieg zerstörten Völkerbundes das Völkerrecht bzw. schufen neues.

Diese Situation hielt bis 1990 an, dem Schicksalsjahr der Implosion der UdSSR. Die USA sahen das Ende der Geschichte (Fukuyama) gekommen, meinten, Rußland die Rolle einer Großmacht absprechen zu können und an die Stelle des Völkerrechts eine „wertebasierte Ordnung“ zu setzen. So gingen sie auch vor, erstmalig sichtbar bei der Bombardierung Jugoslawiens. Um so hinterhältiger war dann 2022 die vermeint-

Großmacht noch nie über das Brutto sozialprodukt definiert hat. Eine Großmacht zeichnete sich noch immer durch die tendenzielle Autarkie ihrer Reproduktionsfähigkeit aus. So war Bidens Kriegsabenteuer nicht zu gewinnen. Bei der neuen US-Administration ist diese Erkenntnis offensichtlich wieder angekommen. Die Wiederanerkennung Rußlands als Großmacht durch die USA hat die Wende zu Verhandlungen ausgelöst. Ein „Kollateralschaden“ seines Krieges ist übrigens der historische erstmalige geostrategische Ausgleich zwischen Rußland und China. Das gab es auch in so-



Denkmal für Stalin, Roosevelt und Churchill in Jalta von Surab Zereteli (2015)

liche Rückbesinnung von Joe Biden auf das Völkerrecht der UNO. Das war da bereits kaputt. – Die Sowjetunion hatte noch unter M. S. Gorbatschow die Osteuropäer aus ihrem Vorfeld entlassen, und das neue Rußland meinte anfänglich, die USA würden dies mit den Westeuropäern ebenso tun. Es war Bill Clinton, der 1997 bei einem Treffen in Helsinki seinem russischen Pendant Boris Jelzin erklärte, daß die USA die NATO weiterhin bräuchten, um in Europa zu bleiben. Sie behielten also machtpolitisch ihr Vorfeld – praktisch bis heute. So kam es auch, daß Wladimir Putin offensichtlich vom Auftritt im Deutschen Bundestag bis zu den immer „amerikanischer“ werdenden Münchener Sicherheitskonferenzen mühsam lernen mußte, daß die Westeuropäer ihre Souveränität vorläufig nicht wiedererlangen würden, und somit ein Europäischer Ost-West-Ausgleich und ein Europäisches Haus von Lissabon bis Wladiwostok ein navier Traum Gorbatschows bleiben würde. Zielstrebig trieben die USA die militärpolitische Ausdehnung nach Osten voran, bis an den Bug, das Baltikum und Finnland, letztlich bis in die Ukraine hinein, dann ihre wirtschaftliche Expansion bei gleichzeitig zunehmender Isolation Rußlands von der Weltwirtschaft. Sie ließen es dann sogar auf einen Krieg gegen Rußland ankommen. Übersehen haben sie dabei jedoch, wie schon vor ihnen die Franzosen und Angelsachsen in Europa und die Hitlerfaschisten („Koloß auf tönernen Füßen“), daß sich eine

zialistischen Zeiten nicht. Auch hier bleibt richtig, die eigenen, durchaus nicht immer identischen Interessen bleiben bestehen. Aber der Ausgleich ist eine grundsätzliche Voraussetzung für die Friedenserhaltung und die friedliche Koexistenz, die aus dem Wortschatz unserer außenpolitischen Experten völlig verschwunden ist.

Im Nichtverstehen dieser Entwicklungen und damit ihrer eigenen Rolle besteht heute die eigentliche Gefahr für West- und Mitteleuropa, in einen weiteren Krieg hineingezogen zu werden. Es ist nur scheinbar paradox, aber J.D. Vance kam zur diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz nicht, um mit den Europäern über den Frieden in der Ukraine nachzudenken, sondern um ihnen ihre Rolle in dem „Game“ klarzumachen. Und er hatte es doch gründlich vorbereiten lassen durch den transatlantischen Zwischenruf des ultrarechten ehemaligen Trump-Beraters Steve Bannon, der dem „Wertewesten“ mitteilte, daß er zum Protektorat der USA geworden sei. Und kann dem ein Land mit 960 (!) Militärbasen einer zwar befreundeten, aber doch fremden Macht mit eigenen geostrategischen Interessen wirklich widersprechen? Die Einschränkung der Souveränität Deutschlands zu Zeiten der Weimarer Republik durch den Versailler Vertrag hat größer nicht sein können. Wohin sie geführt hat, konnte jeder 1933 besichtigen und erst recht 1939/41 ff. bis eben zu Jalta und Potsdam.

Dr. Jochen Willerding

Aussagen und Standpunkte zur Befriedung oder zur Weiterführung des Ukraine-Konflikts

Wie ist die derzeitige Lage an den Fronten?

Da sich die Personalstärken der Seiten nicht bedeutend unterscheiden, kommt es zwar zur gegenseitigen Vernichtung von Personal und Material, aber kaum zu größeren Durchbrüchen an den Fronten. Dennoch konnten die Streitkräfte (SK) der RF die ukrainische Verteidigung an fünf Richtungen durchbrechen, andere schwächen und viele z.T. wichtige Orte befreien. Es ist ihnen auch gelungen, die Okkupationstruppen der Ukraine aus den Gebieten Kursk und Belgorod herauszudrücken. Allein dabei soll die Ukraine über 75 000 Mann und ein Großteil der westlichen Bewaffnung verloren haben (VM der RF).

Bis Ende 2024 soll es nach den Angaben des in der Russischen Föderation (RF) lebenden Schweizer Peter Hänseler in der Ukraine bereits über eine Million Tote und einige Millionen Verletzte und Vermisste geben sowie über 300 000 Gefangene. Die RF soll ein Fünftel der ukrainischen personellen Verluste erlitten haben. Ob diese Zahlen realistisch sind, ist unklar, da die Konfliktseiten diese aus Geheimhaltungsgründen nicht autorisieren. Erschreckend und zum Handeln auffordernd sind sie auf alle Fälle. Sie weisen darauf hin, daß der Vernichtungskrieg in der Ukraine unvermindert weitertobt, da die ukrainischen und russischen Streitkräfte immer noch ausreichend mit Waffen, Personal und anderen Ressourcen versorgt sind und werden. Die Ziele der Ukraine (NATO- und EU-Mitgliedschaft sowie Sicherheitsgarantien, Befreiung der besetzten Territorien, der Sieg über die RF u. a.) und die der RF (Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Vertreibung der ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) aus dem RF-Territorium sowie die Befreiung des gesamten Territoriums der bereits integrierten Republiken, Pufferzonen u. a.) sehen die Politiker der Seiten als nicht oder nicht voll erfüllt an. Das führt, trotz anderer Bekundungen der unter US-Druck stehenden Seiten derzeit noch zur verdeckten bzw. direkten Ablehnung eines Waffenstillstands und von Verhandlungen zur Beendigung des Krieges.

Durch die Waffenlieferungen des Westens (auch durch die USA) wurde die Ukraine zum größten Waffenimporteure der Welt, hat aber durch deren Vielfalt und Unregelmäßigkeit der Lieferungen sowie durch anfälligen „Service“ gegenüber der RF große Nachteile.

Die RF, welche die absolute Mehrheit ihrer Waffen (ein Vielfaches des Westens) selber produziert, hat den MIK hochgefahren

und kann dadurch den Hauptbedarf der Truppen selber decken. Die DVRK liefert zusätzlich (Personal, ballistische Raketen, Munition), der Iran (Drohnen, Know-how, ballistische Raketen) und China (Chips, Komponenten, KI-Kamikaze-Drohnen und sogar Panzer). Somit verfügt die RF über ausreichend neue und modernisierte Waffen, wobei einige eine militärtechnische Überlegenheit verkörpern.

In letzter Zeit zeichnet sich ab, daß die SK der RF in taktischen, operativen sowie strategischen Bereichen Vorteile besitzen, welche es möglich machen, über einen längeren Zeitraum eine erfolgreiche Offensive zu führen. Dadurch konnten große Territorien, die von der Ukraine okkupiert waren, befreit werden. Diese Tendenz hat zunehmenden Charakter, da die SK der RF dazu übergehen, neue Territorien um Sumi und Charkow sowie in fünf weiteren Richtungen der Front zu befreien.

Die Erfolge der SK der RF konnten, trotz intensiver Gegenwehr der ukr.-SK, die viele gezogene, schlecht ausgebildete und ausgerüstete 18-Jährige einsetzte, vor allem erreicht werden:

- durch die laufende Anpassung von Strategie und Taktik,
- durch den verstärkten Einsatz von verbundenen Waffen,
- durch die effektive Unterdrückung der US-Aufklärung,
- durch die massenhafte Anwendung modernster Drohnen,
- durch überlegene Über- und Hyperschallwaffen (Iskander M, Kalibra-, Kinshal-, Zirkon- und Oreschnik-Raketen),
- durch selbstlenkende Gleitbomben der FAB-Serie,
- durch den Einsatz von funkelektronischen Mitteln und
- durch den Einsatz von neuen und modernisierten konventionellen Waffensystemen (T-90 M, TOC -Werfer, LKV-Komplexe S-500 und Panzir mit Lasern u.a., Hubschrauber, Flugzeuge und Drohnen sowie Raketen und Munition), auch
- durch die Außerkraftsetzung von Satelliten der USA (z.B. Starlink), von versöldnertem und aktivem NATO-Personal, von kritischer Infrastruktur, von Betrieben des MIK sowie die Vernichtung von großen Teilen der vom Westen gelieferten Waffen und Munition.

Zuletzt konnte der strategisch wichtige Ort Toretzk u. a. an allen Frontabschnitten befreit werden.

Aber auch die ukrainischen Streitkräfte konnten durch den massenhaften Einsatz von eigenen sowie westlichen Drohnen,

Werfern und weitreichenden Raketen auf die RF (z. B. auf zivile Einrichtungen in Moskau und auf Waffen-, Munitions- und Treibstofflager sowie auch auf Objekte der KW-Triade im RF-Hinterland), wenn auch begrenzt, Erfolg erzielen. Mit sporadischen Gegenangriffen auf die angreifenden SK der RF konnten die Angreifer zeitweilig zum Stoppen und/oder zur Verlangsamung ihrer Angriffsgeschwindigkeit, besonders im Pokrowsker und im Donezker Gebiet, gebracht werden.

Was ist über die ukrainischen Streitkräfte im Kursker und Belgoroder Gebieten zu hören?

Im Kursker Gebiet hatten die SK der RF eine Vielzahl ukrainischer Soldaten, darunter US-, französische, britische Spezialkräfte, auch Söldner aus Deutschland, in mehreren Kesseln eingekreist, was aber der Lügner Selenskyj vor den westlichen Militärs in Ramstein verneinte. Die gemeinsam mit ukrainischen Einheiten eingeschlossenen westlichen Stabsoffiziere, Söldner und Spezialisten hatten sich aber an Trump gewandt, damit dieser von Putins rücksichtsvolle Behandlung erbiten sollte. Teilen der stark geschwächten ukrainischen Eliteeinheiten gelang zwar auch die Flucht, aber sie wurden gleich wieder durch Neonazi Selenskyj und den Soldatenschinder Syrskyj mit „Spereinheiten“ in das neue Belgorod-Abenteuer getrieben. Dabei soll die 141. Brigade Anfang April im Grenzgebiet der RF vollständig verlorengegangen sein. Da ähnliche Vorgänge immer häufiger vorkommen, sagt das viel über die sinkende Moral in den ukrainischen Streitkräften aus (H. Kujat). Es ist bereits eingetreten, daß die im Grenzgebiet zur RF in Abwehrkämpfe verwickelten ukr.-SK von den kurskerfahrenen russischen Truppen nach Hause gejagt wurden und auf ihrem Territorium verfolgt werden.

Damit dürfte sich der Wunschtraum Selenskyjs, bei eventuellen Friedensverhandlungen einen Landtausch realisieren zu können, in ein weiteres Fiasko für die Ukraine verwandelt haben.

Wie verläuft der Kampf zwischen den Kräften des Friedens und des Krieges?

War es wirklich ernsthaft so gemeint, daß die neue US-Administration das bisherige Narrativ des Landes zum Ukraine-Konflikt einfach fallen ließ?

Plötzlich wurde die Bidensche Sicht, die auch von willigen EU-Staaten vertreten wurde und wird, ersetzt und

realistischerweise die RF durch die Trumpsche Administration nicht mehr als „unprovoked Aggressor“ gesehen, der den militärischen Konflikt in der Ukraine verursacht haben soll.

US-Präsident Trump und Putin stellten in ihrem ersten Telefonat fest, daß die NATO-Osterweiterung der Hauptgrund für den Ukraine-Konflikt war und ist. Beide äußerten, daß die Probleme in der Welt nur in einer multipolaren Ordnung, worunter Trump die Abstimmung der Großmächte untereinander versteht, gelöst werden können (dabei sah er aber nicht die Aufgabe, den kleinen Staaten die gleiche Sicherheit zu gewähren).

Trump verkündete, daß er mit Putin nicht nur einen Deal zur Beendigung des Ukraine-Konfliktes schließen wolle, sondern auch einen Neustart der Beziehungen auf solchen Gebieten wie Diplomatie, strategische Sicherheit und Rüstungskontrolle, Sanktionen und Energie, usw. Dazu gehören auch, wie wir neuerdings durch die Treffen von gemeinsamen Arbeitsgruppen und durch Sonderbeauftragte (Witkoff, Dmitriev) erfahren, die stattfindende Auslotung zu gemeinsamen Großprojekten, wie die Beendigung des Konflikts, Seltenen Erden, Arktisnutzung u.a. Alle diese Gespräche und Sondierungen dienen zukünftigen Verhandlungen der USA und der RF, die weit über den Rahmen des Ukraine-Konflikts hinausgehen. Sie finden daher ohne die europäischen Vasallen der USA und die nur noch teilweise involvierte Ukraine statt.

Was hatte Trump dazu bewogen, die Strategie gegenüber der RF zu ändern?

Dieser Präsident, der in erster Linie den Interessen der US-Oligarchie dient, hat öffentlich geäußert, daß das Land 350 Milliarden Dollar in die Ukraine investiert hat, ohne dafür eine Dividende zu erhalten und daß der Marktaustritt aus Rußland weitere 300 Milliarden Verluste (die EU hatte ähnlich hohe) brachte. Er stellte fest, daß die Ziele der USA, der RF eine strategische Niederlage beizubringen und die Wirtschaft durch Sanktionen vernichtend zu schwächen, nicht erreicht wurden. Das Gegenteil ist eingetreten. Die RF konnte nicht isoliert werden und hat sogar international an Einfluß gewonnen, denn sie sei politisch, ökonomisch und militärisch stärker geworden. Die USA versuchen durch den Strategiewechsel, Rußland auf ihre Seite zu ziehen und einen Keil zwischen die guten Beziehungen Rußlands mit China zu treiben. Es sieht nicht danach aus, daß dies den USA gelingen würde, denn Chinas Unterstützung der RF im Ukraine-Krieg hat mit der Lieferung von KI-Drohnen, kriegstechnisch wichtigen Komponenten und Technologien, Chips und sogar mit der Entsendung eines begrenzten Beobachterkontingents auf der Seite der SK der RF merklich zugenommen.

Welche Aktivitäten und Resultate der im Ukraine-Konflikt Handelnden gab es in letzter Zeit?

Der Dealmaker Trump zwang bei Gesprächen in Saudi-Arabien die Ukraine zu einem 30-tägigen Waffenstillstand an allen Fronten sowie zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über Seltene Erden. Gleichzeitig gaben die USA aber die von Trump zurückgehaltenen militärischen u. a. Hilfen sowie Geheiminformationen an die Ukraine wieder frei, wodurch diese, trotz des Rückzugs ihrer Truppen am 12.3.25 aus Sudscha und später auch aus allen Kursker und Belgoroder Territorien, in eine bessere Verhandlungssituation gebracht werden sollte, was aber nicht gelang.

Damit sollte Druck auf die RF ausgeübt werden, um letztere in sofortige Friedensverhandlungen zu zwingen. Rußland hat nach einer kurzen Bedenkzeit den Vorschlägen von USA und Ukraine prinzipiell, aber unter Vorbehalten (Neuwahlen, keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, keine „Friedenstruppen“ aus NATO-Ländern, Garantien für die Zugehörigkeit der Krim und der vier neuen Republiken zur RF, Pufferzonen, Grenzfragen u.a.) zugestimmt.

Bei dem Telefonat zwischen Trump und Putin am 12.3.25 sollen zwar die angeführten Probleme besprochen worden sein, aber es kam nur zu einem Moratorium für eine 30-tägige Waffenruhe, wobei die energetische Infrastruktur für diesen Zeitraum nicht beschossen werden sollte. Dem stimmte zunächst Putin und später auch Selenskyj zu. Es war aber ausschließlich Selenskyj, der diese Vereinbarung mit Angriffen auf russische Energieobjekte torpedierte, was ein klares Signal zur Ablehnung des US-„Vermittlungsversuchs“ darstellt. Die RF hatte sich zwar zunächst zurückgehalten, aber mit stärksten Luftschlägen auf Ukraine- und NATO-Truppen, die kritische Infrastruktur, westliche Waffen-Transporte u.a. in Kiew, Dnipro, Odesa, Charkow, Sumy, Saparoshje und weitere, die zu einer bedeutenden Schwächung der militärischen Möglichkeiten der Ukraine führten, geantwortet.

Die Zahl und die Intensität von Eskalationsmaßnahmen, besonders durch die Ukraine und die „Willigen“ nehmen zu. So hat der Neonazi Selenskyj am 14.4.25 die Mainstreampresse des Westens mit der verfälschten Meldung gefüttert, wonach die SK der RF in Sumy gezielt 34 Zivilisten mit Raketen getötet hat. Weggelassen hat er, daß es sich dabei um den präzisen Beschuß und die Vernichtung von zwei militärisch genutzten Objekten mitten im Stadtgebiet handelte. Er hat auch nicht eingeräumt, daß die Möglichkeit besteht, daß die eigene Luftverteidigung den bedauerlichen „Kollateralschaden“ verursacht haben kann. Und wo blieb eine unabhängige Kommission? Natürlich gab es noch am 15.4. einen ukrainischen Antwortschlag auf zivile Ziele in der

RF mit Todesopfern und zerstörten Häusern, der einer weiteren Provokation ähnelte.

Um sich in der Welt nicht noch mehr zu isolieren und um die notwendigen Beziehungen zu den USA nicht aufs Spiel zu setzen, haben die Führungsstaaten der „Willigen“ – GB und Frankreich – am 14.3.25, so Scott Ritter bei YouTube, ihre bisherige Position gegen Trump widerwillig aufgegeben, verfolgen aber öffentlich weiter die Aufrüstung, Ausbildung, finanzielle u.a. Ukraine-Hilfe sowie die Stationierung von Truppen der NATO-Länder in der Ukraine, woran sich nur sechs von 30 NATO-Staaten beteiligen. Sie glaubten, daß die USA sie im Ernstfall, wie bisher immer, unterstützen würden. Die erwartete Zustimmung blieb aber aus, weil die USA diesen Krieg schnellstmöglich beenden wollen. Das ist ein Dilemma für die „Willigen“, denn ihnen dürfte klar sein, daß ihr Vorhaben, sogenannte Friedenstruppen in der Ukraine zu basieren, ohne die USA unrealisierbar ist, da ihnen notwendige militärische Fähigkeiten (geheimdienstliche und satellitengestützte Informationen und bestimmte Militär-Technologien) fehlen (Argumentation des ehemaligen CIA-Analysten L. Johnson).

Die von GB und Frankreich „vereinten“ willigen NATO-Staaten und die noch wankelmütige Ukraine fanden sich plötzlich als alleinige Kriegspartei wieder.

Trump, der durch den MIK, die Neocons und die Besitzer von Rechten zur Ausbeutung von Seltenen Erden und Metallen sowie der Schwarzerdeböden in der Ukraine, aber auch durch die „Verbündeten“ zusätzlich unter Druck kam, hat Schwierigkeiten, seine versprochene schnelle Beendigung des menschen- und ressourcenvernichtenden Krieges in der Ukraine umzusetzen.

Weil Trump wegen der Ukraine-Politik seine Position in den USA nicht aufs Spiel setzen will, hat er dem „zur EU umschwenkenden“ Selenskyj das Ultimatum gestellt, entweder einer Einigung mit der RF, unter Berücksichtigung von deren Forderungen, zuzustimmen oder keine Militärhilfe durch die USA zu erhalten.

Die Trumpsche „Lämmerschwanzpolitik“ scheint damit beendet, aber sicher kann man sich bei Trump wohl niemals sein.

Selenskyj schloß daraufhin eine bindende Absichtserklärung unter den knebelartigen „Rohstoff- und Besitzvertretungsvertrag“, der bis zur Abbezahlung der Kriegskredite an die USA gelten soll, ab. Er brachte dadurch Trump wieder auf einen dealfähigeren Kurs gegenüber Rußland. Der Hasadeur Selenskyj müßte, wenn er seine Karriere und oder sein Leben erhalten will, erkennen, daß die „Willigen“ für ihn zum Totengräber werden und nur die USA ihm die gewünschten Garantien geben könnten. Der russische Journalist Gleb Prostakow ist der Meinung, daß es nur eine Frage der Zeit ist, daß sich Selenskyj den Forderungen der USA beugt. Putin, der einen pragmatischen Frieden und den Neustart der Beziehungen zu den USA auf vielen Gebieten verfolgt, handelte

prompt. Er schickte, natürlich in Abstimmung mit der US-Administration, die sich wieder stärker der rationell agierenden RF und nicht der nicht adäquat auftretenden Ukraine und besonders Selenskyj (wie CNN berichtete) zuwandte, seinen Vertrauten, den Chef des russischen Direktinvestitionsfonds Kirill Dmitriev Anfang April in die USA, um über profitträchtige gemeinsame Groß- und Finanzprojekte in den USA, in Rußland und in anderen Staaten nach Beendigung des Konflikts zu verhandeln. Damit will Putin doch noch zu einem Deal mit Trump über eine Befriedung des blutigen Konflikts, bei Berücksichtigung der russischen Forderungen kommen sowie einen europäischen und oder weltweiten Krieg, in

welchen mehrere Atommächte verwickelt wären, nicht zulassen.

Dazu sprach Putin am 11.4.25 über vier Stunden mit dem Sondergesandten Trumps, Witkoff, in St Petersburg, wobei es um Detailfragen zur Beendigung des Konflikts gegangen sein soll. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Peskow, teilte dazu mit, daß es zwar keine Durchbrüche gegeben habe, aber daß es zu einem Telefonat zwischen Putin und Trump kommen könnte. Bei „Telegraph“ wurde das Treffen als ein Versuch dargestellt, die Verhandlungen über den Ukraine-Konflikt angesichts der gewachsenen Spannungen zwischen Moskau und Washington wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Das fast gleichzeitig in Brüssel stattgefundene Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe macht deutlich, daß die Herangehensweise von USA und EU-Europa zur Lösung des Konflikts gegensätzlich ist.

Zusammenfassend äußerten realistische östliche und westliche Militäranalysten, u. a. H. Kujat, M. Reisner, S. Ritter, D. MacGregor, J. Sachs, J. Baud, daß die Ukraine und der kollektive Westen diesen Krieg bereits verloren hätten oder dabei sind, ihn zu verlieren, und daß besonders die Ukraine und die „Willigen“ dies nicht wahrhaben wollen und deshalb diesen hoffnungslosen Krieg mit allen seinen Toten und Zerstörungen bis zum bitteren Ende weiterführen wollen.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Sumy – Absicht oder mißbrauchter Kollateralschaden?

Werden wir durch ein hochgeschaukeltes vermeintliches „Kriegsverbrechen“ Rußlands in Sumy wieder, wie damals in Butscha, belogen und propagandistisch mißbraucht?

Erst Ende März wurde durch den unbestätigten ukrainischen Präsidenten das vermeintliche „russische Massaker“ in Butscha nochmals ausgeschlachtet, um Rußland an den Pranger zu stellen. Die Version des neonazistischen Selenskyj-Regimes kann sich deshalb überhaupt halten, weil es dazu keine unabhängige Untersuchung gab, obwohl es viele unbeantwortete Fragen gibt. So erfuhr ich von glaubwürdigen Insidern, daß es im ukrainischen Fernsehen zu Butscha damals mehrere sich widersprechende Sendungen gab. Einen Tag nach dem Abzug der russischen Truppen beglückwünschte der Bürgermeister die Bürger des Ortes zu ihrer

Befreiung auf der betreffenden Hauptstraße, wobei keine Toten zu sehen waren. Einige Tage später hingegen konnte man dann an gleicher Stelle tote Opfer, die ein russisches Massaker beweisen sollten, an den Straßenrändern liegen sehen. Es wurde beobachtet, daß diese „Opfer“ von englisch- und ukrainisch sprechenden Männern dorthin gebracht wurden. Offensichtlich wurde damals in der Ukraine und im Ausland eine Stimmung zur Verteufelung und zur Verurteilung Rußlands benötigt.

Am 13. April vernichteten zwei russische Präzisionsraketen zwei Gebäude im Zentrum von Sumy, die vom ukrainischen Militär „fehlgenutzt“ wurden. Die Ukraine verschweigt diesen Fakt und spricht von einem gezielten Beschuß ziviler Einrichtungen, bei welchem in bedauerlicher Weise über 30 Zivilpersonen, darunter auch Kinder,

zu Tode kamen. Ein ausgebrannter Bus wurde als Beweis angeführt. Es wäre nicht das erste Mal, daß die Luftverteidigung der Ukraine bei der Bekämpfung der anfliegenden Flugkörper Kollateralschäden produziert hat. Kann es aber nicht auch sein, daß es einfach eine Provokation der Ukraine ist, um von dem durch sie nicht akzeptierten Besuch des Sonderbeauftragten Trumps, Witkoff, bei Putin abzulenken und diesen wieder einmal international zu diskreditieren?

Dieses Negativereignis sollte nicht für eine einseitige russophobe Propaganda genutzt werden, sondern Anlaß sein, diesen, sich aus einer Spezialoperation in einen NATO-Rußland-Krieg entwickelnden Konflikt so schnell wie möglich durch Verhandlungen zu beenden.

Bernhard Felix, Strausberg

Frieden mit Rußland!

Wenn es um Warnungen vor dem Krieg, das heißt, vor dem Angriff der Russen, geht, darf der Präsident der Herzen nicht fehlen. Schon vor vielen Jahren hat er sich in ähnlichem Ton an die deutsche Jugend gewandt und die „Zeit der Behaglichkeit“ für beendet erklärt. Ob er damit die Behaglichkeit aller im Lande meint, das hat er nicht gesagt. Auf jeden Fall meint er die Bereitschaft der deutschen Jugend, sich gegen „den Russen“ auf das Schlachtfeld, das Feld der Ehre, treiben zu lassen. Wenn fast täglich aus jeder politischen Ecke vom unmittelbaren Angriff Rußlands zu lesen ist, aus Politik, Wirtschaft und Militär immer lauter die Kriegswarnungen vor „dem Russen“ ertönen, dann sollten Deutsche aus der Geschichte wissen, was bald kommen kann. Aber mit Lehren aus der Vergangenheit ist

wenig zu rechnen, vertrauen darauf schon gar nicht. Solange die Gauck und Co. aus der „Behaglichkeit“ zum Patriotismus für das Vaterland trommeln, ist höchste Wachsamkeit geboten.

Die Mehrheit der Bevölkerung scheint kaum zu beunruhigen, was an direkter Kriegsvorbereitung und -geschrei vor sich geht. Daß „der Russe“ auf der Lauer liegt, EU-Europa und Deutschland angreifen will, vielleicht schon im Anmarsch ist, der Kriegsbeginn schon ausgemachte Sache der Politik ist, das nimmt die Mehrheit noch ziemlich gelassen. Warum interessiert oder besorgt Getrommel nur so relativ wenige? Woher nehmen sie ihre Gewißheit, es wird schon nicht so schlimm werden? Wie die Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges zeigen, haben Glaube und Wegschauen die

Katastrophen nicht verhindert. Warum nicht? Geschichte hat schließlich eine deutliche Sprache gesprochen, z.B. mit den Nürnberger Prozessen. Wer weiß davon noch? Die junge Generation kaum, sie ist im Kopf leergepreßt wie Orson Welles schon beschrieb. Kriegsvorbereiter sprachen immer vom Frieden. Feindbilder brauchte es ebenso. Wer bis heute die Spielregel Kapital – Krise – Krieg nicht kennt, nie darüber nachgedacht hat, wie Kriege entstehen, wo ihre Wurzeln sind, lebt weiterhin zufrieden in seiner Einfalt und weiß nicht, was den Westen wieder gen Osten treibt, wer Frieden vorgibt und das mit Krieg erreichen will. Wir sehen aber, wie Vernunft, Verstand und Widerstand gegen jene wachsen, die den Krieg wollen. Das macht Hoffnung.

Roland Winkler, Aue

Rußland begeht den 80. Jahrestag des Sieges

Vor 80 Jahren, am 8. Mai 1945, befreiten die Alliierten Europa von den Faschisten. Die Hauptlast trug die Sowjetunion. Sie hatte die meisten Opfer des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges zu beklagen. Am 2. August 1945 unterschrieben die Staatsoberhäupter Großbritanniens, der USA und der UdSSR das Potsdamer Abkommen. Dort heißt es: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet. Die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Einhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“ Dank der Heldentaten der sowjetischen Soldaten wurde die Welt nicht nur vom Faschismus befreit. Die Völker Europas konnten über sieben Jahrzehnte lang in Frieden leben. Die Sowjetunion existiert nicht mehr, Deutschland hingegen rüstet in höchsten Dimensionen auf, um gegen Rußland Krieg führen zu können. Die Befreiung vom Faschismus war also kein einmaliger, historischer Akt. Sie muss immer wieder neu erkämpft werden. Bertolt Brecht mahnte uns: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

Die westlichen Alliierten haben ihre Verpflichtung aus dem Potsdamer Abkommen längst vergessen. Nach 80 Jahren scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Rußlands Rivalen unterschätzen den euroasiatischen Riesen und versuchen, ihn zu schwächen. Darüber hinaus missachteten die USA und die europäischen Länder das Andenken ihrer Vorfahren. Sie verrieten Hunderttausende Soldaten und Zivilisten der Anti-Hitler-Koalition, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben opferten. Die Russische Föderation hingegen kommt ihrer historischen Pflicht gegenüber ihren Helden des Großen Vaterländischen Krieges nach. Sie wehrt sich gegen die Wiederauferstehung des Faschismus, der 1945 besiegt wurde und 27 Millionen sowjetischen Soldaten und Zivilisten, darunter auch Ukrainern, das Leben kostete. Nach dem Kiewer Maidan-Putsch im Jahre 2014 errichteten die Staaten des kollektiven Westens unter Führung der USA in der Ukraine eine wahre Hochburg des Neofaschismus. Das Land wurde nicht nur zu einer Bedrohung für Rußland, sondern auch für den Frieden und die Stabilität des gesamten europäischen Kontinents. Es wurde zu einer latenten Gefahr für die ganze Welt. Während die russische Entmilitarisierungs- und Entnazifizierungsoperation zur Beendigung des achtjährigen Krieges und Völkermords in der Ukraine voranschreitet, führt der gesamte Westen einen umfassenden Hybridkrieg gegen die Russische Föderation. Das Kiewer Regime wird mit westlichen Waffen überhäuft. Auf

polnischen Flugplätzen sind US-amerikanische Patriot-Luftabwehrsysteme stationiert. Schweden und Finnland wurden zum NATO-Beitritt gedrängt. Und US-Senatoren haben bereits einem Leih- und Pachtgesetz für die Ukraine zugestimmt. Die Russische Föderation hat die Aggression des Westens präventiv abgewehrt. Es war die Entscheidung einer souveränen, unabhängigen und starken Nation.

Die beispiellosen Handels-, Wirtschafts- und sonstigen Sanktionen gegen Rußland zielen darauf ab, die Wirtschaft des Landes zu zerstören, seine Militärmacht zu schwächen und Hindernisse im Kampf gegen die „braune Pest“ zu schaffen, die erneut die Menschheit bedroht. Die westlichen Regierungen erwarteten den Bankrott Rußlands. Nun gerieten ihre Länder selbst in die Krise. Die Sanktionen haben bereits einen starken Bumerang-Effekt auf die gesamte Welt und insbesondere auf die europäischen Länder. Sie führten zu steigenden Preisen für Nahrungsmittel, Kraftstoffe, Düngemittel und viele andere lebenswichtige Dinge. Wir erleben einen klassischen angelsächsischen Krieg in USA-Hand, dessen Ziel es ist, gemeinsam mit Hilfe der Ukraine Rußland zu bekämpfen und zu zerstören. Um seine geopolitischen Ziele zu erreichen, opfert der Westen die Ukraine und das Wohlergehen seiner eigenen Bevölkerung, die bereits jetzt unter den Folgen zu leiden hat. Der europäische „Readiness 2030“ sieht 800 Milliarden Euro für die Wiederaufrüstung vor. Ist das notwendig, weil die russischen Militärausgaben höher sind als die europäischen? Auf dem Höhepunkt des Konflikts beliefen sich die russischen Ausgaben auf 145,9 Milliarden US-Dollar, während sich die europäischen Ausgaben, einschließlich Großbritanniens, auf 457 Milliarden US-Dollar beliefen. Die USA liegen bei 850 Milliarden US-Dollar. Die Behauptung, es gäbe eine Investitionslücke zu schließen, ist falsch.

In Wirklichkeit geht es darum, die europäische Industrie für militärische Zwecke umzugestalten, nachdem sie ihre Vorteile auf dem Automobil- und Energiemarkt eingebüßt hat. Die europäische Wirtschaft erlebte einen Produktivitätsrückgang im verarbeitenden Gewerbe und verlor das allgemeine Vertrauen des Finanzsektors. Die Kosten dieser Politik sind sinkende Löhne, sinkende Beschäftigungszahlen und sinkende Sozialleistungen, was zur Verarmung der EU-Region und zum Aufstieg des Neonazismus in mehreren Ländern führte. Wir sind Zeugen der Verbreitung einer neuen Rechtfertigung für den Weg in den Krieg. In Deutschland ließ die noch nicht gewählte „neue“ Bundesregierung im abgewählten „alten“ Bundestag einen Aufrüstungsplan im

Wert von fast einer Billion Euro beschließen. Berlin läßt seinem Expansionismus freien Lauf und bereitet die massive Aufrüstung vor, um seine politische und militärische Vorherrschaft in der EU zu bekräftigen. Noch will Berlin nicht auf seine Achse mit Paris verzichten, jedoch werden europäische Entscheidungen in den Hintergrund treten. Deutsche Stiefel sollen wieder in Europa marschieren. Deutschland soll nicht europäisiert, sondern Europa germanisiert werden.

Die deutsche Wirtschaft erlebte in der Vergangenheit ein beeindruckendes Wachstum. Dank des Handels mit Rußland waren die Energiekosten günstig. Deutschland profitierte von Pekings Absicht, in den konsummäßig größten Kontinent der Welt einzudringen. Es setzte auf den politischen und militärischen Schutz der USA, die ihrerseits die Kontrolle über Deutschland als Ausübung ihres hegemonialen Plans über Europa betrachteten. Spätestens nach dem Auftritt des US-amerikanischen Vizepräsidenten Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz ist es damit nun vorbei. Deutschland hat den Wettbewerb mit den USA auf kommerzieller und finanzieller Ebene verloren. Heute kostet Energie in Europa viermal mehr als in den USA. Das ist tödlich für den Wettbewerb. Nun glaubt Berlin, Deutschland müsse sein Wirtschaftswachstum auf die Umstellung seiner Industrie auf Rüstung und Krieg stützen. Berlin reißt damit die EU in ein neues und gefährliches Abenteuer. Für neun Zehntel der Welt ist Europa, das vorgibt, sich verteidigen zu wollen, der Kontinent, der zwei Weltkriege hervorgebracht hat und sich nun auf den dritten vorbereitet. Das Mißtrauen widerspiegelt sich in der Politik und im Handel. Mehr als 150 Mitgliedsländer der internationalen Gemeinschaft halten sich nicht an die von Washington und Brüssel gegen Moskau verhängten Sanktionen.

Die deutsche Führung in Europa wird von langjährigen Verbündeten unterstützt, von Ländern, in denen die Russophobie zu einem Markenzeichen geworden ist. Die baltischen Länder sind dabei eine beunruhigende Region. Sie sind erbitterte Fanatiker und Nazis. Sie befürworten offen die Notwendigkeit, Rußland vor 2030 anzugreifen. Politiker und antirussische Hetzmedien des Westens behaupten, die Russen würden nach der Entnazifizierung der Ukraine Deutschland angreifen. Deshalb müsse hochgerüstet und die Gesellschaft militarisiert werden. Rußland ist keine Bedrohung für Europa. Was würde es dort gewinnen? Wie bereits berichtet, vollzog es einen beeindruckenden Prozess der Reindustrialisierung, der es unter die vier großen Industriemächte der Welt

brachte. Rußland gehört zu den stärksten Militärmächten der Welt. Der „RotFuchs“ vom November 2024 berichtete im Beitrag „Rußlands Weg in die Zukunft“ über die Lage der russischen Wirtschaft und die Masterpläne für die Entwicklung des Fernen Ostens. Nun kommt ein weiteres Feld hinzu, auf dem die Russische Föderation Weltspitze werden will. Im Dezember letzten Jahres sprach der russische Präsident Wladimir Putin auf der Internationalen Konferenz „Reise in die Welt der künstlichen Intelligenz“ über die Aufgaben, die sich der eurasische Riese auf dem Gebiet der KI stellt. KI soll zur wichtigsten Ressource für das Erreichen nationaler Entwicklungsziele werden und so die Verteidigungsfähigkeit des Landes stärken, die qualitative Weiterentwicklung der Wirtschaft und der sozialen Bereiche sicherstellen. Bis 2030 soll die Durchdringung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wie Wirtschaft und Handel, Verkehr und Tourismus, Gesundheit, Bildung und Wissenschaft, mit KI abgeschlossen sein. Rußland sieht eine Verantwortung darin, gemeinsam mit den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie den Partnern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, den BRICS-Staaten und anderen Verbänden zukunftssträchtige Wirtschaftssektoren und Innovationen einzuführen. Es will den Ländern des globalen Südens und

Ostern im Bereich der KI mit Rat und technischer Hilfe zur Seite stehen. Im Dezember 2024 verkündete das Gesundheitsministerium Rußlands, daß das Gamaleya-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie für 2025 die Einführung eines Impfstoffs gegen alle Arten von Krebs plant. Dieser Impfstoff soll den Krebspatienten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. In einer Welt, in der Konflikte und Geopolitik die Agenda der Großmächte bestimmen, fällt die russische Regierung mit einer Vision auf, die sich nicht auf Zerstörung konzentriert, sondern für das Leben eintritt. Rußland entwickelt einen Impfstoff gegen Krebs. Das wäre ein beispielloser Durchbruch, der Millionen von Menschenleben auf der ganzen Welt retten könnte. Seit Jahren arbeiten russische Wissenschaftler an innovativen Behandlungsmethoden, um diese Krankheit auszumerzen. Sie sind dabei, sogenannte Krebsimpfstoffe und immunmodulatorische Medikamente der neuen Generation zu entwickeln. Diese Lösungen werden die Medizin, wie wir sie kennen, verändern. Die Ankündigung ist nicht nur ein Versprechen, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Investitionen in die Biotechnologie. Sie zeigt, daß Rußland nicht nur eine militärische und wirtschaftliche Macht ist, sondern auch eine Säule im Kampf für die Gesundheit. Während die Regierungen der westlichen Länder Milliarden für den Krieg ausgeben, investiert

Moskau in die medizinische Forschung, um den Krebs zu bekämpfen. Die „Demokraten“ der USA, der NATO und der EU konzentrieren die Ressourcen ihrer Länder auf bewaffnete Konflikte, Kriege und Wirtschaftssanktionen. Der „Diktator“ der Russischen Föderation dagegen kanalisiert seine „Macht“ auf das Wohl der Menschheit. Sollte es Rußland gelingen, einen wirksamen Impfstoff gegen den Krebs zu entwickeln, wird weltweit die wissenschaftliche und humanitäre Rolle des Kremls sichtbar. Rußland wird den Westen in den Schatten stellen. Nicht eine Rakete oder ein Handelskrieg werden den Ausschlag geben, sondern ein medizinischer Durchbruch, ein Impfstoff, der das Schicksal von Millionen Menschen verändern kann. Wie werden die westlichen Mächte reagieren? Die Geschichte hat uns gelehrt, dass politische Interessen oft Vorrang vor der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Menschen haben. Während die Welt mit Bangen auf die geopolitische Entwicklung blickt, wird in Rußland der erste Krebsimpfstoff in die Krankenhäuser gebracht. Zum 80. Jahrestag des Sieges beginnt Rußland ein neues Kapitel der Menschheitsgeschichte zu schreiben, das verteidigt werden muss. Es ist ein Kapitel, in dem nicht der Sieg im Krieg, sondern der Sieg für das Leben der größte ist.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Konferenz „Frieden mit Rußland“

Am 24. März 2025 fand in Neuenhagen bei Berlin eine Konferenz des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. statt. Sie stand unter dem Motto „Frieden mit Rußland“ und war mit 500 Besuchern schon einige Wochen vorher ausverkauft.

Die Teilnehmer der wissenschaftlichen Konferenz beschlossen die folgende Abschlusserklärung:

Am 8. Mai 2025 jährt sich zum 80. Mal der Tag der Befreiung vom Faschismus mit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands.

Mit allen friedliebenden Menschen verbinden wir dieses geschichtsträchtige Datum mit dem Dank an unsere Befreier vom Faschismus, den Alliierten und besonders den Angehörigen der Sowjetarmee. Die Sowjetunion hat mit 27 Millionen Toten und einem von den Faschisten verwüsteten Land den größten Beitrag für die Befreiung Europas geleistet. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“, war eine der wichtigsten Schlußfolgerungen nach dem Sieg über das verbrecherische „Hitlerdeutschland“.

Das Jahr 2025 stellt uns vor neue Herausforderungen.

Inzwischen hält der Krieg in der Ukraine um die Durchsetzung globaler Ziele, der Vormachtstellung der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft in der Welt, unvermindert an.

Die Welt steht an der Schwelle zu einem atomaren Weltbrand. Dem stellen wir uns mit aller Kraft entgegen.

Wir begrüßen die zwischen Rußland und den USA vereinbarten Gespräche zur Beendigung des Kriegs in der Ukraine. Uns ist es aber auch klar, daß das nur ein erster Schritt in Richtung weltweite Friedensordnung sein kann.

Die reaktionären Kräfte des alten Europas wollen auf die Gefahr eines Atomkriegs mit einer maßlosen Hochrüstung ihre Vormachtstellung in der Welt erhalten und sind nicht bereit, zur Beendigung der Kämpfe beizutragen.

Dieser Weg führt unweigerlich in den Abgrund.

Was ist die Alternative?

Nur ein Weg ist gangbar: Über Verhandlungen in einem ersten Schritt zur Eindämmung der Kriegsgefahr beitragen und letztendlich Vereinbarungen zu treffen

für Frieden, Sicherheit und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen allen Staaten und Völkern zum gegenseitigen Vorteil.

Wir fordern:

- die Anerkennung der Legitimität der Sicherheitsinteressen Rußlands, weil das mit den Interessen der anderen Staaten und Völker übereinstimmt und dazu beiträgt, günstige Bedingungen für Frieden, Sicherheit und gleichberechtigte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zu schaffen,
- Stopp und Rückbau der wortbrüchigen NATO-Osterweiterung,
- Schluß mit Waffenlieferungen.
- Keine Sanktionen, weder gegen Rußland noch sonst ein Land in der Welt!
- Keine Stationierung von Hyperschallraketen der USA in Deutschland!
- Sofortiger Beginn von Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit in Europa und der Welt im Rahmen der UNO.

Die Erklärung wurde am 24. März 2025 per Akklamation durch die Teilnehmer an der wissenschaftlichen Konferenz angenommen.
<https://okv-kuratorium.org>

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Beim „HJ-Zar“

Während meines Heimaturlaubes im Mai 1942 besuchte ich in Berlin meinen früheren Amtschef, den Gebietsführer Brennecke, der wenige Wochen später als Gebietskommissar nach Mariupol am Asowschen Meer versetzt wurde. Im Kasino der Reichsjugendführung traf ich in jenen Tagen auch den mir seit 1936 durch gemeinsame Arbeit in der Gebietsführung Niedersachsen gut bekannten Hauptbannführer Nickel, der kurze Zeit vorher zum Beauftragten des Reichsjugendführers für die Jugendarbeit im Ministerium Rosenberg ernannt worden war. In längeren Unterhaltungen mit beiden hatte ich Gelegenheit, erste genauere Kenntnis von den Plänen Hitlers im Osten und aufschlußreiche Einblicke in die bereits laufende Arbeit des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete zu erhalten. Hauptbannführer Nickel, der in der Reichsjugendführung scherzhaft der „HJ-Zar“ genannt wurde, führte mich voller Stolz durch seine noch in der Einrichtung begriffene, etwa ein Dutzend Räume umfassende Dienststelle. Kaum dreißig Jahre alt, stand er als Gruppenleiter des Ministeriums bereits im Rang eines Ministerialdirigenten. Er machte mich mit einigen seiner Mitarbeiter und deren Aufgabengebieten bekannt, berichtete von dem Aufbau von HJ-ähnlichen Jugendorganisationen in den baltischen Ländern, wo schon über 100 HJ-Führer als Organisatoren eingesetzt waren.

Im Kartenzimmer erklärte er mir die bereits verfügte Aufgliederung des eroberten und des noch zu erobernden Ostraumes in die Reichskommissariate Ostland (Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland), Ukraine, Kaukasus, Rußland und den Reichsgau Krim, die ihrerseits wieder in General- und Gebietskommissariate unterteilt waren. Ein Kartograph war damit beschäftigt, in die mehrere Quadratmeter große Karte des „Reichskommissariats Ukraine“ die Untergrenzen einzutragen und die vorgesehenen Verwaltungszentren zu bezeichnen. Die Grenzlinie verlief von Brest-Litowsk aus in allgemein ostwärtiger Richtung über Orel-Saratow bis zur Stadt Uralsk am Uralfluß, diesen Fluß abwärts zum Kaspischen Meer und weiter von dessen Nordgrenze zum Unterlauf des Dons bis Rostow. Mit „deutscher Gründlichkeit“ war damals bereits, als die Front noch im Raum Charkow stand, die verwaltungsmäßige Aufgliederung für die Gebiete ostwärts der Wolga vom Ministerium Rosenberg festgelegt worden.

Um die Besetzung der Führerstellen und der wichtigsten Referentenposten in den Stäben tobte hinter den Kulissen ein heftiger Kampf zwischen den Organisationen und Parteicliquen, wie ich aus den Unterhaltungen spürte. Von einem Bannführer aus dem Sozialen Amt erfuhr ich, daß er mit der Zusammenstellung des Stabes für das „Generalkommissariat Tiflis“ beauftragt sei, für dessen Führung der Leiter des Jugendamtes der DAF [Deutsche Arbeitsfront] vorgesehen war. Mein früherer Amtschef erzählte mir unter anderem, daß der Chef des Personalamtes der Reichsjugendführung, der Obergebietsführer John, bereits im Herbst 1941 zum „Generalkommissar für Jaroslawl“ bestimmt worden sei, aber



Gedenkstätte Brester Heldenfestung (von einem Kollektiv, 1971)

sein Amt infolge „Stoppens der Offensive“ bisher nicht habe übernehmen können. Kürzlich hätte er ihm gegenüber geäußert, daß er doch wohl noch zur Wehrmacht gehen müsse, um sein „Herrschaftsgebiet“ mit erobern zu helfen.

Während wir an der Front in fast einjährigem, ununterbrochenem Einsatz die Härte des Kampfes und die Begrenztheit unserer Kräfte gegenüber der wachsenden Stärke der Roten Armee gespürt hatten, und wenn auch noch nicht mit klarer Ablehnung, so doch mit Skepsis diesen Eroberungsplänen gegenüberstanden, herrschte in Berlin damals ein oberflächlicher Optimismus, der alle Bedenken leichtfertig bagatellisierte. Man gab zu, daß es eine „brennende Grenze“ im Osten wohl geben würde und sprach von der Errichtung einer „Militärgrenze“ nach dem Vorbild des Militär- und Wehrbauernwalles der Habsburger gegenüber den Türken von der Adria bis zu den Karpaten. Die Beherrschung und Sicherung des eroberten Raumes war vorgesehen durch ein

dichtes Netz militärischer Stützpunkte und Garnisonen, mit denen die Verwaltungs- und Wirtschaftsämter gekoppelt werden sollten. Diese Punkte sollten als Kristallisationskerne für das „Volksdeutschtum“ dienen, das zusammen mit den reichsdeutschen Beamten, Wirtschaftlern und Soldaten die „Führungs- und Herrenschicht über die unterworfenen Völker“ bilden sollte. Es war keine Rede davon, den Ost-Völkern eine Autonomie in politisch-wirtschaftlicher oder in kultureller Hinsicht zu geben, wie gelegentlich in der Goebbelspropaganda angedeutet wurde. Die Ostgebiete sollten – wie vorher schon das „Generalgouvernement“ – „Nebenländer“ des Reiches und die Bewohner als Angehörige „niederer“

Rassen zu Hilfskräften für die Deutschen werden. Dementsprechend war lediglich eine lokale Selbstverwaltung im Auftrag und unter ständiger deutscher Überwachung vorgesehen. Unterschiede sollten gemacht werden hinsichtlich sogenannter „verwandter“ und „fremder“ Rassen. So betrachtete man die Esten und Letten als „verwandte“ Völker im Unterschied zu den „fremden“ Litauern, um nach dem römischen Prinzip des „divide et impera“ (Teile und herrsche) die eigene Herrschaft fester gestalten zu können.

Nickel vermittelte mir eine Unterredung mit dem Schulbeauftragten im Ostministerium, einem süddeutschen Gauamtsleiter des NSLB [Nationalsozialistischer Lehrerbund], der seine Dienststelle im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz hatte. Das im Aufbau begriffene Ministerium Rosenberg besaß noch kein einheitliches, alle Dienststellen umfassendes Gebäude. Es gliederte sich in drei Abteilungen: Politische Führung – Wirtschaft – Verwaltung, die ihrerseits in Gruppen und Untergruppen sich unterteilten. In der 1. und 3. Abteilung bestand eine Gruppe „Jugend“, während die Schule nur eine Untergruppe in der Gruppe „Kulturpolitik“ innehatte, was ihre Geringschätzung gegenüber der politischen Erfassung und Führung der Jugend in besonderen Organisationen deutlich zum Ausdruck brachte.

Der Schulreferent, der seine Bedeutsamkeit durch eine auffallende Geschäftigkeit zu kompensieren versuchte, erwähnte im Laufe der Unterhaltung, daß anfänglich Bestrebungen vorhanden gewesen seien, für die Ostvölker überhaupt kein allgemeinbildendes Schulwesen zuzulassen. Die in den bereits besetzten Gebieten

– wenn auch mit Unbehagen – feststellte Tatsache des Bestehens eines weit ausgebauten Schul- und Hochschulwesens habe Reichsleiter Rosenberg bestimmt, dem folgenden, von Referenten ausgearbeiteten Plan die Genehmigung zur praktischen Inangriffnahme zu geben: vier Jahre Elementarschule; darauf aufbauend ein dreijähriges Berufsschulwesen mit ½ bis 1 Tag Unterricht in der Woche neben der praktischen Arbeit in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verwaltung; Einrichtung von Fachschulen und Techniken zur Heranbildung einer mittleren Intelligenz; Hochschulen, Universitäten, wissenschaftliche und Kunstakademien dagegen sollte es aus grundsätzlichen Erwägungen nicht geben, da man das Entstehen einer wissenschaftlich gebildeten Intelligenz als potentiellen Unruhefaktor verhindern müsse. „Geistige Handwerker“ brauche man für die Ostvölker, aber keine Ärzte, Ingenieure, Wissenschaftler. Diese höheren und führenden Berufe müßten den Deutschen vorbehalten bleiben. (...)
Besessen von krankhaftem Machtwahn und ermuntert von profitsüchtigen Rüstungs- und Finanzhyänen glaubten

Hitler und seine Handlanger, im Osten Kolonialland erobern zu können, nach dem Muster der Konquistadoren früherer Jahrhunderte. „Es kommt darauf an“, so hatte Hitler nach dem Bericht des Danziger Senatspräsidenten Rauschning schon 1934 vor seinen Gauleitern geäußert, „den landwirtschaftlichen Boden im Osten überwiegend in die Hände einer deutschen Herrschaft zu bringen. Der fremdstämmige Bauer muß wieder Arbeiter werden, landwirtschaftlicher Wanderarbeiter auch für das Reich und ungelerner Industriearbeiter ... Ich denke nicht daran, Konzessionen auf einer Gefühlsbasis zu machen ... Wir werden konsequent sein und die unteren Schichten der Wohltat der Unwissenheit überlassen ... Bildungsfreiheit soll das Privileg der Auserwählten und Berufenen sein.“
So ungeheuerlich diese Worte auch scheinen, sie sind in vollem Inhalt durch die oben mitgeteilte Tatsache bestätigt, durch die Praxis der Kommissare Hitlers und seiner SS noch ins Grausame ergänzt und übersteigert worden. Unser Volk hat sich verdummen und durch die Lügenpamphlete aus dem Nibelungen-Verlag [Verlag der

NSDAP] irreführen lassen. Machwerke wie Lautenheimers „Und du siehst die Sowjets richtig“, Albrechts „Verräter Sozialismus“ und Sanders' „Um die Neuordnung Europas“, die von Goebbels und Rosenberg bezahlt und diktiert wurden, verdunkelten den Blick und trugen bei zum Marsch ins Verderben. Sie unterbauten den von Hitler künstlich gezüchteten „Bolschewisten-schreck“ als Tarngewebe für seine eigenen Eroberungsabsichten.

Unser Volk steht heute vor der Lebensfrage, ob es mit den Verantwortlichen und Nutznießern dieser Politik weiter ausbluten oder schonungslos und endgültig selbst mit ihnen abrechnen und seine neue Aufgabe darin sehen will, die den anderen Völkern zugefügten Schäden wiedergutzumachen und eine Wiederholung der von Hitler begangenen unsühnbaren Verbrechen und Beleidigungen zu verhindern.

Leutnant Dr. Heinrich Abel,
ehem. Hauptabteilungsleiter in der
Reichsjugendführung der NSDAP

„Freies Deutschland“, Moskau, 11. Februar
1945

Anonym

Neues Soldatenlied 1914

Bist du ein junger Mann
von beinah zwanzig Jahren,
der kaum sein Handwerk kann
und nichts noch konnt ersparen,
doch dessen Hilf im Haus
die Mutter schwer kann missen,
wirst durch ein hart Gesetz
der Arbeit du entrissen.

Dann mußt du dienen,
du wirst Soldat,
denn Kriegsmaschinen,
die braucht der Staat!
Treibst faul herum dich
als bunter Fant;
das nennt man
,Kämpfen fürs Vaterland!'

Du kriegst 'nen bunten Rock,
mit blanken Knöpf verzieret,
mußt ohne Mucks tun,
was man dir kommandieret,
du läufst die Fuß dir wund,
mußt den Tornister tragen,
ob du dabei was lernst,
das darfst du nimmer fragen.

Denn du mußt dienen,
du bist Soldat,
ja, Kriegsmaschinen,
die braucht der Staat!
Ein unnütz Leben
in buntem Tand,
das nennt man ,Kämpfen
fürs Vaterland!'

Wenn roh sie schmähen dich,
darfst du dich nicht drum scheren,
du würdst es schwer bereun,
wenn du dich wolltest wehren.
Ganz anders ist das bei
den Herren Offizieren,
wenn die sich raufen, dann
nennt man das ,duellieren!'

Ja, du mußt dienen,
du bist Soldat –
so Kriegsmaschinen,
die braucht der Staat!
Sich plagen und ducken
im Sklavenstand,
das nennt man ,Kämpfen
fürs Vaterland!'

Dies ganze Puppenspiel,
das kostet uns Millionen,
und wenn wir hungrig sind,
schickt man uns ,Blaue Bohnen!'
Wer kümmert sich darum,
ob wir in Not verkommen?
Wenn nur die noblen Herren
auf ihre Rechnung kommen!

Wozu das Dienen?
Wach auf, Soldat!
Als Mordmaschinen
braucht euch der Staat!
Fort mit dem Elend
und all dem Tand!
Keinen Mann, keinen Heller
fürs Vaterland!

*Aus: Das Herz auf der Zunge.
Deutschsprachige Chansons aus
hundert Jahren.
Verlag der Nation, Berlin/DDR 1981*

Zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Europa wurde in der Vergangenheit zweimal von Usurpatoren entscheidend in seiner Existenz bedroht. Vor allem dank des Kampfes Rußlands und der Sowjetunion wurde den europäischen Völkern ihre Freiheit zurückgegeben. Erinnert sei an den Rußlandfeldzug von 1812 – im Französischen Campagne de Russie, im Russischen auch Vaterländischer Krieg genannt.

Die napoleonische Herrschaft in Deutschland schien 1812 auf dem Fürstentag in Dresden vor dem Beginn des Rußlandfeldzuges festgefügt zu sein. An dem Krieg beteiligten sich zahlreiche deutsche Soldaten der Rheinbundstaaten, aber auch preußische und österreichische Hilfskontingente. Insgesamt stellten die deutschen Staaten etwa ein Drittel der über 600 000 Mann starken Invasionstruppen. In Rußland setzte sich Zar Alexander I., unterstützt unter anderem von seinem Berater, dem Freiherr vom Stein, gegen seine Generäle damit durch, den Krieg bis zur endgültigen Niederlage Napoleons und der Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts in Europa fortzusetzen. Aus deutschen Emigranten wurde die russische Legion gebildet. Deutsche Intellektuelle in russischen Diensten wie Justus von Gruner und Ernst Moritz Arndt übernahmen die propagandistische Unterstützung des Krieges. Der Feldzug wurde durch die russische Defensivtaktik, den Widerstandswillen der Staatsführung und der Bevölkerung, den Brand von Moskau, die hohen Verluste durch Kälte, Hunger und Krankheiten zur entscheidenden Niederlage Napoleons. Nur ein geringer Teil der Soldaten kehrte Ende Dezember 1812 über die russisch-polnische Grenze zurück.

Gegen Frankreich bildete sich im Jahr 1813 nach Napoleons Niederlage im Feldzug gegen Rußland eine Allianz. Diese trugen zunächst

Rußland und Preußen, später schlossen sich Schweden, Österreich und andere Staaten an. Nach einem wechselhaften Kriegsverlauf wurde Napoleon im Oktober 1813 in der Völkerschlacht bei Leipzig geschlagen.

In der Neujahrsnacht 1813/14 drangen mit Blüchers Rheinübergang bei Kaub Preußen und Russen in Frankreich ein. Im März wurde Napoleon geschlagen und die Sieger, Rußland, Preußen, Großbritannien und Österreich marschierten in Paris ein. Napoleon dankte ab.

Die napoleonische Vorherrschaft und Unterdrückung Frankreichs über große Teile des europäischen Kontinents wurde durch die Befreiungskriege 1813–1815 beendet. Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg und damit die brutale und äußerst menschenverachtende Unterdrückung weiterer Teile Europas.

Am 22. Juni 1941 begann mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion der Große Vaterländische Krieg. Die Ostfront war bis Juni 1944 (Landung der Alliierten in der Normandie) die wichtigste Landfront im Kampf gegen das faschistische Deutschland. Hitler gab seinen Entschluß zu diesem Vernichtungskrieg am 31. Juli 1940, und befahl am 18. Dezember 1940, ihn bis Mai 1941 unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ militärisch vorzubereiten. Dies war ein bewußter Bruch des am 24. August 1939 geschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. Um für die „arische Herrenrasse“ „Lebensraum im Osten“ zu erobern und den „jüdischen Bolschewismus“ zu vernichten, sollten große Teile der sowjetischen Bevölkerung vertrieben, versklavt und getötet werden. Das faschistische Regime und deren Kollaborateure nahm den millionenfachen Hungertod sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilisten bewußt in Kauf, ließ sowjetische Offiziere und Kommissare auf

der Basis völkerrechtswidriger Befehle ermorden und nutzte diesen Krieg zur damals so bezeichneten „Endlösung der Judenfrage“. Nach anfänglichen deutschen Erfolgen leiteten sowjetische Siege in der Schlacht um Moskau Ende 1941 und vor allem in der Schlacht um Stalingrad 1942/43 Deutschlands vollständige Niederlage ein. Nachdem im Sommer 1943 das deutsche „Unternehmen Zitadelle“ gescheitert war, ging die Initiative endgültig auf die Rote Armee über. Nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944, der auf die späte Eröffnung der lange erwarteten „Zweiten Front“ in Westeuropa durch die westlichen Alliierten folgte, war die Wehrmacht militärisch geschlagen und hinterließ bei ihrem Rückzug Leichenfelder, verbrannte Erde und sorgte brutal für eine millionenfache Vertreibung. Die letzten Kriegsmonate waren noch von äußerst sinnlosen Rückzugsgefechten und verlustreichen Kämpfen geprägt.

Vor allem wegen der von deutschen Faschisten geplanten und ausgeführten Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung starben im Kriegsverlauf zwischen 24 und 40 Millionen Bewohner der Sowjetunion. Dieser Krieg gilt wegen seiner verbrecherischen Ziele, Kriegsführung und Ergebnisse allgemein als der „ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt“.

Er endete am 8. Mai 1945 zugleich mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht in Berlin und dem Ende eines barbarischen faschistischen Systems in Deutschland und seiner Verbündeten.

Das Kriegsende am 8./9. Mai 1945 wird in vielen Ländern als Tag der Befreiung vom Faschismus, in Rußland als Tag des Sieges begangen.

Im Gedenken an die unermesslichen Opfer: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Raimon Brete, Chemnitz

Chatyn

Ein ganzes Dorf in der Weißrussischen SSR im Minsker Oblast wurde von deutschen Faschisten und deren ukrainischen Kollaborateuren ausgelöscht.

Am frühen Morgen des 22. März 1943 beschossen auf der Kreuzung von Pleschtschenizy-Logojsk und Kossyri-Chatyn die Partisanen der Abteilung „Mstitelj“ einen leichten Kraftwagen. Das war nichts Besonderes, ein gewöhnlicher Zusammenstoß mit deutschen Truppen im Hinterland. Doch in diesem Wagen befand sich der Kommandeur einer der Kompanien des 118. Bataillons der Schutzpolizei, Hauptmann Hans Welke, ein Schützling Hitlers, Olympiasieger von 1936.

Die Partisanen zogen sich erfolgreich zurück. Doch dann rief die örtliche Polizei eine Spezialeinheit, das Bataillon des Sturmbannführers Oskar Dirlewanger, zu Hilfe. Als die Deutschen aus Logojsk abfahren, wurde von den ukrainischen Angehörigen eines Strafkommandos eine Gruppe örtlicher Waldarbeiter verhaftet und erschossen. Einfach so. Nur um irgendwie von sich reden zu machen. Und schon am 22. März fuhren die ukrainischen Angehörigen des Strafkommandos gegen Abend zum Dorf Chatyn. Einer von ihnen, derjenige, der auch die Ermordung der Zivilisten befahl, war der Stabschef des

118. ukrainischen Polizeibataillons, der Nationalist Grigorij Wasjura.

Die faschistischen Vernichtungskommandos trieben die wehrlosen Menschen in eine Scheune, sperrten sie ein und setzten die Scheune in Brand. Diejenigen, die versuchten, sich aus dem Feuer zu retten, wurden von den Nazis und ihren Helfershelfern erschossen. Dabei kamen 149 Dorfbewohner, einschließlich 75 Kinder unter 16 Jahren, ums Leben.

Nur einige wenige Zeugen dieses ungeheuerlichen und unmenschlichen Massakers konnten sich wie durch ein Wunder retten: Vier Kinder – die beiden Jungen Anton Baranowskij und Wiktor Schelobkowsch sowie

zwei Mädchen – konnten sich aus der brennenden Scheune retten; die beiden Mädchen fielen einem späteren Massaker bei der Zerstörung des Dorfes Chwaraszjani zum Opfer. Drei weitere Kinder, die Geschwister Wolodja und Sonja Jaskewitsch und Sascha Schelobkowsch, konnten sich rechtzeitig verstecken und blieben unentdeckt. Der damals 56-jährige Dorfschmied Josif Kaminskij überlebte das Feuer und entdeckte, nachdem die Täter den Ort verlassen hatten, seinen sterbenden Sohn Adam unter den Opfern.

Die brutale Ermordung von Zivilisten war eine Rache der Nazi-Verbrecher an Partisanen. Die Tragödie von Chatyn ist einer der vielen Beweise dafür, daß die Nazis und ihre Kollaborateure die gezielte Politik des Genozids gegenüber den Völkern der Sowjetunion betrieben.

Der 1969 an der Stelle der verbrannten Siedlung errichtete Gedenkkomplex wurde zu einem Symbol des Gedenkens an die Opfer dieses schrecklichen Massakers. Hier befindet sich der „Friedhof der Dörfer“, 185 Urnen mit Erde aus Siedlungen, die zusammen mit ihren Bewohnern vernichtet wurden. Dieses Denkmal soll die Nachkommen daran erinnern, daß viele Hunderte von Dörfern während der Nazi-Besatzung das tragische Schicksal von Chatyn teilten.

In der BRD wurde nie jemand für diesen Massenmord strafrechtlich belangt. Ende 1975 stellte die Staatsanwaltschaft Itzehoe, der der Bundesgerichtshof den Fall übergeben hatte, ein Ermittlungsverfahren dazu ein. Der Prozeß gegen den Stabschef des 118. Polizeibataillons, den Ukrainer

Hryhorij N. Wasjura, fand 1986 statt. Er nahm an mehreren Strafoperationen teil, die das Leben vieler unschuldiger Menschen kostete. Im November/Dezember 1986 fand in Minsk ein Prozeß gegen einen der Henker, Grigori Wasjura, statt. 14 Bände des Falls Nr.104 widerspiegelten viele Tatsachen der blutigen Tätigkeit dieses faschistischen Verbrechers. Nach dem Urteil des Kriegesgerichtes des belorussischen Militärbezirks wurde Wasjura für die Verbrechen schuldig erklärt und zum Tode verurteilt.

In der DDR war Chatyn Bestandteil des Geschichtsunterrichts, insbesondere die von den deutschen Soldaten selbst produzierten Filmaufnahmen des Einsatzes wurden als Beleg für die Grausamkeit des NS-Regimes genutzt.

R. B.

Vergessene Helden?

Wir gedenken am Tag der Befreiung, dem 8. Mai, der Millionen Opfer, die der durch das faschistische Deutschland entfesselte mörderische 2. Weltkrieg forderte. 27 Millionen davon waren Sowjetbürger. Sie trugen die größte Last bei der Vernichtung der faschistischen Hydra. In den Schlachten im Sommer 1941 erzielte die Wehrmacht bei Minsk, Smolensk und Kiew vorübergehend bedeutende Geländegewinne. Zehntausende Soldaten und Offiziere der Roten Armee gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Sie wurden als „bolschewistisch-jüdische Untermenschen“ behandelt, gerade wert, sich als Zwangsarbeiter in Deutschland zu Tode zu schufden. Dafür errichtete die Wehrmacht „Kriegsgefangenen-Stammlager (Stalag)“. Eines, von 222 dieser Lager insgesamt, bestand in Hartmannsdorf bei Chemnitz. Von hier aus wurden die Kriegsgefangenen in die verschiedenen Arbeitskommandos im Umland zur Zwangsarbeit verteilt. In der Region waren das die Profiteure der unmenschlichen Ausbeutung: Fa. Auerhammer, II R Aue, Fa. C.G. Haubold AG Chemnitz, Fa. F.E. Weidenmüller Dreiwerden, Fa. Floßmühle Borstendorf, Forstamt Sachsenburg, Fa. Metallwarenfabrik A. Weller & Söhne Eibenstock, Fa. Niles Werke Chemnitz, Reichsbahnausbesserungswerk Chemnitz, Ratssteinbruch E. Dell Antonio, Hartmannsdorf, Rittergut Lichtenwalde, Fa. Schmieder und Fischer Oberbobritzsch, Straßen- und Wasserbau Chemnitz, Fa. Hamel, Chemnitz, Gasthof Stelzendorf, Fa. FRAMO Hainichen.

Am 20.8.1942 erließ der Direktor des Hainicherer Fahrzeugwerkes, Rasmussen, eine Ordnung für den „Russeneinsatz“. Der Strafkatalog läßt ahnen, unter welchen Bedingungen der Zwangsarbeitseinsatz erfolgte. Formuliert ist dort u.a.:

„Schwere Strafen sind: Lagerdienst mit teilweisem Essensentzug, Arrest mit teilweisem oder vollständigem Nahrungsmittelentzug. Abschließend sei noch einmal hervorgehoben, daß die Russen straff anzufassen sind und zur Arbeit angehalten werden müssen.“ Wurden die Arbeitssklaven krank, waren sie



Obelisk auf dem sowjetischer Ehrenfriedhof in Chemnitz-Reichenhain von Hanns Diettrich (1947)

ausgezehrt oder durch Unterversorgung geschädigt, wurden sie in sogenannte Lazarettlager der Wehrmacht, praktisch Sterbelager, überwiesen. Von 1941 bis 1942 bestand ein solches in den Gebäuden einer alten Ziegelei im Zschopauer Scheunenviertel, unmittelbar am Rande der Altstadt. Es lag in Sichtweite

der Stadtbewohner. In dieser Zeit verstarben hier unter unmenschlichen Bedingungen 32 dieser erbarmungswürdigen Menschen. Der erste am 1.11.1941. Es war der aus der Ukraine stammende Angehörige der Sowjetarmee Fjodor Schuleschkow. Er wurde in der Schlacht bei Minsk, im Juli 1941, von der Wehrmacht gefangengenommen und zur Zwangsarbeit in das Kriegsgefangenenlager Hartmannsdorf gebracht. Dieses überstellte ihn in die „Stein Granitwerke J. Dorfner“ nach Rochlitz zur Arbeit im Steinbruch. Er, der Arbeiter aus dem ukrainischen Ort Burkojeka, wurde 26 Jahre alt. Er war unverheiratet. Ob sein Vater Sergei jemals Nachricht vom Tod seines Sohnes in Zschopau erhalten hat, ist nicht bekannt. Nach Schuleschkow verstarben in Zschopau weitere 31 kriegsgefangene Zwangsarbeiter aus Rußland, der Ukraine, aus Weißrußland und aus Tatarstan. Sie wurden zunächst in der Südecke des Zschopauer Friedhofs notdürftig begraben, nachdem die Leichen auf offenen Plattenwagen durch die Stadt zum Friedhof befördert wurden.

Die Mehrheit der sterblichen Überreste der Toten wurden auf Befehl der SMAD 1947 auf den Soldatenfriedhof Reichenhain/Chemnitz umgebettet. An die Vergangenheit dieses Sterbelagers Zschopau und ihre Opfer erinnert in der Stadt leider nichts mehr. Ein angemessenes Denkmal für die Verstorbenen wäre eine pietätvolle Pflicht der Lebenden. Die IG „Erinnerungskultur“ der Stadt erarbeitete zu diesem dunklen Kapitel der Stadtgeschichte eine Dokumentation, die potentiellen Interessenten übersandt wurde. Besonders für die Ausformung des Geschichtsbildes junger Menschen ist dieses Wissen von Bedeutung. Ehre den unvergessenen Opfern für unsere Befreiung zum 80. Jahrestag!

Norbert Staffa

IG Erinnerungskultur, Zschopau

Kriegspropaganda gefragt

Ein Generalinspekteur der Bundeswehr erklärte kürzlich in einer Sendung bei Maischberger, Putin habe „seine Soldaten im Vergleich zur Vorkriegsstärke verdoppelt. Militärstrukturen, die ganz klar in Richtung Westen auch ausgerichtet sind. Das sieht man sehr deutlich. Die sind vor allem an der westlichen Grenze Rußlands mit aufgereiht. Neue Militärbezirke, zum Beispiel in Leningrad (...)“

Nun ja, Leningrad. Die Stadt wird zwar seit Jahrzehnten St. Peterburg genannt, aber warum nicht – Leningrad. Uns soll's recht sein.

Dann orakelt noch ein Professor der Bundeswehruniversitätserziehungsanstalt in gleicher Sendung:

„Also, der Best Case [die beste Lösung] ist sozusagen, daß wir so viel Abschreckung kulminieren, daß dieses Szenario, daß Rußland einen Angriff wagt, überhaupt nicht eintritt, weil es nicht kalkulierbar für Rußland ist. Und dafür, glaube ich, ist die Voraussetzung, daß wir resiliente Gesellschaften bekommen.“

Aber, wenn Rußlands angeblich geplanter Angriff auf Europa für das Land nicht kalkulierbar ist, warum sollte es dann einen solchen Schritt unternehmen?

Und was heißt hier resiliente Gesellschaft? Robustheit, Standhaftigkeit, Widerstandfähigkeit, Zähigkeit ..., weiß der Duden. Man könnte auch sagen, „zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl“.

Der kommenden Kanzler unterstreicht schon mal, daß man auch die Gegner seiner Politik im Inneren des Landes bekämpfen werde. Zweifler und Andersdenkende sollen nicht zugelassen werden, damit die „Wehrfähigkeit“ des Landes nicht untergraben wird ... Demokratie und Meinungsfreiheit erwarten uns in Reinkultur.

Zu guter Letzt weiß Tilo Jung, seines Zeichens „Journalist“, ganz genau, daß Putin wie auch Trump Faschisten seien. Und Maischberger „versteht“. Milliarden schwere Investitionen in die „Wehrhaftigkeit nach außen“ seien in größerem Maßstab anzugehen, um die „Wehrhaftigkeit der Demokratie“ zu stärken.

Reiner Neubert, Berlin

Geheime Handreichung

Das Auswärtige Amt „empfiehlt“, russische und belarussische Vertreter von Gedenkveranstaltungen auszuschließen – notfalls per Hausrecht.

Bei den Gedenkveranstaltungen rund um den 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus sind offizielle Vertreter Rußlands und Belarus' in Berlin und Brandenburg nicht willkommen. In einer Handreichung des Auswärtigen Amtes (AA) wurde Landkreisen und Kommunen empfohlen, keine Einladungen an russische oder belarussische Diplomaten auszusprechen – und notfalls sogar ungebene Gäste wieder wegzuschicken. In dem internen Papier, das über das Brandenburger Innenministerium an die Landräte und Kreise verschickt wurde, heißt es wörtlich: „Im Inland grundsätzlich keine Teilnahme offizieller Stellen an Veranstaltungen auf Einladung von Rußland/Belarus und keine Einladung an russische und belarussische Vertreter zu Gedenken von Bund, Ländern und Kommunen.“ „Sollten Vertreter von Rußland oder Belarus bei Veranstaltungen im Inland unangekündigt erscheinen, können Einrichtungen in eigenem Ermessen und mit Augenmaß von ihrem Hausrecht Gebrauch machen.“ Am brisantesten die Passage zum Hausrecht. Sollten sich trotz ausdrücklicher Nichteinladung Vertreter der unerwünschten Staaten einfinden, können die Veranstalter die Besucher an Ort und Stelle vor die Tür setzen. Selbst wenn Landräte oder Bürgermeister persönliche Kontakte zu russischen oder belarussischen Diplomaten pflegen – offizielle Einladungen zu kommunalen Gedenkveranstaltungen sind nach der AA-Leitlinie tabu. Dies gilt ausdrücklich auch für lokale Feiern in Orten mit historisch engen Bindungen, wie etwa an den Schlachtfeldern der Oderregion.

Begründet wird die harte Linie mit einer „absehbaren“ Instrumentalisierung des Gedenkens durch offizielle Vertreter der russischen oder belarussischen Botschaft. Das Außenministerium warnt in seinem Schreiben vor „Propaganda, Desinformation und geschichtsrevisionistischer Verfälschung“. So schreibt das AA: „Gleichzeitig ist zu erwarten, daß Rußland (gemeinsam mit Belarus) das ‚Weltkriegsgedenken‘ instrumentalisieren und mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine mißbräuchlich in Verbindung bringen wird.“ Moskau und Minsk würden die Gedenkfeiern in Seelow, Altlandsberg oder am Treptower Park für sich vereinnahmen.

Auf eine explizite Ausladung verwies der Geschäftsträger der belarussischen Botschaft in Berlin, Andrei Shuplyak, gegenüber der Berliner Zeitung. Ende März dieses Jahres habe die Minsker Vertretung in Deutschland, die in unmittelbarer Nähe zum Sowjetischen Ehrenmal am Treptower Park beheimatet ist, ein Schreiben der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora bekommen. Demnach soll der Stiftungsdirektor die Entscheidung getroffen haben, daß belarussische Vertreter in Thüringen unerwünscht seien.

Während des Zweiten Weltkriegs erlitt Belarus (damals Weißrussische SSR) prozentual die höchsten Verluste aller sowjetischen Republiken durch die deutsche Besatzung. Schätzungsweise 2,2 bis 2,5 Millionen Sowjet-Belarussen wurden von den Nazis und ihren Kollaborateuren getötet. Belarus verlor mehr als jeder andere europäische Staat prozentual an Bevölkerung – etwa 25 bis 30 Prozent.

Entscheidende Schlachten gegen Hitler-Deutschland fanden allen voran vor den

Toren Berlins statt. In einem beispiellosen Opfergang starben allein in den letzten Kriegswochen Zehntausende Rotarmisten auf brandenburgischem Boden – ein Umstand, der heute oft übersehen wird. Unter den sowjetischen Opfern waren sowohl Russen als auch Belarussen, Ukrainer, Aserbaidshaner, Armenier, Georgier, Tataren, Kasachen, Usbeken sowie eine Vielzahl weiterer Ethnien und Völker der Sowjetunion. Die Kämpfe um die Seelower Höhen im April 1945 waren beispielsweise eine der letzten großen Schlachten des Zweiten Weltkriegs in Europa. Seelow, etwa 70 Kilometer östlich von Berlin gelegen, bildete eine natürliche Verteidigungsstellung der deutschen Wehrmacht gegen die vorrückende Rote Armee. Die Höhen, die das Oderbruch überragten, waren das letzte größere natürliche Hindernis vor der deutschen Hauptstadt. Die deutsche Heeresgruppe Weichsel unter General Gotthard Heinrici versuchte, die Stellungen mit notdürftig zusammengezogenen Truppen, darunter auch Volkssturm-Einheiten, zu halten. Der Fall der Seelower Höhen öffnete letztendlich den Weg nach Berlin. Die deutschen Verluste waren so hoch, daß sich die Wehrmacht nach der Schlacht bei Seelow in Richtung der Hauptstadt zurückzog. Seelow markierte somit den Beginn der Endphase des Krieges in Europa; knapp zwei Wochen später begann die Schlacht um Berlin. Heute erinnern mehrere Dutzend sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe in Berlin und Brandenburg an die Zehntausenden sowjetischen Opfer der letzten Kriegstage.

Nikolas Batylin
Redaktionell gekürzt

Quelle: Berliner Zeitung, 4.4.2025

Die Berliner Operation und der Sieg (Teil 2)

Der Kampf um die Befreiung der Stadt Berlin bis zum Sieg

Der Kampf um die Stadt Berlin in ihren Vororten und in der Stadt selbst wurde hartnäckig und verbissen geführt. Hitler und seine Paladine hatten sich im Bunker unter der Reichskanzlei verkrochen und führten von dort den Endkampf. Hitler traute schon seinen Armeeführern nicht mehr. Er setzte auf die SS. So wurde Himmler der Oberbefehl der Truppen zur Verteidigung übergeben. Am 23. April waren die Truppen der 1. Belorussischen Front mit mehreren Armeen bis zur südlichen Stadtgrenze vorgedrungen und nahmen Lichtenberg und Niederschönhausen in Besitz. Mit der Einnahme von Buckow, Rudow und Lichtenrade am 24. April wurde der Vorstoß zum Stadtzentrum eingeleitet. Am 25. April kämpften die Soldaten der Roten Armee schon im Raum Reinickendorf, Wedding, Prenzlauer Berg, Tempelhof und Friedrichshain. Es entwickelten sich hartnäckige Straßen- und Häuserkämpfe, die einen hohen Blutzoll auf beiden Seiten erforderten. Einheiten der 5. Stoßarmee unter Generaloberst Nikolai Bersarin im engen Zusammenwirken mit der 3. Stoßarmee unter dem Befehl von General Kusnezow, der 2. Garde Panzerarmee unter dem Kommando von General Katukow, und der 8. Garde Armee unter General Tschukikow, konnten bereits am 24. April trotz erbittertem Widerstand bis zum Alexanderplatz, zum Schloß, zum Rathaus und zur Reichskanzlei vordringen. Mit starker Artillerieunterstützung und mit Panzern mußte um jeden Straßenzug und jedes Haus gerungen werden. Am Sturm auf den Reichstag waren Truppenteile der 1. und 3. Stoß- und der 8. Garde Armee beteiligt. Am 29. April begann der Sturm auf den Reichstag. Am 30. April drangen Soldaten der Bataillone von Hauptmann Neustrojew, des Majors Dawydow und Oberleutnant Samsonow in den Reichstag, wo in jedem Raum, jeder Etage hartnäckig gekämpft wurde. Den Kämpfern der 150. und 171. Schützendivisionen, der 3. Stoß Armee unter dem Befehl des Helden der Sowjetunion, Generalmajor Schatilow, gelang die Erstürmung des Reichstages. Um 21.50 Uhr am 30. April wurde durch die Sergeanten Jegorow und Kantarija auf dem Reichstag die Truppen- und Siegesfahne der 150. Schützendivision gehißt, obwohl noch in den oberen Stockwerken und den Kellern gekämpft wurde. Die Kämpfe im Stadtzentrum dauerten bis zum Ende des Tages am 30. April. Am 1. Mai streckten dann im Reichstag die letzten Soldaten der Wehrmacht die Waffen. Für den Sturm des Reichstages wurden die Sergeanten

Jegorow und Kantarija und die drei Bataillonskommandeure mit dem Titel „Held der Sowjetunion“ geehrt.

Am 1. Mai, um 3.50 Uhr, erschien im Stab der 8. Gardarmee General Krebs, der Chef des Stabes des Heeres und überreichte dort ein Schreiben Goebbels mit der Mitteilung über den Selbstmord Hitlers mit einer Abschrift der von Hitler ernannten Reichsführung unter Großadmiral Dönitz, Goebbels und Bormann sowie die Auskunft, daß Hitler verbrannt wurde. Shukow übermittelte dies noch in der Nacht an Stalin. Der bedauerte, daß man ihn nicht lebendig fassen konnte. General Krebs versuchte nun mit dem russischen Oberkommando, dieses zu irgendeiner Verhandlung zur Rettung des Reiches zu bewegen. Shukow ließ Krebs wissen, wenn bis 10.00 Uhr am 30.5. durch Goebbels und Bormann keine Zustimmung zur bedingungslosen Kapitulation vorliegt, wird die Rote Armee solch einen Schlag führen, daß jeder Gedanke an einen weiteren Widerstand einem vergeht. (2). Eine Antwort gab es nicht. Daraufhin gingen um 18.30 die Truppen zum Sturm über. Am 2. Mai kapitulierte dann die „Festung Berlin“ bedingungslos durch deren Befehlshaber General Weidling. Damit war die Berliner Operation beendet.

Durch die sowjetischen Truppen wurden 70 Schützen-, 23 Panzer- und Motorisierte Divisionen der faschistischen Wehrmacht zerschlagen. Diese, für das faschistische Deutschland sinnlose, Schlacht, erforderte auf deutscher Seite mehr als 114.000 Tote, 220.000 Verwundete und über 480.000 Gefangene. Die sowjetischen Truppen verloren in dieser Schlacht über 450.000 Mann mit über 78.300 Toten. Die Polnische Volksarmee über 2.800 Tote und über 6.000 Verwundete. Deutschland hatte den von ihm angezettelten Krieg verloren und lag in Trümmern. Er endete dort, wo er begonnen hatte. Das deutsche Volk war vom Hitlerfaschismus befreit und die Völker der Sowjetunion, allen voran das russische Volk, hatten einen „Welteroberer“ endgültig vernichtet und konnten ihren Tag des Sieges begehen.

Die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht

Gleich nach Ende des Krieges 1945 gab es bereits erste Mißtöne unter den westlichen Partner der Antihitlerkoalition. In Flensburg hatte der von Hitler ernannte Reichskanzler Großadmiral Dönitz seine Residenz aufgebaut, eine Regierung gebildet und mehrere Tausend Mann unter Waffen stehen. Auf Grund seiner Initiative erklärte sich Eisenhower zu einer separaten Kapitulation in

Reims, im Hauptquartier von Feldmarschall Montgomery, mit den Westmächten bereit, mit der Aufforderung an den Vertreter der Sowjetischen Streitkräfte beim Vereinigten Oberkommando, Generalmajor Susloparow, diesen Akt mit zu unterzeichnen. Generalmajor Susloparow meldete dies sofort nach Moskau an Stalin und bat um eine kurzfristige Entscheidung. Eine Antwort erhielt er nicht, also hat er unterschrieben. Eine Forderung einiger Verantwortlicher, Susloparow zu bestrafen, lehnte Stalin ab mit der Begründung „Schuld waren wir“. Stalin forderte klar und deutlich von Eisenhower, daß diese Unterschrift in Reims nur vorläufig ist und eine Kapitulation nur in Berlin zu erfolgen hat. So erfolgte dann am 8. Mai in Berlin-Kalshorst die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation im Beisein aller Vertreter der Streitkräfte der Antihitlerkoalition, dem Marschall der Sowjetunion Shukow, dem britischen Luftmarschall Tedder und als Zeugen durch den amerikanischen General Spaatz (Befehlshaber der Amerikanischen Fernfliegerkräfte) sowie dem Oberbefehlshaber der Französischen Streitkräfte, Armeegeneral de Lattre de Tassigny. Von Seiten der Wehrmacht leisteten ihre Unterschriften Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht und des Heeres, Generaloberst Stumpf für die Luftwaffe und Generaladmiral von Friedeburg für die Kriegsmarine. Da es eine Reihe von Verzögerungen gab, erfolgte die Unterzeichnung erst gegen Mitternacht. Da es in Moskau aber schon der 9. Mai war, wurde der Tag zum Tag des Sieges und in Deutschland und Europa der 8. Mai zum Tag der Befreiung erklärt.

Das Sowjetvolk hatte für die Befreiung der Völker und besonders des deutschen Volkes und für den Sieg über den Faschismus in Deutschland die größten Opfer zu tragen. Mehr als 27 Millionen Tote, davon mehr als 13 Millionen unter der Zivilbevölkerung. Mehr als 1.710 Städte, über 70.000 Dörfer und Weiler waren zerstört. Vernichtet wurden 31.850 Werke und Fabriken, 1.115 Schächte, 16.000 Lokomotiven und 428.000 Eisenbahnwaggons, 65.000 km Eisenbahnstrecken. Über 36 Millionen ha landwirtschaftliche Nutzfläche, Kulturgüter und über 30 % des nationalen Reichtum des Landes waren zerstört und geraubt. Beschämend ist es, daß auch nach 80 Jahren dieser 8. Mai nicht als Tag der Befreiung durch die deutsche Regierung für die BRD als Ganzes anerkannt wird. Immer wieder wird versucht, die Geschichte zu verfälschen, den Hauptanteil der Sowjetunion und ihrer Roten Armee an der Zerschlagung des deutschen Faschismus zu leugnen und sogar der

Sowjetunion die Schuld am 2. Weltkrieg zuzuschreiben. Damit wird denen Recht gegeben, die sich mit der Niederlage des faschistischen Deutschlands auch heute noch nicht abfinden können. Geschichtsvergessen und provozierend ist die Teilnahme deutscher Soldaten in Nibelungentreue zur USA an Handlungen der NATO an den russischen Grenzen, an den dort durchgeführten Manövern und besonders als zweitgrößter Waffenlieferant zur Unterstützung der Ukraine im Krieg. Einer, der im Reichstag saß und Rußland zerschlagen, sich den Reichtum des Landes aneignen wollte, wurde vernichtend geschlagen. Schwer zu verstehen, daß es heute schon wieder deutsche Politiker gibt, die sich in Nibelungentreue an einen zweiten „Weltbeherrscher“ hängen, um wieder kriegstüchtig zu werden und um Rußland

zu „ruinieren“. Deutsche Politiker begreifen nicht, daß es in Europa nur Frieden mit Rußland geben kann, niemals gegen Rußland. Das hat bereits Bismarck als Rat an alle Deutschen hinterlassen.

Wir werden diesen Tag immer als den Tag der Befreiung vom Faschismus begehen und der Toten und der Helden der Sowjetunion und besonders des russischen Volkes an diese Tat gedenken. Deshalb sollten wir in diesem Jahr, dem 80. Jahr der Wiederkehr des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des Deutschen Volkes vom Faschismus, an den Gedenkstätten der Sowjetsoldaten uns verneigen und all denen Dank zollen, die die Bedingungen für den Aufbau eines besseren, eines friedliebenden Deutschlands schufen. Weit mehr als bisher gilt es, an diesem 80. Jahrestag

der Befreiung sich dem Friedensgedanken anzuschließen, den Geist vom Treffen an der Elbe weiter zu vertiefen und sich dem Rußlandhaß zu widersetzen.

Immer noch sind die Worte von Johannes R. Becher gültig:

Wer hat vollbracht all die Taten, die uns befreit von der Fron?

Es waren die Sowjetsoldaten, die Helden der Sowjetunion.

Dank euch, ihr Sowjetsoldaten, Euch Helden der Sowjetunion!

Generalmajor a.D. Sebald Daum †

Literaturhinweise:

Wladimir Karpow, Generallissimus, Band II, Seite 124

Wladimir Karpow, Generallissimus, Band II, Seite 125

Der Brückenbauer

Inge und Michael Pardon haben Sergej Tulpanow ein Denkmal in Buchform gesetzt. Am 1. November 1948 erstattete der Leiter Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Oberst Sergej Tulpanow (1901–1984), einen Drei-Jahres-Bericht an seine Vorgesetzten. Der Text beginnt mit den Sätzen: „Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg hat die deutsche Bourgeoisie nicht auf das Streben verzichtet, Deutschland als unabhängige und starke imperialistische Großmacht wieder erstehen zu lassen, die den Kampf um die Weltherrschaft wieder aufzunehmen vermag. (...) Die nazistischen Ideen in ihrer alten Form taugten nicht für dieses Ziel, denn es war unmöglich, sie offen zu propagieren, weil sie nach dem Bankrott des faschistischen Regimes unpopulär waren. (...) Die generelle Linie fand ihren konkreten Ausdruck in der offenen Orientierung der bürgerlichen Elemente Deutschlands auf England und die USA und gegen die Sowjetunion sowie einer breiten Benutzung der bürgerlichen Parteien und des rechten Flügels der Sozialdemokratischen Partei wie auch der anglo-amerikanisch kontrollierten deutschen Presse für eine systematische antisowjetische und antikommunistische Propaganda.“

So wenig, läßt sich den wenigen Sätzen entnehmen, ändert sich manchmal in fast 80 Jahren. Wer die Attribute „antisowjetisch“ und „antikommunistisch“ durch „antirussisch“ ersetzt, hat vor sich einen Text aus den Zeiten des SPD-„Zeitenwende“-Kanzlers Olaf Scholz und der Annalena Baerbock, die wie ihr Naziopa tapfer gegen Rußland bis zu dessen Ruin kämpft.

Die Historikerin Inge Pardon und ihr Mann Michael Pardon, der vor Drucklegung des Buches verstarb, haben dieses Dokument im Anhang ihres Buches „Tulpanow. Stalins Macher und Widersacher. Die Biografie“

aufgenommen. Der Antifaschist, Arzt und Offizier der Roten Armee Moritz Mebel (1923–2021) schrieb ein mahnendes Vorwort.

Die Autoren haben dem Wirtschaftswissenschaftler und Soldaten der Roten Armee seit 1919, Tulpanow, mit diesem Band ein würdiges Denkmal gesetzt. Die Schreibweise seines Namens ist außergewöhnlich – seine ins Deutsche übersetzten Bücher sind unter dem Namen Tjulpanow zu finden –, wurde aber nach Auskunft der Verfasser von ihm selbst „genehmigt“.

Damit ist gesagt: Inge und Michael Pardon kannten Tulpanow und seine Familie persönlich. Das Buch basiert auf Recherchen in zahlreichen Archiven, wobei die des Verteidigungsministeriums und des Geheimdienstes in Moskau verschlossen blieben, vor allem aber hatten sie Zugang zum Privatarchiv Tulpanows in St. Petersburg. Nicht wenige Dokumente werden hier zum ersten Mal zitiert, etwa von Jürgen Kuczynski, einem Freund Tulpanows, oder dem LDP-Politiker Wilhelm Külz. Inge Pardon lernte Tulpanow 1969 auf einer Tagung in Rostock kennen und wurde von ihm im damaligen Leningrad Anfang der 70er Jahre bei ihrer Dissertation betreut.

Der Schwerpunkt des Buches liegt auf Tulpanows Tätigkeit in der SMAD von 1945 bis 1949. Tulpanow, der in der Nähe von Pskow aufwuchs, war schon von seinen Eltern mit der deutschen Sprache und deutscher Literatur vertraut gemacht worden und soll seitenweise aus Werken rezitiert haben. Er gehörte zu den legendären „Kulturoffizieren“ der SMAD, die bürgerliche Intellektuelle, vor allem aber auch die studentische Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone mit Namen und Büchern der fortschrittlichen deutschen Philosophie und Literatur vertraut machten. Diese Offiziere schoben eine geistige Umwälzung an, die bis heute wirkt, schon deswegen, weil sie in dieser

Form in Westdeutschland nie oder nur in rudimentärer Form stattgefunden hat.

Die Autoren verschweigen nicht, wo sie bei ihren Forschungen nicht weiterkamen. Das betrifft zum Beispiel Tulpanows Abwesenheit – er bekleidete den Rang eines Bataillonskommissars – vom Frühjahr bis Herbst 1938 aus Leningrad. Offenbar entkam Tulpanow nur knapp, seine Eltern wurden jedenfalls unter absurden Vorwürfen verhaftet, seine Mutter erschossen, der Vater starb in Lagerhaft. Beide wurden 1956 rehabilitiert. Offen ist auch, warum Tulpanow im November 1949 aus Deutschland abberufen wurde. Die Autoren vertreten die These, daß er mit seinen Auffassungen über den zukünftigen Weg Deutschlands immer wieder einigen in Moskau in die Quere kam. Tulpanow, meinen sie, habe die von der KPD-Führung am 11. Juni 1945 gegebene Orientierung auf einen parlamentarischen Weg vertreten, habe sich darum bemüht, Brücken zu bauen, andere hätten die SBZ nur als Verhandlungsmasse betrachtet. Moskau hatte demnach kein „einheitliches Handlungskonzept“. Das habe „klugen Akteuren wie Tulpanow Raum“ geboten, aber auch das Risiko mit sich gebracht, gemäßregelt zu werden. Fest steht: Eine Reise in die DDR wurde Tulpanow von der sowjetischen Führung bis 1965 verweigert. Auch die Gründe dafür konnten die Verfasser nicht aufklären.

Diese Klarheit auch bei offenen Fragen macht diese faktenreiche Biographie lesenswert. Sie zeigt einen Menschen, der schlimmste Untaten mit Menschlichkeit vergalt.

Arnold Schölzel

Inge und Michael Pardon: Tulpanow. Stalins Macher und Widersacher. Die Biografie. Edition ost, Berlin 2024, 254 Seiten, 28 Euro

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Vorwärts gegen Hitler!

Deutsche! Die Kanonen donnern vor Berlin. Die Hitlerherrschaft kann dem Gericht der Völker nicht mehr entgehen. Sie kann es nur noch aufhalten. Aufhalten mit dem Blut und Leben von Hunderttausenden Deutschen.

Schaut sie euch an, die Halunken, die heute nur klägliche Grabgesänge für euch übrig haben, indem sie sich selbst zur Flucht fertig machen. Schaut sie euch an! Sie haben Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht. Aber das genügt ihnen noch nicht. Unser ganzes Volk soll mit ihnen zugrunde gehen.

Sechs Jahre lang habt ihr die unersättlichen Monopolherren und ihren Prokuristen Hitler aufrüsten lassen. Da war es kein Kunststück, die sechs Millionen Arbeitslosen unterzubringen. Aber diese „Wohltat“ ist unserem Volk teuer zu stehen gekommen. Die sechs Millionen und noch mehr liegen jetzt unter der Erde, von Stalingrad bis Frankfurt, von Narvik bis Kreta, von Tobruk bis Aachen.

Wieviel Beschränktheit in Deutschland war nötig, um sich die Hochkonjunktur der Kanonenkönige und ihrer braunen Geschäftsteilhaber als Sozialismus aufbinden zu lassen, um nicht zu merken, was es mit der unverblühten Parole „Kanonen statt Butter“ auf sich hatte! Es ging hoch her, das kann man wohl sagen. Das ganze Volksvermögen wurde ins Geschäft gesteckt, in der Spekulation, daß die Spesen doppelt und dreifach wieder hereingeholt würden, wenn man sich erst am Reichtum ganz Europas schadlos halten konnte.

Vom ersten Tage an wurde der Betrieb auf Krieg eingestellt. Dies hätte jeder sehen müssen. Und wenn wir heute immer wieder Deutsche beteuern hören, daß Hitler sie betrogen habe, daß sie ehrlich geglaubt hätten, er wolle gar keinen Krieg, und die anderen hätten ihm den aufgezwungen, dann müssen wir doch fragen:

Haben nicht vor der Hitlerzeit schon die Mauern unserer Städte wiederhallt von dem millionenfachen Alarmruf: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!?

War unser Volk gewarnt worden? Ja, es war gewarnt worden.

Hat euch die jahrelange und ausschließliche Verherrlichung des „Wehrgeistes“ nicht die Augen geöffnet, wo die hinauswollten?

Ja, hat nicht Hitler selbst in seinem Buch [Mein Kampf] den Herrschaftsanspruch der germanischen Rasse über andere Völker und

das Recht, sie zu unterwerfen, schwarz auf weiß postuliert?

Habt ihr nie davon gehört, daß Hitler Hunderttausende ehrenhafter Deutscher auf dem Schafott oder in den Konzentrationslagern mundtot gemacht hat, weil sie den Mut hatten, unser Volk vor Hitler und seinen Kriegsabsichten zu warnen?

Nein! Niemand kann sich heute damit herausreden, er habe von alledem nichts gewußt.

Gewiß, unser Volk wollte keinen Krieg. Deshalb ließen die Hitlerbanditen auch kein Mittel unversucht, ihn schmackhaft zu machen. Die Parolen: Versailles, Lebensraum, Neuordnung hatten Erfolg. Das Volk wurde mit Schätzen geködert, die nicht aus seinem Boden kamen und die mit fremdem



Museum Berlin-Karlshorst, Ort der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland am 8./9. Mai 1945

Schweiß geschaffen waren. Die Parole vom Recht Deutschlands, andere Völker sich dienstbar zu machen, hatte auch gezogen; sie schmeichelte der deutschen Eigenliebe. Hitler operierte erfolgreich mit dem Appell an schlechte Instinkte. Machen wir uns nichts vor! Die Theorie vom Lebensraum war verlockend. Warum sollte Deutschland nicht auf Kosten anderer Völker sich das Brot dicker bestreichen?

Die deutsche Seele war einsatzbereit gemacht worden. Der Krieg konnte losgehen. Und als gar nach wenigen Monaten schon der „Lebensraum“, links und rechts Deutschland so mühelos in den Schoß fiel, da wurde dann noch ein Stückchen Gewissen über Bord geworfen und mit in den großen Beutesack gegriffen.

Es kam, was kommen mußte. Das Strafgericht blieb nicht aus. Jetzt sind die Armeen Hitlers aus fast allen fremden Gebieten hinausgejagt. Die Nachhuten trotten auf der Straße nach Berlin.

Die Rote Armee ist gekommen, Hitler und seine Komplizen dingfest zu machen. Denn unser Volk hat es leider nicht getan. Was sie verbochen haben, wißt ihr. Aber ihr wißt nicht alles. Wenn einmal die Beweisstücke vor euren Augen liegen werden, wie viele Millionen Männer, Frauen und Kinder in den besetzten Ländern auf Befehl Hitlers ausgerottet, wieviel fremde Heimat brandschatzt und verwüstet worden ist, es wird euch kalt über den Rücken laufen. Jetzt kommen die Schuldigen vor Gericht. Und schuldig sind alle, die die Verbrechen befohlen und die sie bereitwillig und ohne Skrupel begangen haben. Deren Schuld ist unsühnbar. Dadurch wird unserem Volk die Schuld nicht abgenommen, die es mitträgt. Diese Schuld aber ist sühnbar. Auf jedem Deutschen, der die Hitlerherrschaft hat

gewähren lassen, lastet sie.

Aber diese Schuld kann unser Volk abtragen. Wieweit das Gericht der Völker unser Volk amnestiert, das hängt davon ab, in welchem Maß es teilnimmt an der Ausrottung der Hitlerverbrecher und ihrer unmenschlichen Lehre.

Die Welt will unsere Tat sehen. Jetzt will sie sie sehen. Niemand fragt danach, wenn ihr jetzt mitten im Zusammenbruch Hitler und seine Bonzen verwünscht und verflucht. Die Welt fragt: Habt ihr sie verwünscht, als sie die Frauen und Kinder in anderen Ländern verjagten, in ihren Hütten verbrannten oder auf den deutschen Sklavenmarkt schleppten? Habt ihr sie verflucht,

als sie sich fremde Länder aneigneten und die Heimstätten ihrer Völker brandschatzen ließen?

Wer soll heute eure Verwünschungen ernst nehmen, wo ihr nicht einmal den Mut habt, denen, die ihr verflucht, den Gehorsam zu verweigern, wo ihr sogar noch ihrer schamlosen Lüge über die Rote Armee der Russen Glauben schenkt?

Nein, mit Verwünschen und Jammern ist jetzt nichts getan. Jetzt gibt es nur eins, das unser Volk vor Elend und Schande retten kann: das ist die mächtige Volkserhebung gegen die Henkerherrschaft Hitlers.

Sagt nicht, ihr könnt nicht handeln! Der Terror Himmlers sei zu grausam, auf jeden Widerstand gegen die Staatsgewalt stehe heute der Tod.

Ja, aber auf Gehorsam gegenüber dieser Staatsgewalt steht erst recht der Tod. Ob ihr euch nach vorn ins Feuer oder nach hinten in die vereisten Wälder jagen laßt, alle Wege des Gehorsams führen in den Tod!

Daher gibt es nur einen Weg zum Leben: dieser Staatsgewalt die einigige Gewalt des Volkes entgegensetzen, auf diese Staatsgewalt alle Geschütze und Gewehre richten, dieser Staatsgewalt den Boden unter den Füßen abgraben.

Ja, auch in diesem Kampf wird es Tote geben. Sie werden in Ehren gefallen sein.

Wer aber jetzt seinen Leib noch hergibt, um den Bankrotteuren als Kugelfang zu dienen, wird keinen rühmlichen Tod sterben.

Deutsche! Wieviel Opferbereitschaft habt ihr aufgebracht, als ihr euch für Hitlers schändliche Sache schlugt! Und da solltet ihr jetzt gegen die feigen Landsknechte Himmlers versagen, wo es um die Rettung der Nation vor den Hitlerbanditen geht?

Deutsche Männer und Frauen! Die Augen der ganzen Welt sind in diesem Augenblick auf euch gerichtet. Tod und Untergang sind nah. Aber ebenso nah sind der Friede und die Wiederauferstehung Deutschlands,

wenn ihr in letzter Stunde euren Henkern die Gewalt aus der Hand schlagt. Zeigen wir der Welt, daß der Freiheitswille in unserem Volk nicht erloschen ist.

In der Stunde eurer Tat wird die Welt euch grüßen. In dieser Stunde schweigen die Geschütze. In dieser Stunde fällt keine Bombe mehr auf unsere Städte. In dieser Stunde hat das Sterben unserer Männer, Frauen und Kinder ein Ende.

Und mit dieser Stunde beginnt das neue Leben.

Das wird ein hartes Leben sein. Aber es wird wieder beieinander leben, was zueinander gehört. Wir werden wieder arbeiten, essen und wohnen. Wir werden wieder sagen können, was wir denken, wir werden der Welt wieder in die Augen schauen können.

Wir Hunderttausende in der Bewegung „Freies Deutschland“ warten mit klopfendem Herzen auf die geschichtliche

Befreiungstat unseres Volkes. Von ihr hängt alles ab.

Noch einmal, in entscheidender Stunde, rufen wir euch den Satz aus unserem Manifest vom Juli 1943 zu:

„Wenn das deutsche Volk sich weiter willenlos und widerstandslos ins Verderben führen läßt, dann wird es mit jedem Tag des Krieges nicht nur schwächer, ohnmächtiger, sondern auch schuldiger. Dann wird Hitler nur durch die Waffen der Koalition gestürzt. Das wäre das Ende unserer nationalen Freiheit und unseres Staates, das wäre die Zerstückelung unseres Vaterlandes. Und gegen niemanden könnten wir dann Anklage erheben als gegen uns selbst.“

Erich Weinert, Präsident des Nationalkomitees „Freies Deutschland“

„Freies Deutschland“, Moskau, 11. Februar 1945

„Gegen Aufrüstung etwas unternehmen“

*Sozialistische Jugendorganisation bereitet in Berlin eigene Konferenz für junge Menschen vor. Ein Gespräch mit **Caspar Loettgers**, Mitglied des Vorstands der „Jugend für Sozialismus“ und aktiv in der „Solidarität“ (SOL)*

Ihre Jugendorganisation lädt für Ende Mai junge Menschen zur Teilnahme an einer Konferenz in Berlin ein. Das Motto: „Zeit für Sozialismus“. Sind Sie angesichts der politischen Weichenstellungen für Krieg und Sozialraub zu früh oder eher zu spät dran?

Die multiplen Krisen des Kapitalismus, die wir aktuell durchleben, lassen nur eine Schlußfolgerung zu: Es ist Zeit für Sozialismus, frei nach Rosa Luxemburgs Ausruf „Sozialismus oder Barbarei“. Es gibt eine Polarisierung gerade unter jungen Leuten und eine Hinwendung zu sozialistischen Ideen. Wir sahen das auch bei der Bundestagswahl. Wir wollen diesen jungen Menschen ein Angebot machen und über sozialistische Antworten auf die Krisen diskutieren.

Gemeinsam wollen wir die Grundlagen dafür schaffen, gegen die bevorstehende Merz-Regierung und die Aufrüstung etwas zu unternehmen. Wir organisieren das ehrenamtlich und mit Jugendlichen, Azubis und Schülern mit wenig Geld. Wir sammeln deswegen auch Spenden, um auch jungen Menschen mit wenig Geld die Teilnahme zu ermöglichen.

Vom 23. bis 25. Mai soll über sozialistische Alternativen diskutiert werden. Wieviel Klärungsbedarf herrscht dazu noch?

Immer mehr Jugendliche haben sich der Idee entzogen, wonach der Kapitalismus

das Ende der Geschichte sein soll, und sich wieder marxistischen Ideen zugewandt. Es gibt breiten Diskussionsbedarf, was wir auch in der Entwicklung der Linkspartei sehen.

Wie steht es um das Klassenbewußtsein?

Das ist in der Jugend bei weitem nicht so ausgeprägt, wie es sein müßte, wenn wir eine sozialistische Zukunft tatsächlich erreichen wollen. Die Streiks gerade im öffentlichen Dienst, bei der Post und jetzt auch in Berlin im Gesundheitswesen haben vielen jungen Leuten gezeigt, welches Potential für Veränderungen da ist. Mit Auszubildenden, die bei uns organisiert sind, werden wir einen Workshop vorbereiten zur Rolle von kämpferischen Gewerkschaften. Über die Kürzungen und Angriffe, die uns im Bildungssystem erwarten, wollen wir mit Schülerinnen und Schülern diskutieren.

Was sagen Sie Jugendlichen, die angesichts ungewisser Berufsperspektiven den Verlockungen einer „Karriere“ beim Militär erliegen?

Ich sage ihnen, daß ich das aus einer materiellen Sicht nachvollziehen kann. Aber jeder sollte sich gut überlegen, ob er sein Leben für die Konzerninteressen deutscher Unternehmen lassen oder sich am Kampf für bessere Ausbildungsbedingungen, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen beteiligen will.

Die „Jugend für Sozialismus“ hat sich 2023 als Alternative zur Linksjugend Solid gegründet. Wie groß war die Freude über den

Stimmen- und Mitgliederzuwachs für Die Linke bei der Bundestagswahl?

Alle Sozialisten können sich freuen, daß die Linke dieses Wahlergebnis eingefahren hat. Es zeigt, daß es nicht nur den Rechtsruck gibt. Wir haben damals die Linksjugend verlassen, weil es unmöglich geworden war, für marxistische Positionen zu kämpfen. Mittlerweile ist dort eine Wende erkennbar. Wir hoffen, daß die Linksjugend, aber auch Die Linke die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und nicht die gleichen Fehler noch mal begehen.

Worauf gründen Sie diese Hoffnung?

Die Linke und die Linksjugend haben so zahlreiche Neumitglieder wie noch nie. Darunter sind viele, die ein ehrliches Interesse daran haben, die Gesellschaft grundlegend zu verändern – aber ohne klare Vorstellung vom Weg dorthin. Wir wollen mit diesen Menschen diskutieren, wie so eine Veränderung erreicht werden kann und was dafür notwendig ist.

Wichtig ist, einen konsequenten Klassenstandpunkt einzunehmen. In allen Fragen darf man sich keine Illusion machen, mit bürgerlichen Parteien oder im Rahmen des Kapitalismus grundlegend etwas verändern zu können. Man kann Reformen durchsetzen, die die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern können, aber es geht vor allem um konsequente Kämpfe gegen den Kapitalismus als Ganzes.

Interview: Marc Bebenroth

junge Welt, 9.4.2025

Auf Wacht für Frieden und Sozialismus auf deutschem Boden

Ein Divisionskommandeur erinnert sich

Als ehemaliger Kommandeur einer Garde-Motschützen-Division, der mehr als fünf Jahre in der DDR diente, möchte ich mich gern an den Diskussionen um den 65. Jahrestag der Befreiung und des Sieges über den Hitlerfaschismus beteiligen.

Ich weiß, daß in Deutschland verschiedene Ansichten über den Anteil der UdSSR zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges und über die Rolle der sowjetischen Streitkräfte auf deutschem Boden verbreitet werden. Vielleicht kann mein Beitrag helfen, zu verstehen, wie es wirklich war.

Unsere Division hatte einen langen, schwierigen und opferreichen Kampfweg hinter sich. Aufgestellt 1942, in der schwierigen Zeit der Kämpfe um Moskau, nahm die 39. Garde-Motschützen-Division an der Schlacht um Stalingrad teil.

Im Bestand der 8. Gardarmee hatte sie hohen Anteil an der Zerschlagung der 6. Armee der deutschen Wehrmacht. In schweren Kämpfen befreite sie die Ukraine, Polen und erreichte schließlich Berlin. Dieser lange Kampfweg kostete viele Opfer. Allein beim Angriff auf die Seelower Höhen im Frühjahr 1945 mußten 9 000 Armeeangehörige unserer Division ihr Leben lassen. Der Verband wurde im Verlaufe des gesamten Krieges zwölfmal von der Frontlinie abgezogen, komplettiert und ausgebildet. Er erfüllte bis zum Ende des Krieges ehrenvoll die zugewiesenen Gefechtsaufgaben. Dafür wurde unsere Division mit fünf hohen staatlichen Orden ausgezeichnet, zuletzt mit dem Lenin-Orden für den Sturm und die Inbesitznahme der Stadt Berlin.

In Verwirklichung der Beschlüsse der Konferenz der Alliierten vom Februar 1945 in Jalta wurde die Division nach Thüringen verlegt und bildete die Garnisonen Ohrdruf, Gotha und Meiningen. Sie verblieb dort bis zum Abzug 1992 nach Rußland und war vom Anfang bis zum Ende immer im Bestand der legendären 8. Stalingrader Gardarmee, die einst vom späteren Marschall Tschuikow befehligt wurde.

Wir beschäftigten uns in diesen Jahren mit der Gefechtsausbildung, übten in der Anfangsperiode die Funktionen der SMAD aus, leisteten der Bevölkerung Beistand bei der Normalisierung des Nachkriegslebens und beim Überwinden von Naturkatastrophen. Die dabei benötigte materielle Hilfe mit einer bestimmten Anzahl von Fahrzeugen bei der Instandsetzung von Straßen und Brücken, in der Bekämpfung der Waldschädlinge und der Neubepflanzung der befallenen Flächen stellten wir gern zur Verfügung.

Als Zeichen der Anerkennung dieser Hilfe wurde in Oberhof ein Denkmal errichtet mit der Darstellung des Waldarbeiters, der Waldarbeiterin und des Sowjetsoldaten als Symbol der gemeinsamen Aktion „Rettung des Waldbestandes im Thüringer Wald“.

In Suhl halfen wir beim Bau der Schießsportanlage auf dem Friedberg, die sich bei mehreren Europa- und Weltmeisterschaften bewährte.

Auf Bitten des Generaldirektors Lothar Kessel vom Kombinat FAJAS in Suhl machten wir mit unseren Soldaten Arbeitseinsätze in der Produktion, um aktiven Arbeitskräftemangel auszugleichen.

Ich hatte das Glück, als Kommandeur der Division im Laufe von fünf Jahren zu dienen. Nach Abschluß der Militärhochschule 1957 wurde ich zum Zugführer in der Garnison Cottbus ernannt, sah die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit.

Nach Eintreffen in Ohrdruf 1976 war ich angenehm überrascht, mit welcher Begeisterung das Leben im Lande verbessert wurde und sah mit eigenen Augen, wie hoch der Wohlstand der Menschen gestiegen war in materieller, kultureller, sportlicher und anderer Hinsicht, und wie die Industrie und Landwirtschaft entwickelt war.

Auch ich wurde nicht als Soldat geboren. Alles habe ich mir schwer erarbeiten müssen. Das Leben eines Soldaten war auch in den Zeiten des Kalten Krieges nicht immer leicht, forderte von uns viele Anstrengungen, Entbehrungen und Überzeugungen. Weit von zu Hause weg, spielte auch das Heimweh eine Rolle.

Die materiellen Bedingungen in den Kasernen waren nicht immer die besten. Nach den schweren, opfervollen Jahren und unsäglichen Zerstörungen unseres Landes fehlte es oftmals an vielen Dingen des Lebens unserer Soldaten.

Im Umgang mit den Partei- und Staatsfunktionären der Kreise und der Bezirke Suhl und Erfurt, den Angehörigen der NVA und der Grenztruppen spürten wir die Hilfsbereitschaft bei der Erfüllung unseres militärischen Auftrages.

Bei Manifestationen, feierlichen Anlässen, sah ich selbst die Begeisterung der Bevölkerung für unsere gemeinsame Sache. Oft nahm ich persönlich Dankesworte an die Adresse des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte entgegen.

Ich spürte immer wieder, daß damit Achtung und Dankbarkeit für die Befreiungsmision im Zweiten Weltkrieg und für die Hilfe beim Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden zum Ausdruck kam.

Niemals und nirgendwo hatte ich das Gefühl, ein Besatzungssoldat oder ein

„Fremdkörper“ in der DDR zu sein. Die engen Freundschaftsbeziehungen zwischen Truppenteilen der Division, der volkseigenen Betriebe, der LPG, Schulen und Einrichtungen der NVA und der Grenztruppen, mit den örtlichen Funktionären wurde aufgebaut und gefördert. Jährlich gab es zu Ehren der Jahrestage der Gründung unserer befreundeten Armeen die Woche der Waffenbrüderschaft.

Mit dem „Regiment nebenan“ machten wir gemeinsame Übungen und Manöver. Auch druckten wir zweisprachige Divisionszeitungen und vieles andere mehr.

Der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft galt unsere große Aufmerksamkeit. Besuche der Vertreter von Arbeitskollektiven, Freundschaftstreffen von Jugendlichen gab es regelmäßig.

In den Garnisonen und Truppenteilen funktionierten die Museen des Kampfruhmes, wo immer viel Betrieb war.

Das Regiment in Meiningen wurde 1979 mit der Wanderfahne des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ausgezeichnet. Auch die guten Beziehungen mit den Bezirksvorständen der DSF in Suhl und Erfurt, mit den Kreisvorständen in Schmalkalden, Ilmenau, Meiningen, Gotha und Suhl waren ein großer Gewinn.

Trotz dieser umfangreichen gesellschaftlichen Arbeit haben wir niemals unseren militärischen Auftrag vergessen.

Es geschah aber auch, daß wir die Bäckereien in unseren Kasernen in Produktion brachten, um in den kalten und schneereichen Tagen das Brot für die Bevölkerung zu backen. Diejenigen, die einmal das frische Soldatenbrot gekostet haben, werden das nicht wieder vergessen. Dabei stand die Division immer an vorderster Linie und war bereit, die „Eisenacher panzergefährdete Richtung“ zu decken.

Ich gestatte mir, allen Mitstreitern, die mir in den Jahren des Friedensdienstes in der DDR ans Herz gewachsen sind, aus Anlaß des Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes und des Sieges über den Hitlerfaschismus ganz herzlich zu grüßen und zu beglückwünschen.

Frieden und Gedeihen auf russischem und deutschem Boden!

Generalmajor a.D. V. N. Piwowarow,
Moskau

Eingesandt von Monika Gottwald, Gera

Valentin Nikolajewitsch Piwowarow (75) war von 1976 bis 1981 Kommandeur der 39. Garde-Motschützen-Division in Ohrdruf.

Begegnungen mit russischen Freunden und Genossen

Erste Episode

Meine erste Begegnung mit den Soldaten der Roten Armee hatte ich 1947 als Sechsjähriger in Chemnitz.

Auch diese sächsische Industriestadt hatte schwere Schäden durch die Luftangriffe der Einheiten von der Royal Air Force und andere vom 6. Februar bis zum 11. April 1945 erlitten. Deshalb führte mein Weg zur Schule vorbei an Ruinen links und rechts der Straßen. An einer dieser belebten Straße stand oft ein Rotarmist mitten auf der Kreuzung, der den Verkehr regelte. Bei Wind und Wetter, Hitze und Kälte standen dort diese Regulierer.

Als ich einmal nach der Schule dort vorbeikam, sah ich, daß sich viele Menschen neben einem russischen LKW versammelt hatten. Neugierig ging ich näher, um zu sehen, was dort vor sich ging. Die beiden Rotarmisten, die auf der Ladefläche des LKW standen, reichten den Leuten Brot herunter! Frisch gebackenes und noch duftendes Brot!

Der eine Rotarmist sah mich neben den Erwachsenen, die ihre Hände nach dem Brot ausstreckten, ganz verloren am Rand. Plötzlich zeigte er mit dem Finger auf mich, winkte mich heran und gab mir ein halbes Brot. Glücklicherweise über diese Begegnung und das köstliche Geschenk rannte ich nach Hause und gab das Geschenk meinen sprachlosen Eltern.

Das war im November 1947.

Zweite Episode

Während meiner Armeezeit bei der Nationalen Volksarmee der DDR von 1959 bis 1961 gab es immer wieder Treffen mit den Waffenbrüdern, besonders zu gemeinsamen Manövern.

Ich diente als sogenannter Fernmelder in einer Nachrichteneinheit. Die Aufgabe bestand darin, eine Telefonverbindung mittels einer fest verdrahteten Leitung zwischen den Kommandopunkten herzustellen. Dabei war das Verlegen der Leitung, z.B. in Ortschaften über Straßen, nicht so einfach. Bei einer dieser Arbeiten bemerkte ich Soldaten der Roten Armee in Sichtweite. Sie bemerkten meine anstrengenden Bemühungen, mit Hilfe von Stangen das Kabel hoch über die Straße zu verlegen. Wie selbstverständlich kam einer auf mich zu, und gemeinsam schafften wir es in kurzer Zeit, die Telefonleitung ordentlich zu verlegen.

Ein anderes Mal kam unser Fahrzeug während eines gemeinsamen Manövers in einem bewaldeten Übungsgelände plötzlich neben einer russischen Feldküche zum Stehen. Die sowjetischen Soldaten hatten gerade eine Pause und wurden verpflegt. Ohne zu zögern wurden auch wir zum Essen eingeladen und bekamen ebenso eine gewaltige Portion Kascha in unser Kochgeschirr, also Buchweizengrütze.

Dritte Episode

Gern erinnere ich mich an die gegenseitigen Freundschaftsbesuche zwischen dem „Regiment von nebenan“ in Dresden und unserem Betrieb, dem VEB Plastmaschinenwerk Freital.

Im Verlauf meines Berufslebens hatte ich unzählige Begegnungen mit den Menschen in der Sowjetunion, später dann in Rußland. Als Servicetechniker für hydraulische Spritzgußmaschinen war ich viel in den Betrieben der Plast verarbeitenden Industrie im In- und Ausland unterwegs, um Störungen im Funktionsablauf der Maschinen zu beseitigen.

Zum großen Teil wurden die Maschinen in die sozialistischen Länder exportiert. Dabei hatte natürlich der Export in die Sowjetunion den größten Anteil. Folglich war es ab 1982 bis 1991 meine hauptsächlichste Arbeitsaufgabe, die Betriebe in der Sowjetunion aufzusuchen, welche um Serviceleistungen an den Maschinen ersucht hatten. Kein einziges Mal kann ich mich daran erinnern, daß während meines Besuches in den Betrieben irgendwelche gehässigen Vorkommnisse aufgetreten wären, denn als Deutscher hätte man ja aufgrund der Verbrechen der Hitler-Faschisten im 2. Weltkrieg in der Sowjetunion Ablehnung von den russischen Partnern erwarten können. Aber nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil! Regelmäßig wurde ich nach der Arbeit zu freundschaftlichen Zusammenkünften eingeladen oder verbrachte am Wochenende ein Treffen mit Freunden in deren familiären Umfeld. Natürlich spielte dabei auch die Tatsache eine wichtige Rolle, daß ich aus dem Osten von Deutschland, der DDR, kam.

Man wußte zu unterscheiden, ob jemand aus der DDR oder der BRD angereist war. Der Höhepunkt in meinem Berufsleben war dann der mehrjährige Einsatz von 1987 bis 1991 in der DDR-Handelsvertretung in Moskau. Leider mußte ich aufgrund der Rückwende 1989 meine Tätigkeit in Moskau beenden. Viele entstandene Beziehung mit den sowjetischen Partnern waren dadurch schlagartig weggebrochen – ein ökonomisches Desaster zeichnete sich für die sowjetischen Betriebe ab. Ab dem 3. Oktober 1990 wurde die DDR-Handelsvertretung endgültig aufgelöst.

Vierte Episode

In all den chaotischen Jahren ab 1990 in der damaligen DDR und der Sowjetunion war mir eine Begegnung bzw. Beziehung besonders wichtig, welche ich nicht verlieren wollte: die gemeinsame Arbeit mit den Dolmetscherinnen in unserem Büro in Moskau. Obwohl es damals im Hinblick auf private Beziehungen am Arbeitsplatz strenge

Regeln gab, favorisierte ich besonders die eine von den Dolmetscherinnen.

In Moskau lernte ich meine spätere Frau kennen. Inzwischen sind wir über 25 Jahre verheiratet. Sie hatte in den 90er Jahren ein kleines Gartengrundstück in einer Siedlung bei Moskau, in der die typischen aus Holzstämmen errichteten Häuschen standen. Nebenan wohnte Maria Gawrilowna, damals schon über 80 Jahre. Sie hatte als junge Frau den gesamten Kriegsverlauf bis nach Berlin als Krankenschwester erlebt. Viel Leid und Elend hatte sie während dieser Zeit gesehen, und man könnte denken, daß sie auf die Deutschen besonderen Haß empfindet. Wie verwundert war ich aber, nachdem wir uns bekannt gemacht hatten, daß sie meine Frau und mich ganz unvoreingenommen in ihr Häuschen eingeladen und mit einer selbstgemachten Speise bewirtet hatte.

So sind sie, die russischen Menschen, zugewandt und aufgeschlossen, aber die Vergangenheit niemals vergessend und die Erinnerung wachhaltend.

Epilog

Bis heute sind mir die damaligen Begegnungen allgegenwärtig und die Beziehung zu Rußland ist mein Lebensinhalt geworden. Als Teilnehmer der jährlich stattfindenden, aus eigener Tasche finanzierten Friedens- und Freundschaftsfahrt mit dem PKW habe ich bisher fünf Mal daran teilgenommen. In der gegenwärtigen Zeit der Rüstung und Kriegsertüchtigung ist es unser Anliegen, während dieser Reise etwas für die Völkerverständigung zwischen den deutschen und russischen Menschen zu tun. Diese Begegnungen, Erlebnisse und Eindrücke bleiben unvergessen in meiner, in unserer Erinnerung.

Peter Müller
Freital

Von Herzen gratulieren wir

Klaus Radzinski

zu seinem 90. Geburtstag am 15. Mai. Lieber Klaus, zurückblickend auf Deinen Lebensweg kannst Du dieses Jubiläum mit Würde und Stolz begehen. Wir bedanken uns sehr herzlich für Dein langjähriges Mitwirken im „RotFuchs“-Förderverein und wünschen Dir Gesundheit, Freude und Glück.

Vorstand und Redaktion

Fehde auf den Philippinen

Nachdem der ehemalige Präsident Rodrigo Duterte, aus Hongkong kommend, in Manila gelandet war, wurde ihm noch am Flughafen ein nur wenige Stunden vorher ausgestellter Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) überreicht. Bei einem blutigen Vorgehen gegen mutmaßliche Drogenhändler im Rahmen eines „Krieges gegen die Drogen“ wurden auf den Philippinen unter Dutertes Verantwortung 30 000 Menschen getötet, viele davon waren Männer aus armen Stadtvierteln, die auf offener Straße in „Notwehr“ oder „auf der Flucht“ erschossen wurden. Bevor er Präsident wurde, war Duterte Bürgermeister von Davao City auf der Insel Mindanao und hatte bereits dort Todesschwadronen unterhalten, um Drogendealer, oder wen er dafür hielt, zu töten. Nun ist er wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Kurz nach seiner Festnahme wurde er nach Den Haag überstellt und dort inhaftiert. Dutertes Tochter Veronica schrieb, nicht ganz zu Unrecht, ihr Vater sei „entführt“ worden.

Fehde zwischen dem Marcos- und Duterte-Clan

Die plötzliche Zusammenarbeit mit dem IStGH im Rahmen der eskalierenden Spannungen zwischen den vor kurzem noch verbündeten Clans von Marcos und Duterte ist politisch motiviert. Dutertes Anhänger argumentieren, daß der IStGH nicht zuständig sei, da die Philippinen 2019 aus dem Römischen Statut ausgetreten seien. Der IStGH argumentiert, daß er die Zuständigkeit für Verbrechen behält, die während der Mitgliedschaft des Landes zwischen 2011 und 2018 begangen wurden.

Marcos jr., der mit Dutertes ältester Tochter Sara, der Vizepräsidentin des Landes, verbündet war, hatte sich bisher geweigert, bei den Ermittlungen des IStGH zu kooperieren. Seine Haltung änderte sich erst, nachdem die beiden Familien sich zunehmend zerstritten.

Die Regierung tut sich schwer, eine rechtliche Begründung für ihr Vorgehen zu liefern, vor allem wurde die Eile angeprangert, mit der die Regierung dem Haftbefehl nachgekommen ist. Marcos sagte nur, mit der Übergabe sei Manila seinen Verpflichtungen gegenüber Interpol nachgekommen. Gegen Vizepräsidentin Sara läuft derweil ein Amtsenthebungsverfahren.

Die Zwischenwahlen am 12. Mai, bei denen es um über 18 000 Posten, darunter Gouverneursposten und Sitze im Senat und im Repräsentantenhaus, geht, sind zu einem harten Kampf zwischen den beiden Clans geworden, der entscheidend für die Zukunft der Regierung Marcos jr., Spitzname Bongbong, ist. Der Schuß von Bongbong

richtet sich gegen Vizepräsidentin Sara, die seine Hauptkonkurrentin bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2028 sein wird. Während die Duterte-Anhänger erzürnt sind, freuen sich die Familien der Opfer des Drogenkrieges über seine Verhaftung. Die einfachen Bürger sind jedoch eher über die hohen Preise und die niedrigen Löhne besorgt. Bongbong hat seine Wahlversprechen ihnen gegenüber nicht eingehalten. Die größte Sorge des Durchschnitts-Filipinos ist die Wirtschaftskrise, Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit. Die Preisobergrenze für Reis, dem Grundnahrungsmittel, wurde aufgehoben. Seither steigen die Preise unaufhörlich. Alle Lebensmittel sind teurer geworden, was die Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien verschlechtert hat. Die Philippinen sind kaum noch in der Lage, ihre über 112 Millionen Bürger zu ernähren.

Der sich verschärfende Konflikt zwischen den Marcos und den Dutertes ist mehr als nur ein politischer Kampf, es ist eine Blutfehde mit gefährlichen Folgen für die Philippinen und für die gesamte Region. Es geht um langjährige Feindschaften, die über politische Differenzen hinausgehen. Es sind Generationenkämpfe, die von Verrat und Rachedurst getrieben werden. Es geht um das Überleben von politischen Dynastien mit ihren Privatarmeen, um Korruption und Vetternwirtschaft, illegale Finanznetzwerke und Geldwäsche. Ferdinand Marcos sr., der frühere Bandit und Statthalter der USA, hatte während seiner Diktatur bis zu 10 Milliarden US-Dollar zusammengerafft. Das Geld ist verschwunden und dürfte immer noch beim Marcos-Clan sein. Imelda Marcos, die Frau des verstorbenen Diktators, zieht noch immer die Fäden im Marcos-Clan. Bongbong wurde trotz allem zum Präsidenten gewählt, obwohl er sich nie für die Untaten seines Vaters entschuldigt hat. Im Gegenteil, er pflegt sein Vermächtnis als großer Politiker. Ferdinand Marcos ruht auf dem Heldenfriedhof der Philippinen.

Auswirkungen auf die Region

Während der Marcos-Clan von Ilocos auf der Hauptinsel Luzon stammt, sind die Dutertes auf der südlichen Insel Mindanao verwurzelt und mit anderen mächtigen politischen Clans und Kriegsherren des Südens verbündet. Im Militär gibt es bereits Anzeichen für eine Spaltung. Da sich die politischen Gegner nach Dutertes Verhaftung zunehmend bewaffnen, steigt das Risiko lokaler Gewalt. Fraktionen innerhalb der Streitkräfte könnten einen Staatsstreich versuchen, um ihre Interessen zu schützen. Die Folgen wären in der gesamten ASEAN-Region zu spüren. Sollte die Fehde weiter eskalieren, könnte das Nachbarland

Malaysia mit zunehmenden Terroraktivitäten, die mit der Abu-Sayyaf-Gruppe im Süden der Philippinen in Verbindung stehen, getroffen werden. Die Seegrenze zwischen Indonesien und den Philippinen ist schwer zu überwachen, eine Zunahme von Gesetzlosigkeit durch politische Gewalt auf den Philippinen würde dschihadistischen Netzwerken in Sulawesi und Kalimantan Auftrieb geben. Destabilisierte Philippinen würden das regionale Gleichgewicht bedrohen.

Marcos hat sich im Konflikt zwischen China und den USA eindeutig auf die Seite Washingtons gestellt. Dies bedroht Chinas Interessen im Südchinesischen Meer und in der Taiwanstraße. Duterte und seine Verbündeten jedoch pflegen enge Beziehungen zu Peking. Wer in Manila die Macht hat, kontrolliert einen wichtigen strategischen Punkt im Indopazifik. Die strategische Lage der Philippinen in der ersten Inselkette macht sie zu einem unwiderstehlichen Ziel für die USA im geplanten Krieg gegen China. Gewinne Dutertes Fraktion wieder die Oberhand, würde dies Chinas Position stärken.

Schlußbetrachtung

Philippinische Innenpolitik ist der Grund, warum Duterte jetzt vor dem IStGH steht. Bongbong hat Rodrigo Duterte ins Gefängnis gebracht. Der IStGH hat die Gelegenheit genutzt, da Dutertes Verhaftung von der Zusammenarbeit der Philippinen abhängt, wo er seinen Wohnsitz hat. Seine Anti-Drogen-Kampagne mit einer hohen Zahl an Todesopfern verblaßt jedoch im Vergleich zu den Gräueltaten in anderen Ländern, die weitaus blutigere Kämpfe gegen reale oder mutmaßliche Gegner geführt haben. Dennoch wurden keine Haftbefehle des IStGH erlassen. Die meisten IStGH-Verfahren in der Vergangenheit konzentrierten sich auf mutmaßliche Kriminelle vom afrikanischen Kontinent. Jetzt steht mit Duterte ein Asiate vor dem IStGH. Die größten Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit aber wurden und werden aber immer noch vom Wertewesten begangen. Die Glaubwürdigkeit des IStGH bleibt zweifelhaft, solange Kriegsverbrecher aus dem Westen ungeschoren bleiben.

Die Fehde zwischen Marcos und Duterte ist mehr als nur eine politische Rivalität; es handelt sich um eine existenzielle Krise, die droht, den philippinischen Staat zu zerreißen. Da sich die Fraktionen bewaffnen, illegale Gelder die Instabilität schüren und westliche Mächte versuchen, die Situation auszunutzen, befindet sich das Land an einem gefährlichen Abgrund.

Verfassungsgericht bestätigt die Amtsenthebung des südkoreanischen Präsidenten

111 Tage nachdem das Parlament die Amtsenthebung des südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk-yeol wegen seines Versuchs, das Land durch Kriegsrecht zu kontrollieren, beschlossen hatte, bestätigte das Verfassungsgericht am 4. April einstimmig seine Amtsenthebung. Damit ist Yoon endgültig aus dem Amt entfernt, er kann gegen das Urteil keine Berufung einlegen.

Auswirkungen

Yoon hatte am 3. Dezember 2024 das Kriegsrecht ausgerufen und militärische Gewalt eingesetzt, um dessen Aufhebung durch das Parlament zu verhindern. Yoons Behauptung, er habe so gehandelt, um die Demokratie zu bewahren und um zu verhindern, daß die Opposition das Land den chinesischen Kommunisten übergibt, ist absurd. Die Amtsenthebung ist berechtigt.

Damit haben gleichzeitig auch Yoons arbeiterfeindliche Projekte im Inneren einen Dämpfer bekommen.

Nun müssen innerhalb von 60 Tagen neue Präsidentschaftswahlen abgehalten werden. Yoons Partei PPP hat kaum eine Chance, diese zu gewinnen. Sie wird das Land bald nicht mehr regieren. Es gilt als wahrscheinlich, daß Lee Jae Myung als Kandidat der Demokratischen Partei antreten und die Wahl gewinnen wird. Er liegt derzeit in Umfragen mehr als 20 Punkte vor jedem anderen potenziellen Kandidaten. Lee gilt als Chinafreundlich und wird die Beziehungen seines Landes, die Yoon auf Null heruntergefahren hat, wieder verbessern. Er wird, wie die meisten ASEAN-Staaten, eine Politik des Gleichgewichts mit China und den USA betreiben. Mit Yoon wurde der Statthalter der USA in Südkorea aus dem Amt gejagt. Das wird

Washington nicht gefallen. Washington hatte mit Yoon ein rechtsgerichtetes Klientenregime in Südkorea errichtet, das den Wünschen der USA gehorchte und die Eskalation zur Vorbereitung eines Krieges mit China voranzutreiben half.

Unerwarteterweise kam es am Tag der Urteilsverkündung nicht zu größeren Krawallen. Es besteht aber immer noch die Gefahr, daß die PPP und ihre Anhänger alle Register ziehen, Straßengewalt und ein maidan-ähnlicher Aufstand der Rechten sind nicht auszuschließen. Gegen Yoon beginnen bald mehrere zivilrechtliche Strafprozesse. Im größten anstehenden Prozeß ist er des Hochverrates angeklagt und riskiert dabei lebenslange Haft oder sogar die Todesstrafe.

KLJ

Siehe auch: RF-Januar- und Februar-Ausgabe 2025, jeweils S. 26

Offener Widerstand Chinas Reaktion im Zollkrieg

Ein Weltkrieg hat viele Fronten – auch dann, wenn es ein Zollweltkrieg ist. Die wohl wichtigste Front im gegenwärtigen Zollgemetzel verläuft zwischen den Vereinigten Staaten und China. An ihr ist keine Entspannung in Sicht, vielmehr hat US-Präsident Donald Trump klargestellt, daß er zu weiterer Eskalation bereit ist, während Beijing ankündigt, „bis zum Ende kämpfen“ zu wollen. Beide suchen also die Entscheidung: Wer den Zollkrieg gewinnt, gewinnt eine Etappe im großen Kampf darum, ob die westliche Dominanz dem Ende entgegengeht und China zur neuen Weltmacht wird. Beijing ist offenkundig überzeugt, sich behaupten zu können. Und es gibt in der Tat gute Gründe, den Kampf jetzt auszufechten: Die eigene Wirtschaft ist viel stärker als während der Zollscharmützel zu Trumps erster Amtszeit, die Vereinigten Staaten sind im Innern gespalten, die Volksrepublik nicht, und Trumps Politik löst selbst in den eigenen Reihen Widerspruch aus. Wann, wenn nicht jetzt?

Anders verhält es sich mit Deutschland und der EU. Der Zollkrieg trifft sie in einer Phase offen zutage liegender ökonomischer und politischer Schwäche. Zudem ist die EU zerstritten und sie hat im US-Geschäft viel zu verlieren. Was, wenn man US-Whiskey mit hohen Zöllen belegt, dann aber damit rechnen muß, daß Trump mit noch erheblich höheren Zöllen EU-Alkohole abwehrt? Letztere bringen Italien und

Frankreich in den USA mehr ein, als Kentucky mit seinem Whiskey in der EU verdient. Mit Vergeltungszöllen schneidet man sich also leicht ins eigene Fleisch. Und die Idee, dort zuzuschlagen, wo man weniger in die USA exportiert als andersherum – nämlich bei den Dienstleistungen? Nun, man kann Facebook, Google oder X kräftig auf die Füße treten, solange man aber keine Alternativen hat – die hat China, die EU aber hat sie nicht –, solange sind die Möglichkeiten, ernsthaft Druck auszuüben, beschränkt. Also bemüht sich die EU um Verhandlungen. Und dann wären da noch die Länder des globalen Südens, von denen viele, weil sie ärmer sind, noch erheblich brutaler als die EU getroffen werden. Ihnen bleibt nichts anderes als die Bitte um Verhandlungen, ergo Kapitulation. Vorläufig jedenfalls. Denn wer lernt, daß er die Bereitschaft zur Kooperation mit den Vereinigten Staaten unter Umständen mit heftigen Prügeln aus Washington quittiert bekommt, wird Schlußfolgerungen daraus ziehen. Es gab eine Zeit, da drohten die USA mit Knüppeln und Kanonen auf ihre Gegner ein, hielten aber ihre Verbündeten geschickt mit ein wenig Zuckerbrot bei der Stange. Diese Zeit ist vorbei. Washington geht unter Trump auch gegenüber Verbündeten zu demonstrativer Unterwerfung über. Das ist für niemanden wirklich attraktiv. Sobald sich Alternativen bieten, werden sie wahrgenommen werden. Das

dürfte ein weiterer Grund dafür sein, daß China nicht nachgibt und die Zeit zum offenen Widerstand gegen die US-Dominanz gekommen sieht.

Jörg Kronauer

junge Welt, 9.4.2025



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Mai

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Samstag, 3. Mai, 10 Uhr spricht Dr. Lothar Schröter (Militärhistoriker und Buchautor) zum Thema: **Der Ukraine-Krieg! Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO – die andere Sicht**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Rostock

Am Samstag, 3. Mai, 11 Uhr: Veranstaltung mit Gästen zur Würdigung des **80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee sowie Einschätzung des aktuellen Verhältnisses Rußland-Deutschland und der möglichen Entwicklungen**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Donnerstag, 8. Mai, 10 Uhr: Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal Nordfriedhof, gemeinsam mit Vertretern von GRH, ISOR und der DKP

Anschließend (gegen **11 Uhr**) Kranzniederlegung am Ehrenmal Südfriedhof

Ort: Nordfriedhof und Ehrenmal Südfriedhof

■ Regionalgruppe Dresden

Am Donnerstag, 8. Mai, 10 Uhr: Gedenken am Sowjetischen Ehrenmal am Olbrichtsplatz

Ort: 01099 Dresden, Olbrichtsplatz (Ecke Stauftenbergallee/Königsbrücker Straße) vor dem Militärhistorischen Museum

■ Regionalgruppe Halle

Am Donnerstag, 8. Mai, 10 Uhr: Gedenkveranstaltung am Denkmal der Befreier und Denkmal für die Antifaschisten

Ort: Südfriedhof (Haupteingang Huttenstraße)

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Donnerstag, 8. Mai, 10 Uhr: Gemeinsame Gedenkveranstaltung von RF, KPF, Freie Heide, Karl-Liebkecht-Kreis

Ort: Nordfriedhof in Magdeburg

■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern – Nord/West

Am Donnerstag, 8. Mai, 10 Uhr: Gemeinsame Gedenkveranstaltung anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung

Ort: Sowjetisches Ehrenmal in Wismar, Philipp-Müller-Straße

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, 8. Mai, 10 Uhr: Gemeinsame Gedenkfeier mit dem Verband zur Pflege der Tradition der NVA

Ort: Buckow, Lindenstraße, Fliegerdenkmal

■ Regionalgruppe Bernau

Am Donnerstag, dem 8. Mai, um 12 Uhr begehen die Mitglieder der Regionalgruppe den Tag der Befreiung gemeinsam mit anderen Organisationen **am Ehrenmal für die Gefallenen der Roten Armee** in Wandlitz, OT Klosterfelde, Klosterfelder Hauptstraße-Ecke Stolzenhagener Straße und **am Donnerstag, dem 8. Mai, um 17 Uhr, auf dem Ehrenfriedhof für die Gefallenen der Roten Armee** in der Mühlenstraße in Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Donnerstag, 8. Mai, 17 Uhr: Teilnahme an der Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal

Ort: Am Anger, Walter-Korsing-Straße, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Güstrow

Am Donnerstag, dem 8. Mai, um 17 Uhr führt die Regionalgruppe Güstrow eine Gedenkveranstaltung am Sowjetischen Ehrenfriedhof, Plauer Chaussee, zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch. **Um 15.30 Uhr** am Panzerdenkmal in Lalendorf

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, 8. Mai, 17 Uhr: Gemeinsame Gedenkfeier mit Vertretern befreundeter Organisationen anlässlich des

80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus

Ort: Ehrenfriedhof, Platz der Opfer des Faschismus, 19053 Schwerin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Freitag, 9. Mai, 18 Uhr: gemeinsames Gedenken zum **80. Jahrestag der Befreiung und des Sieges** mit DKP, KO, KPD, ISOR, VTNVAGT

Ort: Sowjetischer Ehrenhain auf dem Ostfriedhof, Oststraße 119, 04299 Leipzig

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Sonnabend, 10. Mai, 15 Uhr: Kundgebung „Frieden schaffen – Schwerter zu Pflugscharen“

Lesung von Zeitzeugenberichten vor und nach dem 8. Mai 1945 in Frankfurt (Oder) und dem Oderbruch, DEFA Film von 1946 „Freies Land“. **Um 18.30 Uhr:** Dr. Lothar Schröter **„Der Ukrainekrieg – Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO“**

Veranstalter: Friedensnetz Frankfurt (Oder), BSW, Frankfurter Friedensfreunde u.a. Unterstützer

Ort: Rathaus Vorplatz/Atrium, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 13. Mai, um 16.30 Uhr spricht Andreas Lange zum Thema **„Nicaragua heute – ein Reisebericht“**.

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, 17. Mai, von 10 Uhr bis 16 Uhr: Symposium zur Würdigung des **80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee als Repräsentant der Völker der UdSSR** mit Zeitzeugen, Kulturbeiträgen sowie historischen Audio und Videoeinspielungen. **Veranstalter:** Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR, „RotFuchs“- Regionalgruppe, Deutsch-Russisches Kulturinstitut, Kommunistische Organisation

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 17. Mai, um 10 Uhr spricht Karin Leukefeld (Nah Ost-Korrespondentin) zum Thema: **Die Situation im Nahen Osten**

Ort: Seniorenbüro e.V. im Mehrgenerationenhaus, Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Fortsetzung auf Seite 40

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Mai!

Zum 97. Geburtstag

Roland Richter (Chemnitz) am 9. Mai

Zum 95. Geburtstag

Wilhelm Bastian (Kleinmachnow) am 5. Mai

Zum 91. Geburtstag

Werner Wild (Magdeburg) am 6. Mai
Teo Tusche (Freital) am 12. Mai

Zum 90. Geburtstag

Lothar Hunger (Sayda) am 7. Mai
Rudolf Herz (Berlin) am 16. Mai
Gertraud Ranzinger (Gera) am 27. Mai

Zum 85. Geburtstag

Günter Schnevoigt (Mühlenbecker Land) am 3. Mai
Klaus Buschner (Deggendorf) am 4. Mai
Günter Broockmüller (Güstrow) am 24. Mai
Horst Loos (Erfurt) am 31. Mai

Zum 80. Geburtstag

Richard Kabelitz (Halberstadt) am 21. Mai

Zum 75. Geburtstag

Angelika Portius (Salzatal) am 2. Mai
Harald Hentschel (Oechsen) am 9. Mai
Axel Kruse (Dannenberg) am 12. Mai

Zum 70. Geburtstag

Jürgen Witt (Pfullendorf) am 8. Mai

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



LESERBRIEFE

80 Jahre nach dem 2. Weltkrieg

Vor 80 Jahren endete der bisher größte Krieg in der Menschheitsgeschichte mit mehr als 60 Millionen Toten, darunter 27 Millionen Bürgern der Sowjetunion. Die Sowjetunion hatte den größten Anteil an der Zerschlagung des deutschen Faschismus. Nie wieder Krieg und Faschismus, war man sich in Deutschland und Europa einig. Das galt auch für mich persönlich. Ich folgte diesem Motto mein Leben lang, denn meine ersten Lebensindrücke wurden durch diesen Krieg geprägt, mit Flucht, Bombennächten, Beschuß, Hunger und dem Tod meines Vaters. Es ist schwer, heute, 80 Jahre später, erleben zu müssen wie sich faschistische Ideen über ganz Europa ausgebreitet haben und sich die europäischen NATO-Mitglieder intensiv auf einen direkten Krieg gegen Rußland vorbereiten. Daß 80 Jahre nach dem großen Krieg wieder deutsche Panzer in Kursk rollten, konnte man sich noch bis vor kurzem kaum vorstellen. Die militärische Unterstützung der Ukraine begann aber nicht erst vor drei Jahren, als der Krieg gegen den Donbass durch das Eingreifen Rußlands eine neue Dimension bekam. In den Medien wird verschwiegen, daß der Krieg bereits 2014 begann, als sich die ethnisch russische Bevölkerung der Ukraine im Donbass den Putschisten in Kiew verweigerte. Die damals Regierenden in Deutschland (Merkel) und in Frankreich (Hollande) gaben freimütig zu, daß sie das Minsker Abkommen nur genutzt haben, um eine neue ukrainische Armee nach NATO-Standard aufzubauen, was auch gelang. Diese bedrohte nicht nur die ethnischen Russen in der Ukraine, sondern auch Rußland. Es ist mit normalem Menschenverstand nicht zu begreifen, wie nach der Katastrophe des 2. Weltkrieges Militärs, Politiker und Medienvertreter einen neuen Weltkrieg vorbereiten. Die meisten Parteien in Deutschland wollen mit der unvorstellbaren Summe von 400 Mrd. Euro für einen Krieg gegen Rußland aufrüsten, was europäische Rüstungsaktien in die Höhe trieb. Die Produktion einer Gesellschaft soll Grundlagen des Lebens sichern und nicht ihre Zerstörung. Doch Krieg und Rüstung erreichen immer die höchsten Profitraten. Frieden in Europa ist nur mit Rußland, aber

nicht gegen Rußland zu erreichen. Dank der Sowjetunion konnten wir im Osten viele Jahre lang in Frieden leben und hatten Arbeit. Das sollten wir nicht vergessen.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Erinnern an die DDR

Der Beitrag von Thomas Lang und Bernd Gnant „Der DDR-Bürger und der Kapitalismus“ in der März-Ausgabe des „RotFuchs“ beschreibt anschaulich den mit viel patriotischer Menschlichkeit gelebten Humanismus in der DDR. Desgleichen habe ich nach 1989 nicht mehr in dieser Form erlebt. Um so mehr geben mir solche Publikationen viel Kraft und Argumente in der Auseinandersetzung in Familie und Freundeskreis zu fragen, wie es wirklich in der DDR war.

Steffen Ernszt, Berlin

Bundesrat für Milliarden zur Aufrüstung

Jetzt hat der Bundesrat einen Weg für historische Kriegskredite in Billionenhöhe freigemacht, mit der Folge, Rüstungslasten für Jahrzehnte auf die Bevölkerung abzuwälzen. Es ist Europas kollektiver Druck der „Willigen“ auf Rußland, in der Hoffnung, dieses Land ausschalten zu können. Derweil stellt Berlin eine neue Heimatschutzdivision für den Einsatz im Inneren auf, eine kriegstüchtige Heimatfront, weil nicht sicher ist, daß die Bevölkerung friedlich bleibt. Eine gigantische Aufrüstung ist Kriegsvorbereitung, was sonst! Hier haben Kriegstreiber Vorfahrt in eine ungewisse Zukunft der Menschheit. Frieden und Freundschaft mit Rußland, wie einst erlebt, ist mit Sicherheit der bessere Weg!

Ernst Jäger, Panketal

Das „Sondervermögen“-Schuldenpaket

Merz will Bundeskanzler werden und dazu hat er mit Hilfe des alten Bundestages das Wahlvolk nach allen Regeln der Kunst belogen und hinters Licht geführt. Damit war geregelt, daß das „Sondervermögen“-Schuldenpaket bestätigt wird. Man beschließt einfach mal, 900 Mrd. Schulden aufzunehmen. Die Zustimmung der Grünen erkaufte man mit 100 Mrd. für sogenannte Umweltprogramme. Für die seit Jahrzehnten zerbröselnde Infrastruktur gibt's 400 Mrd., damit die Kommunen ruhigestellt werden. Den Rest bekommt natürlich die verarmte Bundeswehr, die aufgerüstet werden muß, weil ja der Russe schon wieder vor der Tür steht. Der stand bis 1994 ständig vor der Tür, trat aber nicht in den Westen Deutschlands ein und verließ im gleichen Jahr freiwillig den Osten des Landes, weil er an die Lauterkeit des zusammengeagelten Deutschlands glaubte. Fehlglaube. Man muß sich das auf der Zunge zergehen lassen; ein aufgelöster Bundestag beschließt ein Schuldenpaket über 900 Mrd. Ein aufgelöster Bundestag,

dem eigentlich die Befugnis, solche weitreichenden Entscheidungen zu treffen, überhaupt nicht mehr zusteht. Mit dem „Sondervermögen“ wird einfach ganz offen gegen das Grundgesetz verstoßen. Und wie verhält sich das Bundesverfassungsgericht? Natürlich herrschaftskonform! Demokratie als Blase. Dieses Land braucht keine Verfassungsgerichtsbarkeit zur Zementierung der Herrschaftsverhältnisse, sondern kompetente und wissende Regierungen und keine Negativauswahl bei zu besetzenden Ministerposten.

Reiner Neubert, Berlin

Haben wir Informations- und Meinungsfreiheit oder doch nur Narrenfreiheit?

Der russische Korrespondent Iwan Blagov und der Kameramann Dimitri Wolkow vom TV-Sender Kanal 1 wurden kürzlich aus der BRD ausgewiesen. Das bedeutete auch die Schließung des Senders. Die beiden waren nämlich die einzigen Beschäftigten. Als Grund wurden genannt: Berichterstattung über die Hintergründe und den Verlauf der Bauernproteste in Berlin. Unangenehm für die Meinungsmacher hierzulande: Politische Meinungsäußerungen von „zufällig“ befragten Bürgern waren in Wirklichkeit organisierte Auftritte von Politikern. Als spiegelbildliche Reaktion der Russen wurden der ARD-Korrespondent Frank Aschmann und der Kameramann Sven Feller des Landes verwiesen. Natürlich protestierte die Außenministerin der BRD und zitierte den russischen Botschafter in ihr Ministerium. Die Außenministerin erklärte vor der Presse, Putins Unterdrückung der Pressefreiheit in Rußland zeige, daß er der Meinungsfreiheit in Rußland Dauenschrauben anlegt. In der BRD bestehe bekanntlich Meinungs- und Pressefreiheit. Der Unterschied zu Rußland sei darin zu sehen, daß in „unserer Demokratie“ Rechtsmittel gegen die Ausweisung eingelegt werden könnten, aber in Putins Rußland nicht

Dr. med. Gerd Machalet, Siedenbollentin

Ein russischer Kosmonaut: Alexej Witaljewitsch Subrizki

Am 12. April 1961 startete der erste Kosmonaut in den Weltraum. Er war ein Sowjetbürger, Juri Gagarin. Sein Start ins All löste im „Westen“ und vor allem in den USA einen Schock aus und führte zu einem Weltraumwettbewerb.

Am 8. April 2025 starteten die russischen Staatsbürger Alexej Subrizki, Sergei Ryschikow und der US-Astronaut Jonny Kim vom Kosmodrom Baikonur, Kasachstan, ins All zur Internationalen Raumstation (ISS). Eigentlich ist das heute ein normaler Vorgang, wenn nicht dem Kosmonauten Alexej Subrizki 15 Jahre Haft wegen Hochverrat in der Ukraine drohen würden. Subrizki wurde Mitte März von einem ukrainischen

Gericht in Winniza strafrechtlich verurteilt. Ein Richter ordnete überdies die Beschlagnahme seines Eigentums an.

Alexej Subrizki wurde am 22. August 1992 im Wladimirowskoje, Oblast Saporischschja, geboren. Am 27. September 2013 beendete er sein Studium in der Fachrichtung „Militärische Verwaltung der Luftwaffe, Management von Flugeinheiten, Flugbetrieb und Kampfeinsatz von Flugzeugen“ an der Charkower Universität der Streitkräfte „Iwan Koshedub“. Danach diente er von September 2013 bis März 2014 als Pilot der Militäreinheit A4515 auf dem Militärflugplatz Sewastopol, Krim. Alexej Subrizki lehnte, wie viele Militärangehörige, den Maidan-Putsch ab. Nach der Volksabstimmung auf der Krim (16. März 2014) wurde er Pilot der Streitkräfte der Russischen Föderation.

„Am 10. August 2018 wurde Alexej W. Subrizki als Kosmonautenkandidat von der Interministeriellen Kommission MWK für die Roskosmos Kosmonautengruppe ausgewählt.“¹ Seine Kosmonauten-Grundausbildung dauerte vom 1. November 2018 bis 24. November 2020. Nun erfüllt sich sein Traum, ins Weltall zu fliegen und an wissenschaftlicher Arbeit und Forschung teilzuhaben.

„Die russischen Medien berichteten mit Belustigung über Subrizkis Fall. Das Magazin Shot schrieb, daß der Kosmonaut als Wehrdienstverweigerer geführt wird, die ukrainischen Behörden ihn aber nicht festnehmen können, ‚weil er im Weltraum ist‘.“²

1 http://www.spacefacts.de/bios/cosmonauts/german/zubritsky_aleksei.htm

2 <https://dert.site/international/242099-verraeter-kosmonaut-kiew-will-mann-an-bord-der-iss-raumstation-festnehmen/>

Dr. Ulrich Sommerfeld, Berlin

Von Recht, Ordnung und Gleichbehandlung weit entfernt

Es verwundert immer wieder, wie glimpflich Verantwortliche für große Wirtschaftsvergehen persönlich davon kommen. Man benötigt nur das entsprechende „Kleingeld“, um sich die erforderlichen Rechtsverdreher leisten zu können. Wir erinnern uns noch sehr gut an den Umgang mit der „Mathias-Thesen-Werft“ in Wismar. Für wenig Geld an den Bremer Vulkan-Konzern verscherbelt, noch schnell eine Milliarde Investitionen in die Modernisierung gesteckt, obwohl der Bremer Vulkan schon Insolvenz anmelden mußte. Deshalb hat Wismar von dem Geld auch kaum etwas gesehen, es ist in unergründlichen Tiefen Bremens verschwunden. Ein ähnliches Schicksal erlebte das einstmals größte und modernste Faserplattenwerk Europas in Ribnitz-Damgarten. Dessen Ruinen erinnern noch heute an einen Betrieb

der einmal 1700 Arbeitern Lohn und Brot gab. Wie so oft in den neunziger Jahren konnte der Westexperte Mark Kynder den Riesenbetrieb für einen Appel und ein Ei erwerben. Als guter Schauspieler hatte er das Vertrauen der Treuhänder, und es gelang, in kurzer Zeit, den Betrieb an die Wand zu fahren. Bevor alles verloren war, schaffte er es noch, 55 Millionen DM an Gewinn in die eigene Tasche zu stecken und damit auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Bis die Verjährungsfrist abgelaufen war, lag er sicher irgendwo in der Südsee in der Sonne und lachte sich eins über die dummen Osis. Den Knast hat er von innen nie gesehen, wie viele andere seiner Sorte auch nicht. Ganz so zimperlich geht man mit den Handwerkern, kleinen Gewerbetreibenden und Gaststättenbesitzern nicht um, die vergleichsweise kleine finanzielle Spritzen in der Corona-Zeit erhalten haben, um unverschuldet materielle Engpässe zu überbrücken. Vielen war nicht bewußt, daß es sich nur um ein zurückzahlendes Darlehen handelte. Nun haben sie mit der Rückforderung Probleme, und einige müssen ihr Unternehmen sogar aufgeben. Bei diesen Leuten ist das Geld sicher einfacher einzutreiben, da sie sich teure Anwälte nicht leisten können. Von Recht, Ordnung und Gleichbehandlung sind wir sehr weit entfernt!

Ralf Kaestner, Bützow

RotFuchs-Zeitschrift ist wichtig und gibt mir neue Impulse

Mit großem Interesse habe ich die aktuelle RotFuchs-Ausgabe „verschlungen“.

Warum gehen Menschen den Verdummungsabsichten der Mainstreammedien auf den Leim? Müssen sie wieder an der Grabkante stehen und danach schwören: „Nie wieder“?

Rüstung schafft keine Werte, nur Rendite, ja schlimmer noch, die Waffen müssen auch eingesetzt, die Munition verschossen werden und dazu braucht es einen Feind und damit Krieg. Das ist doch einfach zu begreifen.

Adelheid Krinke, Chemnitz

Reden bedeutet Frieden, Ignoranz Krieg

Es gibt einen Grundsatz in der UNO-Charta: Jeglicher Krieg ist zu vermeiden. Und einen weiteren: Die Sicherheit des einen Staates kann nicht auf Kosten der Sicherheit des anderen Staates erfolgen.

Im Grundgesetz der BRD selbiges, im Artikel 26 ist die Friedenssicherung festgeschrieben. Es gibt namhafte Experten, die an der derzeitigen Situation in Osteuropa eine tiefe Mitschuld des Westens sehen. Wenn man Streit vermeiden bzw. schlichten will, muß man der anderen Seite zuhören und sich bemühen, auch deren Sichtweise bzw. Beweggründe zu

verstehen. Aber die derzeitige deutsche Diplomatie kann das nicht, hat das nicht gelernt, obwohl das zum Einmaleins dieser Arbeit gehört. Auch die USA hatten ihre roten Linien, die Chruschtschow 1962 überschreiten wollte (Kubakrise). Kennedy akzeptierte die rote Linie der UdSSR, so konnte ein dritter Weltkrieg verhindert werden. Warum ist der Westen heute nicht bereit, rote Linien, die es für Rußland gibt, zu akzeptieren? Die Geschichte und Funktion des Minsk 2-Abkommens ist allgemein bekannt. Was die ukrainische Führung nach 2014 in der Ukraine angerichtet hat, wird geflissentlich verschwiegen, so daß die gesamte Schuld für den Krieg auf Rußland abgewälzt wird. Die Stationierung amerikanischer Raketen in Deutschland zur Bekämpfung Rußlands ist kein freundschaftlicher Schutzakt der USA, sondern für Deutschland tödlich.

Für die Aufrüstung wurde mit dem abgewählten Bundestag das Grundgesetz geändert und die Schuldenbremse aufgelöst. 500 Mrd. Euro für die Infrastruktur – und da Deutschland im gegebenen Fall Drehscheibe für US- und NATO-Militärbewegungen ist, sind auch das verdeckte Rüstungskosten. Wir liegen im Zielpunkt möglicher Gegenangriffe! Will der mögliche Kanzler Merz Taurusgeschosse aktivieren und damit den Bündnisfall der NATO provozieren?

Warum hat der Westen 2001, als Putin im Bundestag sprach und mit stehenden Ovationen gefeiert wurde, seine ausgestreckte Hand nicht ergriffen? Absolutes Primat der US-Außenpolitik: Ein Zusammengehen Deutschlands und Rußlands darf nie erfolgen! Und der tiefere Grund dafür? Der britische Geograph H.J. Mackinder (1861–1947) hat 1919 die Herzland-Theorie entwickelt. Als „Herzland“ bezeichnete er den euroasiatischen Kontinent (Rußland). Nachdem John Evelyn (1620–1706) 1674 das Leitmotiv für die britische Seemacht formulierte, wandte es Mackinder auf die Landmacht an: „Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland; Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel; Wer über die Weltinsel herrscht, der beherrscht die Welt.“

Das ist heute immens aktuell. Die USA wollen die komplette Welt beherrschen, und so ordnet sich auch die Unterstützung der Ukraine ein. Warum sonst haben die USA weltweit fast an die 800 Militärstützpunkte?

Wolfgang Mengel, Stralsund

Kriegsbefürworter

Die Koalitionäre von CDU/CSU und SPD bereiten sich auf den Krieg gegen Rußland vor. Mit einem Sondervermögen von 400 Milliarden Euro soll die Bundeswehr kriegstüchtig werden, um erfolgreich gegen Rußland zu marschieren. Der Begriff Sondervermögen täuscht, es sind schlicht

und einfach Schulden. Die gewollten Schulden sind nicht die einzigen. Mehr als 2,5 Billionen Euro stehen schon zu Buche. Pro Nase der deutschen Bevölkerung bereits 29 653 Euro. Jetzt sollen weitere dazu kommen. Wer soll das bezahlen? Die Schuldenmacher bestimmt nicht. Es trifft das arbeitende Volk, unsere Kinder und Kindeskinde. Für die Aufrüstung muß wieder die angebliche russische Bedrohung herhalten. Tatsache ist, nicht Rußland hat zweimal Kriege gegen Deutschland begonnen. Das deutsche Kaiserreich und Hitlerdeutschland haben Rußland bzw. die Sowjetunion überfallen. Wieder stehen deutsche Panzer in Litauen unweit der russischen Grenze.

Wilfried Schubert, Güstrow

Profitmaximierung auf Kosten der Beschäftigten

VW zahlte vergangenes Jahr 4,5 Milliarden an Aktionäre und hat somit keine 4 Milliarden für Investitionen, deshalb werden Werke zugemacht und Beschäftigte entlassen. Mit einem entlassenen VW-Beschäftigten sind mindestens zwei entlassene Mitarbeiter im Zulieferbetrieb und der Dienstleistungen verbunden. Andererseits werden 15 Milliarden in den USA investiert. Aber die USA sind doch kein Billiglohn-Land wie Deutschland? Die Internationale Automobil-Ausstellung in München ist ein Symbol für Profitmaximierung auf Kosten von Mensch, Umwelt und Klima! Der bestbezahlte Dax-Manager kam 2023 aus der kriselnden Autobranche: VW-Chef Oliver Blume verdiente laut einer Studie des Anlegerschutzvereins DSW rund 10,3 Millionen Euro, inklusive seines Gehalts als Porsche-Chef. Die Profitmaximierung erreichten der VW-Chef und sein Team auf Kosten der Beschäftigten. Das ist wesentliche Ursache für die Wirtschaftskrise in der Automobilindustrie, als größter Industriesparte in Deutschland mit über 857 336 Beschäftigten. Wundern wir uns dann über die vielen AFD-Wähler deutschlandweit? Eine sachliche Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik ist ohne Lösung der Inflations-, Wirtschafts-, Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungskrise nicht möglich. Die von Heiner Geißler CDU (1930-2017) skandierte Losung „Freiheit statt Sozialismus“ muß heute ersetzt werden durch „Solidarität statt Kapitalismus“. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche!

Stanislav Sedlacik, Weimar

Die aktive Gestalterin des Seniorenklubs Berlin feiert ein Jubiläum

Ein Treffen von Mitgliedern der in der PDS gegründeten Senioren-Arbeitsgemeinschaft gab 1991 den Anstoß zur Bildung eines Seniorenklubs, der bis heute

von sich reden macht. Der Klub hat sich zu einem lebendigen geistig-kulturellen Zentrum für Ältere und für Interessenten gleich welchen Alters entwickelt, die sich ihr Bildungsbedürfnis bewahrt haben und am gesellschaftlichen Geschehen teilhaben wollen. Willkommen ist jeder, der sich fortschrittlichem, linkem Gedanken gut verpflichtet fühlt und den Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten sucht. Als Forum der politischen Weiterbildung und Begegnung zieht er regelmäßig bis zu 70 Teilnehmer und mehr an. Auf den wöchentlich stattfindenden Treffen werden Themen zum aktuell-politischen Geschehen, zur Geschichte, Literatur, Philosophie, Ökonomie, Ökologie, Kunst, Kultur, Religion bis hin zu Fragen der Gesundheit, der Rente und gesunder Lebensweise behandelt. Namhafte Wissenschaftler, Politiker, Abgeordnete, Militärs, Künstler und Kulturschaffende zählen zum Kreis der Referenten.

Viele Jahre lag die Leitung des Seniorenklubs in den Händen von Helga Labs. Ebenso lange gehört Helga zu den „RotFuchs“-Sympathisanten und seinem großen Leserkreis.

Wo immer Helga tätig war – ob als Vorsitzende der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ auf bezirklicher und zentraler Ebene, Erster Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, Mitglied des Zentralkomitees der SED, als Abgeordnete der Volkskammer, Vorsitzende des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung im FDGB – immer hat sie sich mit der ihr wesenseigenen Leidenschaft und Überzeugungskraft für die Formung und Entwicklung eines humanistischen, friedensliebenden, solidarischen Menschenbildes eingesetzt. Die Sieger auf Zeit haben sie nicht mutlos gemacht. Bis heute steht sie dafür ein, die Idee des Sozialismus wachzuhalten.

Am 22. Mai wird Helga 85 Jahre. Der „RotFuchs“ gratuliert Dir, liebe Helga, von ganzem Herzen und wünscht Dir noch viele Jahre Gesundheit und Schaffenskraft.

RF

Gedanken zur Rede Gregor Gysis als Alterspräsident anlässlich der Konstituierung des neuen Bundestages

Der Mann, der im März 1990 dafür plädierte, die DDR zu erhalten und die westdeutsche Haltung gegenüber der DDR scharf kritisierte, hörte sich während seiner Eröffnungsrede des Bundestages am 25. März ganz anders an, als er sinngemäß ausführte, daß demokratische Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ein gewichtiges Argument der führenden kapitalistischen westlichen Staaten gegenüber den sozialistischen Ländern waren und zu der Schlußfolgerung kam, daß es gelingen muß, „trotz des gewaltigen Drucks, im Interesse der Bürgerinnen und

Bürger unseres Landes die Grundfesten unseres Grundgesetzes für alle Zeiten zu sichern“. Es handelt sich um ein Grundgesetz, das – im Gegensatz zur DDR-Verfassung – dem Volke übergestülpt wurde. Nicht nur Gysi ist mittlerweile im bürgerlichen Lager angekommen.

Was wir jetzt dringend brauchen, sind politische Kräfte, die den Menschen eine klare Richtung im Kampf um Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, aber auch den Blick für eine sozialistische Perspektive öffnen. Mit dieser kapitalistischen Gesellschaft kann man keine vernünftige Zukunft gestalten.

Jürgen Förster, Dresden

Gewerkschaften und Klassenkampf

Was bewirken Aktionstage der IG Metall, wenn sie sich in sozialpartnerschaftlichen Appellen verlieren, in Bettelei beim Klassenfeind enden? Es braucht nicht länger nur die Vorstellung, was möglich wäre, wenn sich viele Tausende gemeinsam zum politischen Streik finden würden. Ach ja, der sei im Lande der Demokratie und Freiheit doch verboten.

Frage: Was haben Gewerkschaften in ihrer langen Geschichte jemals erreicht, dem Kapital abringen können, ohne die Verbote zu ignorieren, die ihnen das Kapital auferlegt hat?

1879 schrieben Marx und Engels an führende Sozialdemokraten: „Wo der Klassenkampf als unliebsame ‚rohe‘ Erscheinung auf die Seite geschoben wird, da bleibt als Basis des Sozialismus nichts als ‚wahre Menschenliebe‘ und leere Redensarten von ‚Gerechtigkeit‘“.

Klassenkampf sei heute Geschichte, predigen die Eliten und ihre Getreuen im Geiste. Wenn die arbeitende Klasse auf Kampf verzichtet, muß Kapital wenig reagieren und erfreut sich der Solidarität ihrer arbeitenden Klasse.

Wo soll Hoffnung aus Kampf entstehen, wenn sich die Werktätigen spalten, in Klein-Klein-Kämpfe gegeneinander treiben lassen, den Gewerkschaften mit dem Wahn nach Verbetrieblung der Kämpfe die Kraft genommen wird?

Gewerkschaften müssen sich ihrer politischen Rolle und Funktion wieder bewußt werden. Davon sind ihre Führungen weit entfernt, die sich als Stabilisatoren des Ausbeutungsverhältnisses dem Kapital weitgehend angedient und verkauft haben. Es besteht nur die eine Chance: jede gewerkschaftliche Regung, die den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit zum Thema und Ausgangspunkt macht, zu fördern und zu unterstützen.

Wie können mit grundsätzlich antikapitalistischen Meinungen und Anschauungen diese Aktionstage belebt werden, das wäre der richtige Ansatz.

Roland Winkler, Aue

Fortsetzung von Seite 36: „RotFuchs“-Veranstaltungen im Mai

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 20. Mai, um 18 Uhr spricht Gerhard Mertschenk (Cuba Si) zum Thema: **Verlieren die USA ihren Hinterhof – Lateinamerika?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, 20. Mai, 15 Uhr: Veranstaltung aus Anlaß des **80. Jahrestages der Befreiung**
Referent: **Wilfried Handwerk**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 20. Mai, um 18 Uhr spricht Dr. Hartmut König zu **Verwicklungen der CIA in die Schauprozesse der jungen Volksdemokratien** und liest aus seinem neuen Buch **„Stalin, Dulles und der Galgen in Prag“**.

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern – Nord/West

Am Mittwoch, 21. Mai, 15 Uhr: Veranstaltung zum Thema **„Aktuelle Fragen der Entwicklung der VR China und ihre Auswirkungen auf das internationale Geschehen“**

Ort: Restaurant „Zur Linde“, Rudolf-Breitscheid-Straße 26, 23968 Wismar/Wendorf

■ Regionalgruppe Strausberg

Am , dem 22. Mai, um 15 Uhr spricht Joachim Zappe zum Thema: **Die BRICS- Staaten als Motor für die Entwicklung der Menschheit von der bipolaren zur multipolaren Welt**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Treptow-Köpenick

Am Donnerstag, 22. Mai, 17 Uhr: Thema der Diskussionsveranstaltung: **Ergebnisse der Bundestagswahl und den politischen Entwicklungen zwischen Rußland, den USA und der EU**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Sonnabend, dem 24. Mai, um 10 Uhr ist Albrecht Geißler mit seinem aktuellen **Reisebericht zur Solidarität mit Kuba Diskussionspartner**.

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 24. Mai, um 11 Uhr spricht Dipl. Phil. Siegfried Kretschmar (Leipzig) zum Thema: **Das Aufkommen neofaschistischer Bewegungen und die Rolle der AfD**

Ort: Restaurant „Jade Garden“, Bahnhofstraße 16, 15711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgebäude)

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Am Sonnabend, 24. Mai, 14 Uhr: Gemeinsame Veranstaltung mit dem Deutschen Freidenkerverband und ISOR. Es spricht Heinz Engelhardt (Chemnitz) zum Thema: **Arbeit, Leben und Geschichte im Umbruch der „Wendezeiten“**

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera



IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für das Mai-Heft ist der 28. April.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowitzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.